

# INTESO

## **Integration im Sozialraum: Lokale Konzepte zur Vernetzung und Steuerung zivilgesellschaftlicher und institutioneller Ressourcen in der Arbeit mit Flüchtlingen**

**Abschlussbericht**

**Anne van Rießen, Ulrich Deinet,  
Katja Jepkens, Lisa Scholten, Simone Rehrs**

Hochschule Düsseldorf  
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften  
Düsseldorf, Dezember 2019

Gefördert durch das  
Ministerium für  
Kultur und Wissenschaft  
des Landes Nordrhein-Westfalen



## Inhalt

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
<b>1 PROJEKTHINTERGRUND UND FORSCHUNGSSTAND .....</b>	<b>4</b>
1.1 Integration und Integrationspolitik in Deutschland .....	4
1.1.1 Integration als Querschnittsaufgabe vor Ort.....	5
1.1.2 Kommunale Integrationsbemühungen angesichts horizontaler und vertikaler Politikverflechtung .....	7
1.1.3 Die Rolle sozialräumlicher Integrationsarbeit im politischen Mehrebenensystem 10	
1.2 Der Blick auf den Sozialraum .....	11
1.2.1 Sozialraumorientierung: Teilhabe und Effektivität .....	11
1.2.2 Integrative kommunale Sozialplanung und sozialräumliche Ansätze in verschiedenen Feldern des Sozialen .....	13
1.2.3 Sozialräumliche Erfahrungen in der Integrationsarbeit: ein Blick in kommunale Praxis und Forschung.....	15
1.3 Die <i>Welcome Points</i> : Finanzierung, Zielsetzung und Förderstrukturen.....	17
1.4 Zusammenfassung: die <i>Welcome Points</i> und die Koordination der Integration im Sozialraum im Mehrebenensystem.....	20
<b>2 ZUR SOZIALRÄUMLICHEN INTEGRATION GEFLÜCHTETER: ZIELSETZUNGEN UND ERKENNTNISINTERESSE DES PROJEKTS .....</b>	<b>21</b>
2.1 ‚Integration vor Ort‘ im politischen Mehrebenensystem: Untersuchung lokaler Netzwerkstrukturen.....	22
2.2 ‚Integration als Querschnittsaufgabe‘: Untersuchung lokaler Organisationslösungen .....	23
2.3 ‚Integration im Sozialraum‘ – Untersuchung einer sozialräumlichen intermediären Instanz in den Strukturen kommunaler Integrationspolitik .....	24
<b>3 METHODISCHES VORGEHEN .....</b>	<b>27</b>
3.1 Die untersuchten Stadtbezirke .....	27
3.2 Erhebungsmethoden, Feldzugänge und Auswertung .....	30
3.2.1 Recherche und Sammlung von Best-Practice-Beispielen .....	32
3.2.2 Erhebung der Bevölkerungsstruktur und sozialräumlicher Besonderheiten und Identifizierung von Akteur_innen(-Gruppen) und Netzwerken .....	32
3.2.3 Sozialräumliche Workshops sowie stadtweite Focus Groups.....	33
3.2.4 Expert_inneninterviews auf sozialräumlicher und kommunaler Ebene.....	33

3.2.5	Identifikation handlungsfeldspezifischer sozialraumbezogener Herausforderungen in Focus Groups und einer Zukunftswerkstatt.....	34
3.2.6	Online-Befragung zum ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete.....	35
3.2.7	Einbezug der Perspektive der Geflüchteten durch das Projekt „Raumerleben junger Geflüchteter“ .....	36
3.3	Entwicklung des sozialräumlichen Modells .....	37
<b>4</b>	<b>FORSCHUNGSCHEURISTIKEN: ZEITLICHE UND INHALTLICHE STRUKTUREN DER INTEGRATION IM SOZIALRAUM .....</b>	<b>39</b>
4.1	Phasen der lokalen Bearbeitung von Integration .....	39
4.2	„Handlungsfelder“ sozialräumlicher Geflüchteten- und Integrationsarbeit: Untersuchung der thematischen Struktur lokaler Integrationsarbeit .....	41
<b>5</b>	<b>ERGEBNISSE I: VERNETZUNG VOR ORT .....</b>	<b>44</b>
5.1	Die Akteur_innengruppen und ihre Arbeitszusammenhänge .....	44
5.2	Thematische Struktur der Arbeitszusammenhänge .....	47
5.3	Kooperationsstrukturen und Netzwerke vor Ort .....	50
<b>6</b>	<b>ERGEBNISSE II: EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT FÜR GEFLÜCHTETE .....</b>	<b>56</b>
6.1	Die Teilnehmer_innen: soziodemographische Struktur, Tätigkeitsfelder und Motive .....	57
6.1.1	Soziodemographische Struktur .....	57
6.1.2	Tätigkeiten und Arbeitsfelder .....	58
6.1.3	Motive ehrenamtlich Engagierter .....	61
6.2	Zusammenarbeit ehren- und hauptamtlich Tätiger .....	62
6.3	Gelingensfaktoren für die (ehrenamtliche) Arbeit im Feld Flucht/Migration .....	65
6.3.1	Strukturelle Faktoren .....	66
6.3.2	Interaktionsebene .....	66
6.3.3	Individuelle Ebene .....	67
6.4	Vernetzung und Kooperation zwischen Ehrenamt und Hauptamt .....	67
<b>7</b>	<b>ERGEBNISSE III: DIE NUTZER_INNENPERSPEKTIVE .....</b>	<b>71</b>
7.1	Sozialräumliche Nutzer_innenforschung .....	71
7.2	Relevante Orte und Räume Jugendlicher im Sozialraum .....	73
7.2.1	Beliebte Orte.....	73
7.2.2	Unbeliebte Orte .....	75
7.3	Nutzung und Nicht-Nutzung von (Jugend-)Freizeiteinrichtungen .....	77
7.3.1	Nutzung von (Jugend-)Freizeiteinrichtungen.....	77
7.3.2	Nicht-Nutzung von (Jugend-)Freizeiteinrichtungen .....	79

7.4	Perspektiven der Fachkräfte: Orte der Integration .....	80
7.4.1	Förderliche Faktoren.....	81
7.4.2	Hinderliche Faktoren.....	83
<b>8</b>	<b>SOZIALRÄUMLICHES INTEGRATIONSMODELL.....</b>	<b>85</b>
8.1	Funktion und Bedeutung des sozialräumlichen intermediären Akteurs .....	85
8.2	Das sozialräumliche Integrationsmodell – Übertragbarkeit und Sozialraumorientierung .....	86
8.3	Ausgestaltung des sozialräumlichen Integrationsmodells .....	86
8.3.1	Rahmenbedingungen .....	86
8.3.2	Konzept .....	89
8.3.3	Vernetzung .....	93
8.4	Exemplarische Anwendung des sozialräumlichen Integrationsmodells anhand der zwei Untersuchungsgebiete .....	96
8.4.1	Sozialräumliche Integration im Stadtbezirk 5 – Kriterien und Empfehlungen....	97
8.4.2	Sozialräumliche Integration im Stadtbezirk 6 – Kriterien und Empfehlungen....	98
<b>9</b>	<b>FAZIT UND EMPFEHLUNGEN.....</b>	<b>99</b>
9.1	Die Rolle und mögliche Funktion intermediärer sozialräumlicher Akteur_innen ...	100
9.1.1	... für den Sozialraum und die Vernetzung vor Ort.....	101
9.1.2	... in der Arbeit mit Ehrenamtlichen .....	104
9.1.3	... für die (potenziellen) Inanspruchnehmenden.....	106
9.2	Empfehlungen für die Ausgestaltung des sozialräumlichen Modells .....	107
9.2.1	Kriterien für die sozialraumbezogene Ausgestaltung .....	108
9.2.2	Offene Fragen und Diskussionspunkte .....	109
	<b>LITERATUR.....</b>	<b>111</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Träger kommunaler Integrationspolitik .....	9
Abbildung 2: Die <i>Welcome Points</i> im Düsseldorfer Stadtgebiet .....	18
Abbildung 3: Gesamtüberblick INTESO.....	25
Abbildung 4: Forschungsmethoden INTESO: Zeitplan und Übersicht.....	31
Abbildung 5: Häufigkeit der Handlungsfelder in Integrationskonzepten .....	42
Abbildung 6: Arbeitszusammenhänge eines Gremiums.....	45
Abbildung 7: Arbeitszusammenhänge von Sozialbetreuer_innen nach Themenfeldern .....	48
Abbildung 8: Arbeitsfelder der befragten Ehren- und Hauptamtlichen.....	59
Abbildung 9: Tätigkeiten der Befragten Ehren- und Hauptamtlichen.....	59
Abbildung 10: Trägerschaft ehren- und hauptamtlicher Tätigkeit .....	60
Abbildung 11: Motive für ehrenamtliches Engagement.....	62
Abbildung 12: Unterstützung Hauptamtlicher durch Ehrenamtliche .....	63
Abbildung 13: Nutzung von Vernetzungstreffen.....	68
Abbildung 14: Gründe für die Nutzung der <i>Welcome Points</i> .....	70

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Asylantragszahlen seit 2009 .....	1
Tabelle 2: Kurzprofile der Stadtbezirke 5 und 6 .....	28
Tabelle 3: Ehrenamtliches Engagement als Ressource.....	64
Tabelle 4: Hinderliche und förderliche Faktoren im Arbeitsfeld Fluchtmigration .....	65
Tabelle 5: Eigenschaften der Netzwerktreffen .....	69
Tabelle 6: Beliebte Orte und Räume von Jugendlichen und jungen Erwachsenen .....	74
Tabelle 7: Unbeliebte Orte und Räume von Jugendlichen und jungen Erwachsenen .....	75

## Einleitung

Die seit 2015 stark veränderten Migrationsbewegungen konfrontieren Bund und Land, vor allem jedoch die Kommunen, mit der Aufgabe, Integration für die Aufnahmegesellschaft und die Geflüchteten gleichermaßen gelingend auszugestalten.

Der Asylgeschäftsbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hielt für das Jahr 2015 insgesamt 476.649 formelle Asylanträge für Deutschland fest. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr bedeutet das eine Erhöhung um 135 %. Beim Blick auf die Entwicklung der Asylantragszahlen der letzten zehn Jahre seit 2009 zeigen sich nach einem vorläufigen Tiefststand in den Jahren 2007 und 2008 wieder kontinuierlich steigende Antragszahlen (BAMF 2019a, 2019b, 2019c; siehe auch Tabelle 1). Diese erreichen in den Jahren 2015 und 2016 einen historischen Höchststand, um danach – nach vielen Jahren des Anstiegs in Folge – wieder abzusinken (BAMF 2019a, 2019b, 2019c). Die Zahl der Menschen, die in Deutschland Asyl suchten, übertraf dabei, vor allem im Jahr 2015, deutlich die Zahl der Menschen, die hier einen Asylantrag stellten (für 2015 wird sie auf ca. 890.000 Personen beziffert, BAMF 2019c, S. 104), da „die Stellung des förmlichen Asylantrags zeitnah zur erstmaligen Registrierung als Asylsuchender“ (ebd.) teils aufgrund der hohen Anzahl der Asylgesuche unmöglich war.

Zeitraum	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge
2009	33.033	27.649
2010	48.589	41.332
2011	53.347	45.741
2012	77.651	64.539
2013	127.023	109.580
2014	202.834	173.072
2015	476.649	441.899
2016	745.545	722.370
2017	222.683	198.317
2018	185.853	161.931
01-09/2019	127.917	110.282

**Tabelle 1: Entwicklung der Asylantragszahlen seit 2009**  
Eigene Darstellung nach BAMF 2019a, 2019b

Das Quotensystem zur Erstverteilung von Asylbegehrenden *EASY* registrierte so im Jahr 2015 ca. 1,1 Mio. asylsuchende Menschen, die auf die Länder verteilt wurden. Gemäß der Aufnahmequote von 21,24 % (Königsteiner Schlüssel des Vorjahres 2014, § 45 Abs. 1 AsylG) wurden von diesen Menschen, die in Deutschland Asyl suchten, 231.878, dem Land Nordrhein-Westfalen zugewiesen (BAMF 2016; BMI 2016; Landesregierung NRW 2016a).

Die Landeshauptstadt Düsseldorf brachte zum Jahresende 2015 5.120 Geflüchtete unter. Zusätzlich waren in Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf 1.600 Geflüchtete untergebracht; dementsprechend lebten insgesamt rund 6.700 Geflüchtete in Düsseldorfer Gemeinschaftsunterkünften (Landeshauptstadt Düsseldorf 2016). Im November 2019 sind diese Zahlen ebenfalls entsprechend gesunken: Das Land bringt zzt. 57.852 Asylsuchende und Antragstellende unter, davon 1.985 in Düsseldorf (Bezirksregierung Arnsberg 2019a). Bezieht man die anerkannten Schutzberechtigten im Stadtgebiet ein, so kommen für Düsseldorf 6.100 Geflüchtete hinzu, die aktuell in der Stadt untergebracht werden (Bezirksregierung Arnsberg 2019b).

Bund, Land und insbesondere die aufnehmenden Kommunen standen (und stehen weiterhin) spätestens ab 2015 vor der Aufgabe, diese veränderten Bevölkerungsbewegungen zu handhaben und gleichzeitig langfristige Strategien zu entwickeln, um weltpolitisch verursachte (Flucht-)Migrationsspitzenwerte genauso zu bewältigen wie die kommunalen Aufgaben, die sich durch den Normalfall auch fluchtunabhängiger transnationaler Bevölkerungsbewegungen in einer zunehmend mobilen und vernetzten Weltgesellschaft ergeben.

Integrationspolitik hat in der BRD noch keine lange Tradition (Krummacher 2011; Geißler 2014). Die Akteur\_innen im Mehrebenensystem standen angesichts der veränderten Situation vor der Herausforderung, ein Instrumentarium zu entwickeln und zu erproben, das die verschiedenen Handlungsfelder einer gelungenen Integrationspolitik zusammendenkt.

Zugleich werden gegenwärtig nicht funktionale, sondern räumlich gebundene, integrierte Problembearbeitungen in verschiedenen Feldern der Sozialpolitik implementiert. Ob daraus bereits eine Rück-Umstellung von einem funktionalen Aufgabenorganisationsmodell zu einem integrierten Gebietsorganisationsmodell (Bogumil und Jann 2009, S. 82) von Verwaltungen zu konstatieren ist, ist unwahrscheinlich. Vielmehr gilt mit Bommers, dass die gegenwärtigen integrierten Sozialpolitiken wiederum eine funktionale Aufgabendifferenzierung voraussetzen, wenn sie auf „Synergieeffekte“, „Koordination“, „Intermediäre“ und „lokale Vernetzungen“ fokussieren. Sie setzen sich dabei aus der Kombination funktional bestimmter Adressen zusammen und nehmen organisatorische Rekonfigurationen vor (Bommers und Tacke 2011, S. 28).

Vor dem beschriebenen Hintergrund der steigenden Zuzugszahlen Geflüchteter und der damit einhergehenden Herausforderungen richtete die Landeshauptstadt Düsseldorf mit den *Welcome Points* ein Instrumentarium zur sozialräumlichen Handhabung dieses Zuzugs ein, das die Integration Geflüchteter als vor Ort zu bewältigende, handlungsfeldübergreifende Querschnittsaufgabe begreift, deren wesentliche Gelingensbedingungen u. a. die Vernetzung und Kooperation im Sozialraum umfassen. Aus der Frage, wie solch eine intermediäre Instanz auf Veränderungen im Sozialraum reagieren und zugleich eine Ressource für andere

institutionelle und zivilgesellschaftliche Akteur\_innen vor Ort darstellen kann, entstand die Idee zum Projekt INTESO.

Das Projekt INTESO ist angesiedelt an der Forschungsstelle Sozialraumorientierte Praxisforschung und Entwicklung (FSPE) der Hochschule Düsseldorf unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich Deinet und Prof. Dr. Anne van Rießen. Die Projekte der Forschungsstelle fokussierten bereits sozialräumliche Ansätze im Kontext der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Öffnung verschiedener Institutionen (Schulen, offener Ganzttag) in den Sozialraum. Fragen der Integration und lokalen Diversität erwiesen sich in den zahlreichen sozialräumlichen Projekten der FSPE durchweg als Querschnittsthemen, so dass die Ausarbeitung sozialräumlicher Strategien zur Handhabung von Integrationsaufgaben und zur Erschließung lokaler Diversitätspotenziale naheliegend ist. Im Unterschied zum Fokus vergangener Forschungsprojekte auf einzelne Handlungsfelder will das Forschungsprojekt INTESO die Potenziale eines Instruments ausloten, das Integration als sozialräumliche Querschnittsaufgabe vor Ort denkt und handhabt.



# 1 Projekthintergrund und Forschungsstand

Das Forschungsprojekt INTESO schließt an bestehende politische Programmstrukturen an, die Integration als Querschnittsaufgabe vor Ort verankern (siehe 1.1). Das Projekt verankert sich dabei in einem Politikfeld, das sich durch das Erfordernis der Koordination von Handlungsfeldern im Mehrebenensystem kennzeichnet (siehe 1.2). In diesem Kontext erschließt sich der spezifische Einsatz sozialräumlicher Herangehensweisen, die einen Weg bieten, lokale Diversitätspotenziale zu handhaben und nutzbar zu machen (siehe 1.3). Am konkreten Beispiel einer neu installierten sozialräumlichen intermediären Instanz in der Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt sich das Projekt der Fragen einer möglichen Rolle und Funktion einer solchen Instanz an, die Integration als Querschnittsaufgabe vor Ort vertreten und koordinieren soll. Das Projekt INTESO leistet so einen Beitrag zur Erprobung eines Instruments zur sozialräumlichen Ausgestaltung von Integrationsprozessen und erweitert damit Einblicke in den kommunalen Handlungs- und Gestaltungsspielraum in diesem Feld.

## 1.1 Integration und Integrationspolitik in Deutschland

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch verschiedene Phasen der Zuwanderung. Die Aufnahme von Vertriebenen, das Anwerben sogenannter Gastarbeiter\_innen und der Zuzug von Spätaussiedler\_innen sind nur drei zentrale Wegmarken der Migrationsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Geschichte der Zuwanderung und die der Integrationspolitik sind dabei zu unterscheiden, wie der folgende Abschnitt zeigen wird, denn Integration wurde in der durch Zuwanderung geprägten Bundesrepublik erst spät zum Thema, das sich mittlerweile zu einem vertikal wie horizontal stark ausdifferenzierten Politikfeld entwickelt hat (siehe hierzu auch ausführlich Oltmer 2020 i. E.).

Unter Integration wird für das Projekt INTESO sowohl ein gesamtgesellschaftlicher Prozess als auch eine gesamtgesellschaftliche sowie politische Querschnittsaufgabe verstanden. In Bezug auf das Thema Flucht bedeutet dies, dass sich sowohl die Menschen der Aufnahmegesellschaft als auch die Ankommenden integrieren (müssen) (vgl. Schlee und Jepkens 2017b, S. 19; Treibel 2015, S. 44f.; zur Kritik des Integrationsbegriffs siehe z. B. Schirilla 2016; Terkessidis 2010). Im Fokus steht hier die Sozialintegration, welche die Integration von individuellen Akteur\_innen und ihren Einbezug in bestehende soziale Systeme beschreibt und, orientiert an Hartmut Esser, die vier Dimensionen: (1) Kulturation (u. a. Erwerb von Wissen und Fertigkeiten, bspw. Sprache), (2) Platzierung (u. a. Übernahme von Positionen, Verleihung von Rechten), (3) Interaktion (u. a. Aufnahme von sozialen Beziehungen im alltäglichen Bereich) und (4) Identifikation (emotionale Zuwendung zum sozialen System) umfasst (vgl. Esser 2001).

### 1.1.1 Integration als Querschnittsaufgabe vor Ort

In der Integrationspolitik werden in der Regel vier Phasen unterschieden (vgl. u. a. Krummacher 2011; Geißler 2014): Einer Anwerbephase in Zeiten scheinbar ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums (1960 – 1972) folgten eine Konsolidierungsphase (1973 – 1981) und eine Abwehrphase (1981 – 1998). Erst mit der Akzeptanzphase ab 1998 kann von einem beginnenden bundesdeutschen politischen Reflexionsprozess von Integrationsbemühungen gesprochen werden.

Die erste bedeutende Wegmarke dieses Prozesses ist die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die seit 2000 die Einbürgerung erleichtert und jungen Ausländer\_innen durch das „Optionsmodell“ bis spätestens zum 23. Lebensjahr die doppelte Staatsangehörigkeit ermöglicht (§ 4 Abs. 3 StAG). Die *Unabhängige Kommission Zuwanderung* („Süssmuth Kommission“) erstellte den Bericht „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ (Unabhängige Kommission Zuwanderung 2001). 2005 trat das erste ‚Zuwanderungsgesetz‘ der deutschen Geschichte in Kraft (*Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern*).

Auf Bundesebene wurde 2006 in Arbeitsgruppen der *Nationale Integrationsplan* (Bundesregierung 2007) erarbeitet, dem 2011 ein *Nationaler Aktionsplan Integration* (Bundesregierung 2011) folgte. Die dort festgehaltenen Leitlinien prägen weiterhin die politischen Zielrichtungen und Herangehensweisen integrationspolitischer Maßnahmen. Hier erfolgen die zentralen Festlegungen auf die Bereiche Bildung (frühkindliche Förderung, Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, Integrationskurse und Spracherwerb), Arbeitsmarkt und Erwerbsleben, Sport, bürgerschaftliches Engagement, Medien und Kultur und nicht zuletzt auf eine Selbstverpflichtung zur interkulturellen Öffnung der öffentlichen Verwaltung. Die Zusammenschau dieser Themenfelder macht deutlich, dass Integration nur als Querschnittsaufgabe (Bundesregierung 2011, S. 200) zu handhaben ist.

Die lokale Ebene übernimmt dabei eine Schlüsselrolle in der Koordination dieser Handlungsfelder. Dazu hält der *Nationale Integrationsplan* der Bundesregierung fest, dass Integration vor Ort stattfindet; Stiftungen fordern, Integration zum kommunalen Thema zu machen, und die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände führt aus, dass sich Städte und Gemeinden ihrer großen Verantwortung bei der Integration bewusst seien (Bundesregierung 2007, S. 19; FES 2006; Konrad-Adenauer-Stiftung 2008):

„Städte und Gemeinden sind der Ort, wo man die Auswirkungen erfolgreicher, aber auch misslungener Integrationsleistungen spürt. [...] Integration von Zuwanderern [ist] längst zur Zukunftsfra ge geworden. Sie ist bedeutend für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen.“ (Bertelsmann-Stiftung und BMI 2005, S. 8)

Auf Landesebene hat Nordrhein-Westfalen mit dem *Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen* (‚Teilhabe- und Integrationsgesetz‘) eine Vorreiterrolle zur landesweiten Koordination kommunaler Integrationsbemühungen eingenommen. Die damit entstehenden *Kommunalen Integrationszentren* (KI) entwickeln kommunale Lösungen für Integrationsaufgaben (§ 7 Teilhabe- und Integrationsgesetz) und mit der *Landesweiten Koordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren* (LaKI) wurde eine zentrale Informationssammelstelle für diese Bemühungen geschaffen. Das Gesetz sieht für die KI wesentlich die Koordinationsfunktion vor, an der Schnittstelle der verschiedenen Handlungsfelder bestehende Vernetzungen zu fördern und neue zu initiieren. Zudem verpflichtet sich das Land, die Maßnahmen freier Träger zu fördern, die „sich auf die Gestaltung des von gegenseitigem Respekt getragenen Zusammenlebens in Stadtteilen, Wohnquartieren und Nachbarschaften beziehen“ und „der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Menschen mit Migrationshintergrund dienen sollen“ (§ 9 Teilhabe- und Integrationsgesetz). Das Land Nordrhein-Westfalen implementiert so ein kommunales Schnittstellenmanagement, welches das Forschungsprojekt INTESO sozialräumlich ausbuchstabiert und erweitert.

Integration wird somit gegenwärtig auf Bundes- wie auch auf Landesebene programmatisch als kommunale Querschnittsaufgabe gefasst, die eine eigene kommunale Gesamtstrategie zur Integration von Migrant\_innen und Geflüchteten mit Bleibeperspektive erfordert. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände rät ihren Mitgliedern in diesem Kontext, das Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen „durch Quartiersmanagement und Netzwerkbildung zu fördern“ und „mit niedrighschwelligen Angeboten die Lebensqualität im und die Identifikation mit dem Quartier zu stärken“. (Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände 2007, S. 32) Diese Forderung ist nicht neu, aber gerade vor dem Hintergrund aktueller Flucht- und Migrationsbewegungen erscheint es drängender denn je, praxisnahe und evidenzbasierte kommunale Konzepte zu erproben und zu entwickeln und damit stadtpolitische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Es ist der spezifisch sozialräumliche Einsatz der hier im Fokus stehenden *Welcome Points*, die Zivilgesellschaft in den Integrationsprozess einzubeziehen und ‚mitzunehmen‘. INTESO begleitet diese Prozessgestaltung und erforscht in diesem Zug die Wechselwirkungen von Zuzug (hier Geflüchteter), sozialräumlichen Bedingungen und Akteur\_innen sowie den sozialräumlichen Integrationsinstanzen. So entsteht ein praxisnahes Konzept zur sozialräumlichen Ausgestaltung von Integrationsbemühungen, das als sozialräumliche Lösungsstrategie für kommunale Gestaltungsaufgaben generalisierbar und verwertbar ist.

### 1.1.2 Kommunale Integrationsbemühungen angesichts horizontaler und vertikaler Politikverflechtung

Die Aufnahme von Geflüchteten erfolgt in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb des föderalen Systems mit geteilten, sich teilweise überschneidenden Zuständigkeiten verschiedener Ebenen. Aus dieser föderalen Anlage ergibt sich das forschungspraktische Desiderat, die Wechselwirkungen zwischen lokalen wie auch sozialräumlichen Politiken auf der einen Seite und den Akteur\_innen, Institutionen und nicht zuletzt Programmstrukturen auf der anderen Seite nachzuzeichnen, die auf europäischer, auf Bundes- oder Landesebene angesiedelt sind (Schammann 2017, S. 98f.; Tränhart und Weiss 2016) und Geflüchteten- und Integrationsarbeit vor Ort ausbuchstabieren.

Als Rahmung kommunaler Zuwanderungs- und Integrationsarbeit spielen internationale Verträge und daran anschließende europäische Regelsysteme eine zunehmende Rolle. Der Versuch der Steuerung internationaler Migrationsbewegungen erfolgt beispielsweise auf *europäischer und internationaler Ebene*. Hier bestimmt sich der Personenkreis, der überhaupt die Möglichkeit hat, auf das Gebiet der EU zu gelangen. Auf *Bundesebene* setzen Gesetze wie das sog. ‚Zuwanderungsgesetz‘ von 2005, das Aufenthaltsgesetz oder das Asylbewerberleistungsgesetz weiter den rechtlichen Rahmen für die Bearbeitung der Themen Flucht und Migration. Die *Länder* sind schließlich für weite Teile der Migrationsverwaltung sowie für die integrationsrelevanten Gesetzgebungen in bildungspolitischen Belangen zuständig. Über Landesgesetze nehmen die Länder zudem Einfluss auf die Ausgestaltung kommunaler Geflüchteten- und Integrationsarbeit, während sie zugleich z. B. im Falle des Teilhabe- und Integrationsgesetzes eine landesweite Koordinierung kommunaler Integrationsbemühungen vorschreiben.

Die Umsetzung daraus resultierender Aufgaben wird weitgehend an die *Kommunen* delegiert. Die Kommunalverwaltungen erweisen sich als unterste Ebene der Landesverwaltungen. In Nordrhein-Westfalen verpflichtet das Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) die Gemeinden, „[a]usländische Flüchtlinge [...] unterzubringen“ (§ 1), benennt die Modi der Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen (§ 3) und regelt die Höhe der Finanzaufweisungen des Landes an die Kommunen. Diese Finanzaufweisungen der Länder an die Kommunen fallen im Bundesvergleich sehr heterogen und zumeist für die Kommunen nicht kostendeckend aus (Aumüller, Daphi und Biesenkamp 2015, S. 26ff.). Neben den Aufgaben der Unterbringung und Existenzsicherung ist auch der Vollzug des Aufenthaltsrechts durch die kommunalen Ausländerbehörden, die in der Fachaufsicht der Landesinnenministerien bzw. der Regierungsbezirke stehen, eine delegierte Pflichtaufgabe der Kommunen.

Insgesamt wird deutlich, dass die Kommunen in dem System von andernorts getroffenen Entscheidungen eher betroffene und vollziehende Institutionen mit sehr begrenzten, deshalb

aber nicht weniger bedeutsamen Gestaltungsfreiheiten sind (Kluth 2016, S. 37). Für eine Systematisierung kommunaler Aufgaben bietet sich dementsprechend die Differenzierung nach Aufgabentypen in Auftragsangelegenheiten (Aufenthaltsangelegenheiten, Unterbringung, Ausschüttung von Unterhalt) und Selbstverwaltungsangelegenheiten an. Bei den Selbstverwaltungsangelegenheiten ist zwischen Pflichtaufgaben (Bebauung, Kindergärten, Jugendhilfe, Sozialhilfe) und freiwilligen Aufgaben (Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Bürgertreffs, aber auch die hier untersuchten *Welcome Points* usw.) zu unterscheiden (Bogumil und Jann 2009, S. 104f.; Schamann 2017, S. 105ff.).

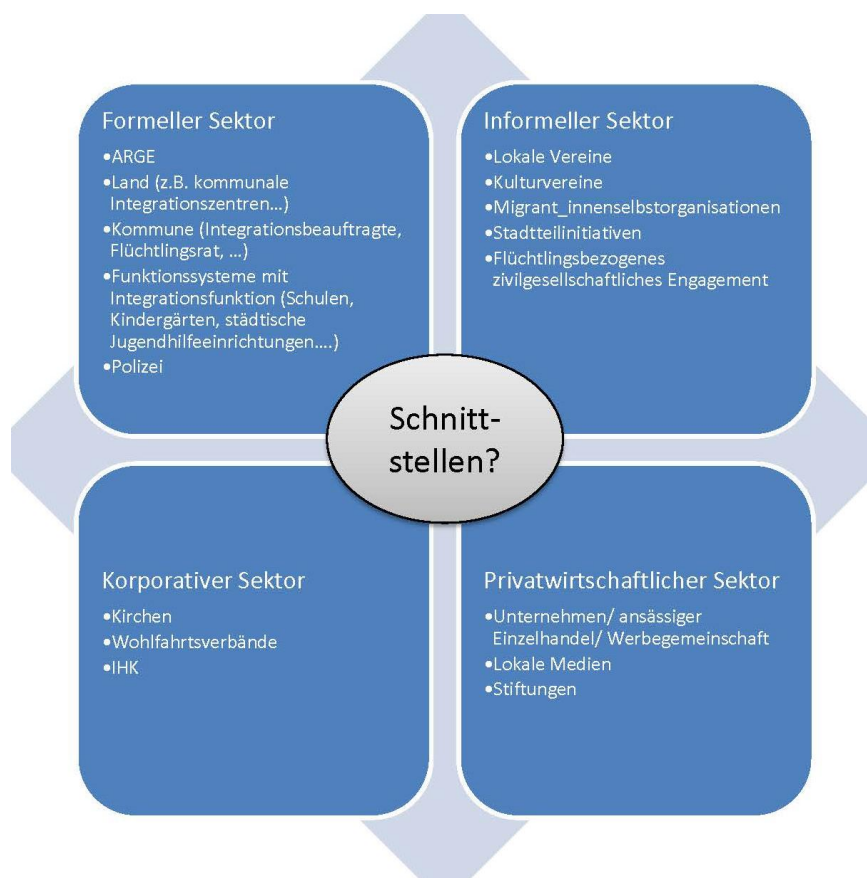
Deutlich wird, dass Bund und Land Integration als kommunale Planungs- und Koordinationsaufgaben situieren. Bei der auch bundesweit zu beobachtenden Kommunalisierung sozialer Aufgaben nimmt Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes und damit verwaltungstärkstes Land eine Vorreiterrolle ein. Unter Kommunalisierung ist hier „die Überführung von Aufgaben aus der Trägerschaft des Landes in die Trägerschaft der Kommunen“ (Burgi 2010, S. 25) zu verstehen. Kommunalisierungen in diesem Sinne zielen einerseits darauf, ortsnahe, die Bürger\_innen betreffende Verwaltungseinheiten zu stärken und mit einer verbesserten demokratischen Rückkopplung zu versehen. Zugleich erwartet man Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Aufgaben. Hintergrund dieses Wandels kommunaler Sozialplanung ist die Bewegung weg von einem planerischen Blick räumlicher Standardisierung hin zur einer ortsgebundenen und an die lokalen Gegebenheiten angepassten Sozialplanung (Schubert et al. 2015, S. 133f.).

Schon lange vor den Bundes- und Landesinitiativen haben sich eine Reihe von Kommunen mit Integrationsbelangen auseinandergesetzt und sich auf die strukturellen Veränderungen der Stadtgesellschaft eingestellt (Barulina 2007). Die lokalen Integrationsmaßnahmen aber waren an lokale Politiken und deren Schwerpunktsetzungen gebunden und damit auf einem sehr uneinheitlichen Wissens- und Technikstand. Damit erwächst ein flächendeckender Bedarf an der Entwicklung tragfähiger Integrationskonzepte und an Techniken und Praktiken, um Integration tatsächlich vor Ort zu bewerkstelligen. Der *Nationale Aktionsplan Integration* verpflichtet die kommunalen Spitzenverbände dazu, entsprechende Konzepte zur Ausgestaltung lokaler Integrationskonzepte vorzulegen und die Gemeinden bei deren Instituierung zu unterstützen (Bundesregierung 2011, S. 210 ff.).

Die von den kommunalen Spitzenverbänden getragene Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) nahm in enger Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung hier eine Vorreiterrolle ein und unterstützte die Kommunen bei der Entwicklung kommunaler Integrationsstrategien. Die KGSt ist nach wie vor eine wichtige Akteurin bei der Ausgestaltung kommunaler Politiken und hält etwa eine umfangreiche Datenbank mit Best-Practice-Beispielen gelungener Integrationsbemühungen in Kommunen bereit. Wie die vielfältigen

Aufgaben zu bewältigen sind, bleibt jedoch hier weitgehend offen. Deutlich wird, dass die Inklusion von Migrant\_innen und Geflüchteten in die verschiedenen Funktionssysteme der Gesellschaft (v. a. Bildung und Ökonomie) als Querschnittsaufgabe institutionell verankert sein muss und dass einerseits diese Verankerung nur vor Ort gelingen kann, andererseits bei Misslingen die Konsequenzen vor Ort getragen werden müssen (BMVBS 2013).

Bei dieser Schwerpunktsetzung auf die Kommunen darf aber nicht vergessen werden, dass der kommunale Handlungsspielraum Restriktionen unterliegt, denn Integration findet so zwar vor Ort statt, gelingende kommunale Integrationsarbeit muss aber die Politikverflechtungen im Mehrebenensystem berücksichtigen und die eigenen Handlungsmöglichkeiten daran ausrichten. Die Handlungskompetenzen liegen verteilt bei Bundesministerien (Inneres und Justiz), bei den Ländern (Bildung und Kultur) und vor allem im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und der Bereitstellung der kulturellen und sozialen Infrastruktur bei den Kommunen, während letztere nur begrenzten Einfluss auf die lokale Arbeitsmarktsituation und die entsprechende Arbeitsmarktpolitikgestaltung nehmen können (Aumüller 2011; Krummacher 2011).



**Abbildung 1: Träger kommunaler Integrationspolitik**  
Eigene Darstellung nach Krummacher 2011, S. 191; MGFFI NRW 2008, S. 38

Mit den dargestellten Formen vertikaler und horizontaler Politikverflechtung ergibt sich ein komplexes Netzwerk von Akteur\_innen und Akteur\_innengruppen, die den Integrationsprozess vor Ort ausgestalten (siehe Abbildung 1) – und damit einhergehend die Frage nach den damit verbundenen Schnittstellen.

Erfolgreiche Integrationsarbeit benötigt folglich die Bündelung gesellschaftlicher Funktionssysteme mit verschiedenen Zuständigkeiten. Daneben aber darf nicht vergessen werden, dass Integration vor Ort vor allem auch bedeutet, dass eine ansässige Zivilgesellschaft die Integrationsprozesse ausgestaltet. Die Kommunen antworten mit der Einrichtung von Integrationsbeauftragten bereits auf den vielfach konstatierten Koordinierungsbedarf von Integrationsbemühungen (Bommes 2009; Gesemann und Roth 2009). Bei der Vernetzung der lokalen Akteur\_innen rückt die Kommune in die Funktion einer Moderatorin bzw. einer Schnittstellenmanagerin, die „sich als gemeinwohlorientiert legitimieren kann“ (Heinelt 2004, S. 39) und die Aktivitäten der verschiedenen Handlungsfelder und Einrichtungen überblickt und koordiniert.

Es ist einsichtig, dass eine solche Koordination von Handlungsfeldern in verschiedenen Ebenen auch kommunal nicht zentral zu überblicken ist. Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat sich deshalb entschlossen, den Weg einer sozialräumlichen Koordination von Integrationsbemühungen zu beschreiten. Die Einrichtung sozialräumlich arbeitender *Welcome Points* ist somit eine mögliche strukturelle Antwort auf die vielschichtige Integrationsaufgabe. Die forschende Begleitung der *Welcome Points* in den konkreten Sozialräumen und die praxisgestützte Entwicklung eines sozialräumlichen Integrationsmodells antworten auf die komplexe Herausforderung Integration und entwickeln ein praxis- und erfahrungsgestütztes Instrument, das eine effektive und demokratische Handhabung aktueller Fluchtbewegungen ermöglichen soll.

### **1.1.3 Die Rolle sozialräumlicher Integrationsarbeit im politischen Mehrebenensystem**

Bereits in den Kapiteln 1.1.2 und 1.1.3 wurde die Einbettung kommunaler Integrationsarbeit in das politische Mehrebenensystem angesprochen. Bei Fragen der Ausgestaltung der Unterbringung, der Wegeplanung sowie auch bei Fragen des Kontaktes zu zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen vor Ort kommt mit den *Stadtbezirken* eine weitere Ebene des politischen Mehrebenensystems ins Spiel. Für Versuche sozialräumlicher Integrationssteuerung spielen die Bezirke insofern eine Rolle, als sie über die Unterhaltung der kulturellen und sozialen Einrichtungen in Stadtbezirken entscheiden, ihnen die unterbringungsrelevante lokale Wegeplanung obliegt und sie Vereine und Initiativen im Stadtbezirk betreuen und fördern (§ 36 und § 37 GO NRW). Auf Stadtbezirksebene, auf der auch die *Welcome Points* angesiedelt sind, kommen die sozialräumlichen Kalkulationen und Erwägungen zum Tragen.

Bereits der *Nationale Aktionsplan Integration* benennt Sozialraumorientierung als zentrales Handlungsfeld der Integrationsarbeit (Bundesregierung 2011). Gleichzeitig führen zahlreiche kommunale Integrationskonzepte den Term Sozialraum oder Quartier (Krüger 2016, S. 4). Damit ist jedoch noch nicht viel über daran tatsächlich anschließende Handlungspraxen ausgesagt. Wir gehen davon aus, dass die Implementation sozialräumlicher Herangehensweisen im Feld der Migrations- und Integrationsarbeit – wie ebenfalls in Düsseldorf – erst im Zuge der neuesten Feldtransformationen vorangetrieben wird. Auch dies geschieht jeweils pfadabhängig. Zwar streuen sich sozialräumliche Ansätze auf so unterschiedliche Felder wie Inklusion (vgl. Bleck, van Rießen und Deinet 2017; Knopp und van Rießen 2014) oder die Bearbeitung des demographischen Wandels (van Rießen, Bleck und Knopp 2015; Bleck, van Rießen und Knopp 2017; van Rießen 2016b). Die Themen Migration bzw. Integration und Sozialraum koppeln sich jedoch zumeist an Erfahrungen aus dem Programm *Soziale Stadt*<sup>1</sup> (BBSR 2009; Gesemann, Roth und Aumüller 2012; Gesemann 2013; Gebhardt 2013).

In Nordrhein-Westfalen steht das ‚Teilhabe- und Integrationsgesetz‘ mit der Einrichtung der Kommunalen Integrationszentren für eine Kalkulation, die ebenso auf lokale Netzwerkbildung setzt. Auch in anderen Ländern lassen sich derartige Entwicklungen in jüngerer Zeit beobachten. Zugleich kann mit Michael Bommers (2009, S. 93; vgl. auch Gesemann 2010, S. 26) nach wie vor festgehalten werden, dass abseits der standardisierten Semantik von ‚Integration als Querschnittsaufgabe vor Ort‘ kaum Datenmaterial zur Herausbildung kommunaler sozialräumlicher Handlungspraxen, Organisationsentwicklungen, ihrer Leistungsfähigkeit und Grenzen vorliegt. Diese Lücke gilt es mithilfe des hier vorliegenden Forschungsprojekts zu schließen, indem am Beispiel der *Welcome Points* eben diese Bereiche empirisch untersucht werden.

## **1.2 Der Blick auf den Sozialraum**

Sozialräumliche Herangehensweisen können komplexe Herausforderungen wie die der Integrationspolitik überhaupt handhabbar machen und den mit ihnen einhergehenden Koordinierungsbedarfen begegnen. Dabei sollen sie Teilhabe ermöglichen, indem sie sowohl die Strukturen als auch die Zivilgesellschaft vor Ort berücksichtigen und einbeziehen, und können durch diese Aspekte die Effektivität und Akzeptanz von Vorhaben und Maßnahmen steigern.

### **1.2.1 Sozialraumorientierung: Teilhabe und Effektivität**

Wenn vom Sozialraum die Rede ist, verstehen wir unter Raum hier – in Anlehnung an die theoretischen Ansätze von Baacke (1984), Zeiher und Zeiher (1994), Löw (2001) und Muchow (2012) – einen dynamischen, flexiblen Gegenstand, der sich nicht an geographische Be-

---

<sup>1</sup> Siehe zum Programm *Soziale Stadt* ausführlich Kapitel 1.2.3.



grenzungen hält und der zur gleichen Zeit von verschiedenen Gruppen auf unterschiedlichste Arten genutzt und verändert werden kann. Weiter gehen wir davon aus, dass sich Menschen fortlaufend in ihrer Entwicklung Räume aneignen und sich in diesen Räumen aufhalten, dort kommunizieren, agieren und interagieren, dass ein Raum somit also ein Aufenthalts- und Handlungsraum ist.

Mit Kessl und Reutlinger (2010) begreifen wir den Raum in einer relationalen Begriffsbestimmung als sozial konstruiert und nicht als „der menschlichen Handlungsdimension vorgeordnet“ (S. 7). Vielmehr gehen wir von einem wechselseitigen Bezug zwischen Raum und Gesellschaft und somit den Subjekten als den Raum konstituierende Akteur\_innen aus (a. a. O., S. 25), wobei „bestimmte soziale Prozesse sich in konkreten historischen Konstellationen materialisieren und diese Materialisierungen wiederum den (Mit-)Ausgangspunkt aktueller gesellschaftlicher Prozesse bilden“ (a. a. O., S. 12). So sind „räumliche Ordnungen immer als Ausdruck sozialer Praktiken“ (ebd.) zu verstehen.

Das so sich ergebende ‚Produkt‘, der ‚Sozialraum‘, entsteht aus dem Zusammenwirken von Komponenten: einer physischen, geographischen und auch administrativen Raumstruktur, den Raumwahrnehmungen und den jeweiligen personalen Aktivitäten (Rüßler et al. 2015). Es geht um eine komplexe Raumkonfiguration aus menschlichen und nicht menschlichen Aktanten (Latour 2000) oder Bedingungen räumlicher Handlungsweisen. Diese Struktur reproduziert sich in Interaktionen und verschiebt sich in diesem Zuge beständig (Rüßler et al. 2015, S. 29). Der zentrale Einsatz sozialräumlicher Herangehensweisen ist der Bezug auf die Wahrnehmungen und Interessen der Bewohner\_innen (Fürst und Hinte 2014, S. 32). Ihre Bewertungen konstituieren den Raum und informieren den Zuschnitt der zu bewirkenden sozialräumlichen Interventionen. In diesem Sinne lässt sich Sozialraumorientierung als Teilhabeförderung interpretieren.

Zudem erkennen verschiedene Ebenen politischer Steuerung immer mehr, dass sie von zentraler Stelle aus nicht effektiv planen und steuern können: Einem Eingriff von zentraler Stelle fehlt es an Unterstützung, mithin Legitimität. Zusätzlich ist davon auszugehen, dass die Bewohner\_innen eines Sozialraums selbst am besten wissen, wie dieser aus- und weiterzugestaltet ist. Zentrale Steuerungseinheiten weisen demgegenüber ein Informationsdefizit auf (Scharpf 2000, S. 286ff.). Die Aufgabenerfüllung kann deshalb mit Rekurs auf das Wissen der Beteiligten weitaus effektiver sein. In diesem Sinne wird zuletzt zunehmend die Anschlussfähigkeit sozialräumlicher Ansätze an ein eher steuerungstheoretisch fundiertes Governance-Konzept betont (Alisch 2015; Schubert 2015). Unter Governance-Strukturen versteht man im Unterschied zu Formen unilateralen Handelns und zentraler Steuerung Aushandlungsarrangements zwischen staatlichen, privaten und Dritt-Sektor-Akteur\_innen.

Lokale Governance-Strukturen haben die Implementation von Netzwerken zum Ziel, aus denen die Koproduktion kollektiver Güter erwächst (Alisch 2015, S. 7f.; Benz 2004, S. 21).

Das damit notwendig werdende Netzwerkmanagement und der Einbezug der Akteur\_innen und Akteur\_innengruppen ist zentrale Aufgabe einer öffentlichen Hand, die zwar nicht Deutungs- und Gestaltungshoheit übernehmen kann und will, sondern sich im demokratischen Sinn auf das Wissen und die Bewertungen der beteiligten Personengruppen verlässt, dieses Wissen aber aktiv generiert, um Planungsaufgaben mit Legitimität auszustatten und effizient umsetzen zu können. In diesem Sinne ist auch der Zuschnitt der *Welcome Points* der Versuch, lokale Netzwerkstrukturen unter Berücksichtigung sozialräumlicher Faktoren zu stärken und zu implementieren. Angesicht der Komplexität eines Feldes, das wie gezeigt durch horizontale und vertikale Verflechtungen gekennzeichnet ist, bietet sich ein solches kleinteiligeres sozialräumliches Vorgehen an.

Die Beteiligung von Akteur\_innen im Sozialraum verspricht so die Möglichkeit, gelungene Integrationsprozesse proaktiv auszugestalten, und produziert zudem Legitimität für alle weiteren integrationsbezogenen Sozialraumentwicklungen. Die wissenschaftliche Begleitung der *Welcome Points* überprüft nicht nur, ob diese Annahmen zutreffen, sondern macht das Vorgehen reflexiv und damit auf andere Kommunen übertragbar.

### **1.2.2 Integrative kommunale Sozialplanung und sozialräumliche Ansätze in verschiedenen Feldern des Sozialen**

Sozialräumliche Konzepte haben „Hochkonjunktur“ (Rüßler et al. 2015, S. 28), was nicht zuletzt der Kommunalisierung verschiedener Felder der Sozialpolitik und ihrem effizienz- und legitimitätssteigernden Kalkül zuzuschreiben ist. Seit einigen Jahren werden beispielsweise Konzepte zur Ausgestaltung lokaler Bildungslandschaften zentral eingefordert und umgesetzt (zur Genese des Konzepts: Gnahs 2012). Eines der wesentlichen und richtungweisenden Dokumente stellt in diesem Kontext der zwölfte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung dar (BMFSFJ 2005), der größere Vernetzungen im Sozialraum (S. 42) und die Förderung des Zusammenspiels verschiedener Bildungseinrichtungen einfordert. Gut untersucht und dokumentiert sind in diesem Bereich die Erfahrungen mit dem lokalen Netzwerkmanagement und der Steuerung von Bildungslandschaften; es existieren zudem anschlussfähige Handlungskonzepte zur Ausgestaltung sozialräumlicher Kinder- und Jugendhilfearrangements (Deinet 2009).

Gerade der Blick auf die Systeme der Jugendhilfeplanung kann Orientierung für eine alle sozialen Belange berücksichtigende Sozialplanung bieten. Die dort festgeschriebenen Rahmungen lassen sich auf eine umfassende Sozialplanung übertragen (Schubert et al. 2015, S. 132). § 80 Abs. 1 SGB VIII sieht eine Bestandserhebung, eine Bedarfserhebung und die

entsprechende Maßnahmenplanung vor, die ein wirksames und aufeinander abgestimmtes Leistungsangebot gewährleistet. Zu beteiligen sind zudem die jeweiligen Träger, und eine Koordination mit anderen örtlichen und überörtlichen Planungen ist vorgesehen.

Auch spezifisch für den Integrationsprozess von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchtgeschichte wird neben den institutionell organisierten Arrangements insbesondere dem Sozialraum eine bedeutende Rolle beigemessen (Deinet und Scholten 2019; Hovenga und Nier 2019).

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demographischen Wandels nehmen sozialräumliche Konzepte eine zunehmende Bedeutung an. Davon zeugt nicht zuletzt eine Dokumentation von Projekten im Rahmen der BMBF Förderlinie *SILQUA FH*, die nach innovativen und praxisnahen Konzepten sucht, die die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlich-kulturellen Leben verbessern<sup>2</sup>. Zunehmend in den Fokus rücken auch sozialräumliche Konzepte integrierter Versorgungssysteme für Ältere in Form der „Vernetzung der Netzwerke“ von Altenpflegearrangements und einer engeren Verknüpfung informeller und formeller Unterstützungsleistungen (Zeman 2005, S. 320f.). Der Schritt von abstrakten Netzwerken in den konkreten Sozialraum erfolgt erst in jüngerer Zeit. So stellt Luthé einen Trend hin zu einer „präventiv, evidenzbasierten sowie an der Lebensqualität der Menschen ausgerichteten Verhaltensmedizin“ fest, welcher die „Auseinandersetzung mit den jeweils vorherrschenden sozialräumlichen Gegebenheiten“ erfordere (Luthé 2013, S. 3).

Abstrahiert man von diesen einzelnen Feldern einer sozialräumlich ausbuchstabierten Ressortlogik, erscheint die Weiterentwicklung integrativer kommunaler Sozialplanungen als zentrale kommunale Zukunftsaufgabe. Der gesetzgeberisch beschrittene Weg einer lokal und räumlich angepassten Sozialplanung und Teilhabeförderung läuft konzipiert auf eine integrative Sozialplanung zu. Das damalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) konstatierte in seiner Zwischenbilanz zum *Nationalen Integrationsplan*, dass die Strategien zur Integration noch zu stark auf einzelne Projekte und Handlungsfelder bezogen sind (2008, S. 23). „Bildungs-, Integrations- und Engagementpolitik gehören zu den zentralen Zukunftsthemen, die stärker miteinander verknüpft werden sollten, da sie vielfältige Möglichkeiten einer ressortübergreifenden Kooperation und Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure bieten, von der [sic!] auch eine sozialräumliche Integrationspolitik profitieren würde“ (Gesemann, Roth und Aumüller 2012, S. 92), halten auch Gesemann, Roth und Aumüller fest. Da die Herausforderung der Integration von Geflüchteten und Migrant\_innen folglich nur als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe zu bewerkstelligen ist, kann die Entwicklung

---

<sup>2</sup> Der Band „Sozialer Raum und Alter(n)“ (van Rießen, Bleck und Knopp 2015) vereinigt in diesem Kontext Beiträge zur Lebensqualität im Quartier und richtet den Blick auf soziale Ressourcen für Ältere, auf partizipative Prozesse und sozialplanerische Modelle im Bereich der kommunalen Altenhilfe.

eines sozialräumlichen Integrationsmodells als Probe und Wegmarke in Richtung einer integrativen sozialräumlichen Versorgungs- und Sozialplanung gelesen werden.

Deutlich wird in der Zusammenschau dieser heterogenen Bereiche auch der spezifische Einsatz sozialräumlicher Herangehensweisen. Sozialraumorientierung setzt auf die Initiierung von Prozessen der gemeinschaftlichen Rauman eignung und -gestaltung der beteiligten Akteur\_innen (Deinet 2009, S. 29f.). Ziel der praxisnahen Erforschung der *Welcome Points* ist es, die tatsächlichen räumlichen Umweltbedingungen und deren Veränderungen im Integrationsprozess zu erfassen, zivilgesellschaftliche Potenziale und Ressourcen zu identifizieren und zu aktivieren sowie in diesem Zuge ein passgenaues Instrument zur Handhabung lokaler Diversität zu entwickeln.

### **1.2.3 Sozialräumliche Erfahrungen in der Integrationsarbeit: ein Blick in kommunale Praxis und Forschung**

Im Zuge einer nachholenden Integrationspolitik hat sich eine vielfältige, mithin unübersichtliche Programmlandschaft der Europäischen Union, des Bundes und der Länder zur Ausgestaltung und Unterstützung kommunaler Integrationskonzepte entwickelt. Die neueren Programme weisen dabei auffällig in Richtung der Gestaltung sozialer Räume (Krummacher 2011, S. 195).

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützte mit dem Landesprogramm *KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit* seit 2005 die Kommunen bei der Aufgabe, Prozesse in der kommunalen Integrationsarbeit v. a. hinsichtlich Transparenz und Vernetzung zu optimieren, um bestmögliche Voraussetzungen für organisierte Angebote und Strukturen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu ermöglichen. Durch dieses Programm wurden nicht nur Großstädte, sondern auch kleine Städte und Gemeinden erreicht, so dass innovative Ansätze in die Fläche getragen werden konnten (Gesemann, Roth und Aumüller 2012, S. 148). Die *Kommunalen Integrationszentren* (siehe Kapitel 1.1.1) stellen eine Zusammenführung der Ansätze der *Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien (RAA)* und des Landesprogramms *Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit (KOMM-IN NRW)* dar und sollen durch Weiterentwicklung und Verstetigung die bisherigen Förderstrukturen erweitern.

Angesichts der Zuwanderungsentwicklungen der letzten Jahre unterstützte das Land Nordrhein-Westfalen von 2016 bis 2018 zudem mit einem *Städtebau-Sonderprogramm zur Integration von Flüchtlingen* insgesamt 147 Projekte aus 100 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 72 Millionen Euro (Landesregierung NRW 2016b).

Diskutiert werden sozialräumliche Integrationsstrategien jedoch zumeist im Kontext des Bund-Länder-Programms *Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt* des

BMVBS und der Länder. Es wurde im Jahr 1999 mit dem Ziel gestartet, die „Abwärtsspirale“ in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern. Das Programm ist Teil der Städtebauförderung, hat aber im Kern einen sozial-räumlichen Ansatz, bei dem bauliche und soziale Maßnahmen verknüpft werden sollten, wobei die baulichen und infrastrukturellen Maßnahmen hier zumeist im Vordergrund stehen und standen (Häußermann 2011; van Rießen/Knabe/Blandow 2015, S. 9).

Das BMVBS konstatiert in seinem Zwischenbericht zum Programm *Soziale Stadt* mit dem Titel *Integration vor Ort* nicht nur, dass die Auswirkungen gelungener und misslungener Integration vor allem vor Ort spürbar werden, sondern weist auch so genannte „Fokuswohnquartiere“ aus, in denen „sozialräumliche Segregation mit ökonomischen Schwächen einhergeht“ (BMVBS und BBR 2008, S. 9). Zu diesen liegen Sammlungen von Best-Practice-Beispielen vor, die der Ausgestaltung lokaler Integrationsprozesse als Vorbild dienen können (BMVBS 2013).

Kritisiert wird, dass das Programm *Soziale Stadt* verspätet auf bereits bestehende ökonomisch-soziale Dynamiken im gesamtstädtischen Kontext und mit gesamtgesellschaftlichen Problemlagen antwortet: „Eine Politik für die Soziale Stadt, die nur die problembeladenen Quartiere im Blick hat“ – konstatiert Häußermann –, „betreibt eine ‚end-of-the-pipe‘-Politik, wie sie für die Anfänge der Umweltpolitik ebenfalls typisch war, aber sie kann ihre Ursachen nicht vermindern oder gar beseitigen“ (Häußermann 2011, S. 277).

Dagegen gilt es für INTESO, die Einführung sozialräumlicher Integrationsbestrebungen auf Stadtquartiere zu vermeiden, in denen primär jene Menschen leben (müssen), die strukturell sozial benachteiligt sind, und diese in Richtung einer insgesamt proaktiven sozialräumlichen Ausgestaltung von Integrationsprozessen weiterzuentwickeln. Unabhängig von dem Programm *Soziale Stadt* und dessen vorwiegend städtebaulichem Ansatz mit dem Blick auf „Fokusquartiere“ existieren jedoch kaum Beschreibungen sozialräumlich ausgestalteter Integrationsprozesse. Einen Ansatz liefert eine recht knappe Projektskizze stadtteilbezogener Integrationsbemühungen in Jena (Mühlenhoff 2013). Deutlich werden dort die Prozessgestaltung, der Einbezug verschiedener Akteur\_innengruppen, die Bündelung von Handlungsfeldern und die Erarbeitung und Umsetzung eines intern differenzierten Aktionsplans.

Insgesamt existieren eine Reihe von Ansatzpunkten und Vorbildern, an denen sich die Erforschung und Begleitung der Ausgestaltung sozialräumlicher Integrationsprozesse orientieren könnten. Der Blick auf empirische Analysen aber zeigt, dass hier zumeist reaktiv und problembezogen vorgegangen wird oder der Fokus einseitig auf Netzwerkausgestaltungen, nicht aber auf die sie begleitenden sozialräumlichen Entwicklungen gerichtet wird.

Daraus lassen sich zwei Umkehrschlüsse für das anvisierte Forschungsprojekt ziehen:

- (1) Sozialräumliche Ansätze sollten nicht reaktiv auf die sogenannten „Fokuswohnquartiere“ beschränkt sein. Vielmehr bieten sie die Möglichkeit, Integrationsprozesse unter Beteiligung korporativer und zivilgesellschaftliche Akteur\_innen proaktiv auszugestalten und damit die Kopplung von Zuwanderung, mangelnder Bildung, mangelnder Inklusion in das ökonomische System und sozialräumlicher Segregation in von Zuwanderung geprägten Quartieren auszuhebeln. Eine proaktive sozialräumliche Gestaltung von Integration eröffnet die Möglichkeit, Zuwanderung tatsächlich als „Chance“ (Bundesregierung 2013) für den Sozialraum und die gesamte Stadtgesellschaft zu instituieren.
- (2) Bei den vorgestellten sozialräumlichen Perspektiven erfolgt zumeist eine Engführung auf die auszugestaltenden Netzwerke. Die Vernetzung von Akteur\_innen ist zentraler Bestandteil sozialräumlicher Herangehensweisen und antwortet auf die Notwendigkeit, einen Informationsfluss zwischen den verschiedenen Funktionssystemen und Akteur\_innengruppen herzustellen und diesen auch in die Kommunalverwaltung zu leiten. Zugleich geht mit der Beschränkung auf die Netzwerkperspektive aber die oben genannte Spezifik sozialräumlicher Ansätze verloren, die eben die Bewertungen und Zuschreibungen der ansässigen Zivilgesellschaft als den Sozialraum konstituierende Größe ernst nimmt. Diese durch Zuwanderung in Gang gebrachten Transformationsprozesse sind weitgehend unerforscht.

Darauf aufbauend lässt sich im Folgenden die spezifische Ausgestaltung der *Welcome Points* genauer betrachten.

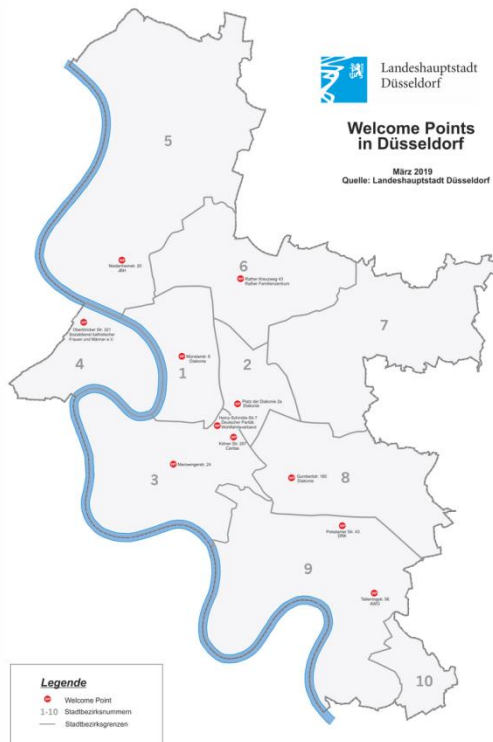
### **1.3 Die *Welcome Points*: Finanzierung, Zielsetzung und Förderstrukturen**

In den Jahren 2015 und 2016 richtet die Landeshauptstadt Düsseldorf angesichts gestiegener Zuzugszahlen Geflüchteter mit den *Welcome Points* ein Instrumentarium zur sozialräumlichen Ausgestaltung von Integrationsprozessen ein. Wichtig ist die wissenschaftliche Prozessbegleitung, um zielgerichtete und angemessene Erkenntnisse zu einer (konzeptionellen) Weiterentwicklung des Instrumentes zu erlangen.

Die Idee der *Welcome Points* basiert auf der Arbeit des Runden Tisches Asyl der Stadt Düsseldorf. Mit den *Welcome Points* werden erprobte sozialräumliche Modelle aus weiteren Handlungsfeldern – wie bspw. der offenen Altenarbeit – auf das Feld der kommunalen Integrationspolitik übertragen. Dabei hält die Landeshauptstadt in ihrem Antrag zur Finanzierung der *Welcome Points* fest: „Die Arbeit der *Welcome Points* orientiert sich an den jeweiligen sozialräumlichen Gegebenheiten“ (Vorlage 51/17/2016, S. 1)<sup>3</sup>. Entsprechend dem sozialräumlichen Grundgedanken sind die elf zzt. existierenden *Welcome Points* auf das gesamte Stadtgebiet verteilt (siehe Abbildung 2).

---

<sup>3</sup> Die im Bericht angeführten Niederschriften, Vorlagen und Sachberichte sind unter dem Ratsinformationssystem der Landeshauptstadt Düsseldorf abrufbar: <https://www.duesseldorf.de/rat/ratsinfo.html>.



**Abbildung 2: Die Welcome Points im Düsseldorfer Stadtgebiet**

Landeshauptstadt Düsseldorf 2019d

Zentrale Funktion der *Welcome Points* ist es, so sieht es das Konzept vor, „im Bedarfsfall ehrenamtliche Hilfsangebote zu koordinieren, Beratungs- und Unterstützungsangebote für die ‚Neudüsseldorfer‘ vorzuhalten und hierdurch die gegenseitige Akzeptanz voranzubringen und die Integration in die hiesige Gesellschaft zu erleichtern“ (Landeshauptstadt Düsseldorf 2015; Herv. i. O.).

Die *Welcome Points* fungieren in diesem Sinne als lokale Schnittstellenmanager bzw. als intermediäre Instanz im Sozialraum (Fürst und Hinte 2014) zwischen den verschiedenen Ressorts der Verwaltung, der bereits ansässigen Bevölkerung und ihren kulturellen und ehrenamtlichen Aktivi-

täten, den ansässigen Migrant\_innenselbstorganisationen und anderen relevanten Akteur\_innen. Eine derart sozial-

räumlich verankerte Integrationsarbeit verspricht sowohl ein Schnittstellenmanagement, das Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Akteur\_innen und Verwaltungseinheiten erschließt, als auch eine breite Partizipation der ansässigen Bevölkerung an der Organisation von Integrationsbelangen.

Dabei verfolgten die *Welcome Points* recht heterogene Funktionen zwischen konkreter Beratung und Unterstützung vor Ort und einem Schnittstellenmanagement zwischen lokalen und städtischen Akteur\_innen und Akteur\_innengruppen (siehe auch Vorlage 51/17/2016):

- Sie sind zentrale Anlaufstellen und Treffpunkte für Geflüchtete im jeweiligen Stadtbezirk wie auch für die ‚alteingesessenen Bürger\_innen‘.
- Sie fungieren als Anlaufstelle und Beratungspunkt für ehrenamtliche Flüchtlingsshelfer\_innen und sie koordinieren und fördern ehrenamtliche Aktivitäten.
- Sie bieten Bürger\_inneninformationsdienste, betreiben Öffentlichkeitsarbeit und unterstützen bei der Klärung von Bedarfen in der ‚Erstversorgung‘ Geflüchteter.
- Sie unterstützen bei der Koordination von Aktivitäten zur Integration der Neubürger\_innen im Stadtteil und Veranstaltungen im *Welcome Point*.
- Sie sind Schnittstellen und koordinieren zwischen der Kommunalverwaltung, den Wohlfahrtsverbänden und ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen.

Das benannte Aufgabenspektrum lässt einen gewissen Spielraum zur konkreten Implementation zu, so dass sich diese an den örtlichen Gegebenheiten orientieren kann. Bereits auf den ersten Blick besteht hier eine Gefahr der Überlastung und der Schaffung von Doppelstrukturen mit anderen Institutionen auf städtischer Ebene (wie auch mit Bundes- und Landesprogrammen und Initiativen).

Das im März 2017 in Kraft getretene Gesamtstädtische Integrationskonzept der Stadt Düsseldorf nimmt die *Welcome Points* an drei Stellen auf:

- Sie sind verortet im Handlungsfeld „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und leisten hier einen Beitrag, sozialräumliche Strukturen im Flüchtlingsbereich weiter auszubauen (Landeshauptstadt Düsseldorf 2017a, S. 22).
- Sie begleiten und stärken ehrenamtliche Arbeit (a. a. O., S. 23).
- Die *Welcome Points* vernetzen sich untereinander. Migrant\_innenorganisationen, die an einer Kooperation mit den *Welcome Points* interessiert sind, erhalten dort Beratung und Unterstützung (ebd.).

Der hier formulierte Aufgabenzuschnitt ist deutlich enger auf die Bereiche der Koordination ehrenamtlichen Engagements ausgerichtet. Eine Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung – bestehend aus Vertreter\_innen des Jugendamtes und der damaligen Flüchtlingsbeauftragten – entwickelt gegenwärtig eine präzisierte Produkt- und Aufgabenbeschreibung, um zu Kriterien der Evaluation der Arbeit der *Welcome Points* zu gelangen.

Deren Finanzierung war zunächst auf drei Jahre angelegt. Drei der *Welcome Points* wurden initial mit Landesmitteln des Programmes *Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen* des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert (Vorlage 51/17/2016; MBWSV-NRW 2016), die weiteren *Welcome Points* durch Mischfinanzierungen aus Träger- und Spendenmitteln. Seit 2019 ist eine Unterstützung der Finanzierung durch Mittel der Kommune gewährleistet, vorerst befristet auf einen Zeitraum von drei Jahren.

Die lokalen Trägerstrukturen erscheinen als weiterer zu berücksichtigender Faktor sozialräumlicher Geflüchteten- und Integrationsarbeit. Die beiden von uns schwerpunktmäßig untersuchten *Welcome Points* schließen an bereits existierende lokale Trägerstrukturen an. So ist der *Welcome Point* im Stadtbezirk 6 an das vom Erzbistum Köln betriebene Rather Familienzentrum angeschlossen, um mit dieser bereits bestehenden Struktur Synergieeffekte zu erzielen (Vorlage 51/17/2016). Der *Welcome Point* im Stadtbezirk 5 wird von der dort ansässigen Jugendberufshilfe betrieben.



#### **1.4 Zusammenfassung: die *Welcome Points* und die Koordination der Integration im Sozialraum im Mehrebenensystem**

Aufbauend auf den bis hier dargelegten Aspekten zur Integration im Sozialraum lässt sich der doppelte Einsatz des Forschungsprojekts INTESO nun ausloten: Es geht um die Begleitung und Einrichtung der *Welcome Points* als intermediäre Instanz bzw. als Schnittstellenmanager im Sozialraum. Hier gilt es, Informationen über Akteur\_innen und Netzwerke zu sammeln, die Interaktionen der Akteur\_innen nachzuzeichnen, die Einrichtung von Netzwerken zu unterstützen und zu begleiten. Aus der Prozessbegleitung wird ein Modell entwickelt, wie sich Kommunen ihre Diversitätspotenziale sozialräumlich erschließen können. Aus einer sozialräumlichen Perspektive werden zugleich die Veränderungen und Verschiebungen im Sozialraum nachgezeichnet, denn es ist davon auszugehen, dass sich durch den Zuzug einer großen Zahl von Geflüchteten die Sozialraumstruktur verschiebt: Wie ändern sich die Sozialraumwahrnehmungen der Akteur\_innen? Wie verändern sich die Raumnutzungen?

Aus der Zusammenschau dieser beiden Faktoren sind schließlich Erkenntnisse dahingehend zu erwarten, welchen Einfluss die *Welcome Points* auf die Konstitution des Sozialraums nehmen können und welche Schlussfolgerungen auf die Ausgestaltung von Integrationsprozessen daraus zu ziehen sind. Ein aus diesem doppelten Erkenntnisinteresse zu entwickelndes sozialräumliches Integrationssteuerungsmodell zeichnet die lokale Landschaft integrationsrelevanter Daten und Gegebenheiten praxisnah empirisch nach und entwickelt daraus eine modellhafte Landkarte von Themen, Prozessen, Akteur\_innen und deren Interaktionsorientierung im Prozess der sozialräumlichen Ausgestaltung von Diversität. Welche konkreten Zielsetzungen und Erkenntnisinteressen das Projekt dabei verfolgt und welche Methoden zu diesem Zweck eingesetzt wurden, zeigen die folgenden Kapitel.

## 2 Zur sozialräumlichen Integration Geflüchteter: Zielsetzungen und Erkenntnisinteresse des Projekts

Angesichts der ausgeführten Herausforderungen, Herangehensweisen und Annahmen wurde im Rahmen des Forschungsprojekts INTESO die untersuchungsleitende Frage fokussiert, wie sich Sozialräume durch den Zuzug von Geflüchteten verändern und wie eine intermediäre sozialräumliche Instanz diese Veränderungsprozesse aufnehmen und steuern und dabei eine Ressource für die beteiligten und neu zu beteiligenden Akteur\_innen sein kann.

Dabei handelt es sich um eine Fragestellung, die in der doppelten Beobachtung von Sozialraumkonstitution und Sozialraumplanung aufgeht. Damit lässt sich die doppelte Zielsetzung des Forschungsprojekts ausmachen:

1. Das Forschungsprojekt INTESO untersuchte zentral die Einrichtung der *Welcome Points* als intermediäre Instanz (Fürst und Hinte 2014) im Sozialraum. Hierzu galt es, Informationen über Akteur\_innen und Netzwerke zu sammeln, die Interaktionen der Akteur\_innen nachzuzeichnen sowie ggf. die Einrichtung von Netzwerken zu begleiten. Aus der Prozessbegleitung lässt sich ein Modell entwickeln, wie Kommunen ihre Diversitätspotenziale sozialräumlich erschließen können.
2. Aus einer sozialräumlichen Perspektive werden zugleich die Veränderungen und Verschiebungen im Sozialraum nachgezeichnet. Es ist davon auszugehen, dass sich durch den Zuzug einer großen Zahl von Geflüchteten die Sozialraumstruktur verschiebt. Wie ändern sich die Sozialraumwahrnehmungen der Akteur\_innen? Wie verändern sich die Raumnutzungen? Welche neuen Herausforderungen entstehen dadurch?

Wir gehen davon aus, dass kleinräumige Integrationsarbeit und Integrationsplanung auf die Veränderungen der Bewertungen der beteiligten Akteur\_innen und damit auf die Veränderungen der sozialräumlichen Strukturen eingehen müssen. Nur wenn es erfolgreich verläuft, diese Ansätze zu verbinden, ist eine gelungene Aufgabenerfüllung einer sozialräumlichen intermediären Instanz im Bereich der Integration zu erwarten und damit die Forschungsfrage zu beantworten, welchen Einfluss die *Welcome Points* auf die Konstitution des Sozialraums nehmen können und welche Schlussfolgerungen auf die Ausgestaltung von Integrationsprozessen daraus zu ziehen sind.

Dazu erfolgten nach einer Ist-Stand-Analyse, in deren Rahmen die sozialräumliche Struktur der untersuchten Stadtgebiete, bestehende integrationsrelevante Netzwerke und Aktivitäten erfasst wurden, Befragungen der involvierten Akteur\_innen, auf deren Grundlage ein Bild

von dem Sozialraum und den an Zuwanderung geknüpften Herausforderungen und Erwartungen entstand (siehe hierzu ausführlich Kapitel 3).

Die so gewonnenen Erkenntnisse dienten als Grundlage für Rückkopplungen in die Praxis. Ziel der Forschung ist es somit, den Prozess der Instituierung sozialräumlicher intermediärer Instanzen zu begleiten, zu dokumentieren und damit reflexiv zu machen. Eng angeschlossen an die Akteur\_innen der Arbeit mit Geflüchteten, an die Stadtverwaltung und die jeweiligen Bezirksvertretungen war die Zielstellung somit ein praxisnahes und valides sozialräumliches Integrationsmodell. Im Anschluss an die praxisgestützten Erfahrungen und Analyseergebnissen beabsichtigte das Projekt, von den lokalen Besonderheiten zu abstrahieren und allgemein Faktoren und Bedingungen gelungener sozialräumlicher Integrationsarbeit zu identifizieren. Die Prozessbegleitung und wissenschaftliche Reflexion der *Welcome Points*, ihrer Profile und ihrer Arbeit zielten so schließlich auf die Entwicklung eines sozialräumlichen Integrationsmodells, das sowohl auf andere Stadtteile als auch auf andere Kommunen übertragbar ist (siehe Kapitel 8).

## **2.1 ‚Integration vor Ort‘ im politischen Mehrebenensystem: Untersuchung lokaler Netzwerkstrukturen**

Im forschungspraktischen Zentrum von INTESO steht die Untersuchung lokaler Netzwerkstrukturen. Bereits die ursprüngliche Finanzierungsstruktur dreier *Welcome Points* über Landesprogramme verdeutlicht, dass die Betrachtung auf sozialräumlicher Ebene nicht hinreicht, um die Erfolgsbedingungen einer sozialräumlichen Geflüchteten- und Integrationsarbeit abzumessen. Die Verteilung von Zuständigkeiten im politischen Mehrebenensystem zeigt auf, dass die sozialräumlichen Handlungsmöglichkeiten an zahlreiche externe Bedingungen und Strukturvorgaben geknüpft sind. Gesetze, Richtlinien, Programme und Akteur\_innen verschiedener Ebenen des politischen Systems gestalten lokale und auch sozialräumliche Geflüchteten- und Integrationsarbeit gegenwärtig aus. Das Forschungsprojekt INTESO beobachtet diese Interaktionsbeziehungen vor Ort. Forschungspraktisch relevant werden die nicht lokalen Feldstrukturen, insofern sie die integrationsrelevanten Akteur\_innenkonstellationen in den untersuchten Stadtbezirken wie auch auf gesamtstädtischer Ebene mitbestimmen. Für den weiteren Forschungsverlauf steht in Frage, welche Angelegenheiten in welchen Akteur\_innenkonstellationen vor Ort gelöst werden, mit welchen Akteur\_innen von anderen politischen Ebenen in welcher Dichte und zu welchen Themen Kontakte gepflegt werden und notwendig sind.

Dementsprechend wurde für die verschiedenen Erhebungsmethoden (Expert\_inneninterviews, Workshops, Focus Groups und Zukunftswerkstätten) ein netzwerkanalytisches Instrumentarium (Straus 2010; Schönhuth 2013) entwickelt, das die Situierung der Akteur\_innen, ihr jeweiliges Rollenverständnis und die bearbeiteten Themen wie auch die

Kontakte zu anderen Akteur\_innen und Akteur\_innengruppen nachzeichnet. Die Begriffe „Akteurskonstellation“ und „Interaktionsformen“ (Scharpf 2000) sind dem policy-analytischen Vokabular von Fritz Scharpf und Renate Mayntz entlehnt (Mayntz und Scharpf 1995). Mit diesem Zugang kommen auch mögliche Friktionen lokaler Netzwerkbildungen mithilfe erhobener Interaktionsorientierungen (etwa Wettbewerb vs. Kooperation) in den Blick der Forschung. Zu erwarten ist damit eine empirische Basis tatsächlicher Interaktionsbeziehungen, die Aufschlüsse über funktionierende Kommunikationsstrukturen wie auch strukturelle Lächer in den lokalen Netzwerken liefern kann.

Neben einem netzwerk- und policyanalytischen Instrumentarium lassen sozialräumliche Zugänge Informationen über Quartierswahrnehmungen, -veränderungen und -aneignungen erwarten (Deinet 2009). Deren zivilgesellschaftlicher Fokus steht in gewissem Widerspruch zu einer administrativen Sicht, die Fragen der Steuerung und Koordination öffentlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen in den Vordergrund rückt. Die Politikwissenschaft fasst diese Form administrativ geschaffener Aushandlungssysteme im Schatten der Hierarchie unter dem Label (Local) Governance (bspw. Heinelt 2004). Die Governance-Semantik findet zunehmend Eingang in die sozialräumliche Diskurslandschaft (Alisch 2015; Schubert 2015). Der Blick auf die lokalen Trägerstrukturen und die sie umgebenden Vernetzungen legt dagegen einen Anschluss an die Diskussionen über einen „Wohlfahrtsmix“ nahe, um die Pluralität von Ressourcen bei der Produktion sozialer Dienstleistungen zu erfassen (Evers 2015). Schließlich schreiben sich die hier erläuterten Veränderungsprozesse in die breiter angelegten lokalen Kalkulationen und Handlungspraxen eines aktivierenden Sozialinvestitionsstaates ein (Dahme 2010; Dahme und Wohlfart 2015, S. 82ff.). Diese erweiterte Perspektive ermöglicht nicht nur eine kritische Reflexion politischer Kalkulationen und Handlungspraxen; mit ihr werden die politischen Techniken der lokalen Steuerung von Migration und Flucht auch vergleichbar mit anderen Feldern der Sozialpolitik, die sich ähnlicher Semantiken und Instrumentarien bedienen. Damit wird es nicht zuletzt möglich, Erfahrungen aus der Implementations- und Begleitforschung für das Handlungsfeld der Geflüchteten- und Integrationsarbeit zu erschließen (etwa Niedlich, Lindner und Brüsemeister 2016).

## **2.2 ‚Integration als Querschnittsaufgabe‘: Untersuchung lokaler Organisationslösungen**

Die föderale Verwaltungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland ist wie gezeigt wesentlich funktional bestimmt. Das Grundgesetz – so Burgi – tut sich schwer mit Querschnittsaufgaben. Es regelt detailliert die Kompetenzverteilung von Bund und Ländern, erfasst aber keine Querschnittsaufgaben, die damit in den Händen unterschiedlicher Kompetenzträger liegen (Burgi 2016, S. 239). Zugleich werden gegenwärtig nicht funktionale, sondern räumlich ge-

bundene integrierte Problembearbeitungen in verschiedene Felder der Sozialpolitik implementiert.

Eine intermediäre sozialräumliche Instanz im Bereich der Integration schreibt sich in einen kommunalen administrativen Apparat mit je sehr spezifischen organisationalen Entwicklungspfaden und Zuständigkeitsverteilungen ein. Diese Zuständigkeitsverteilung umfasst die für Integrationsaufgaben zuständigen Ressorts, ggf. die Funktion des/der Flüchtlingsbeauftragten, die Anbindung der KI (in Nordrhein-Westfalen) und weitere lokalpolitische Arrangements, die es im Forschungsverlauf zu identifizieren und zu beschreiben gilt. Auch das herausgearbeitete Spannungsverhältnis von Migrationskontrolle und sozialstaatlichen Integrationsbestrebungen (siehe Kapitel 1.1) spiegelt sich zumeist in lokalen Ressortzuschnitten wider.

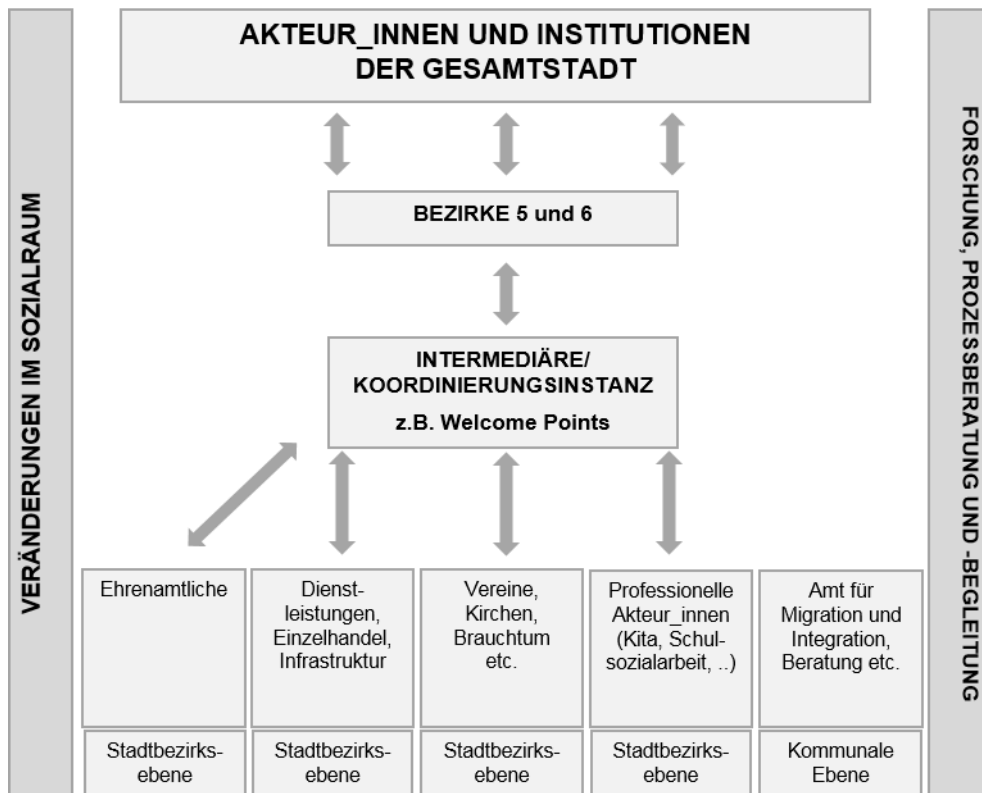
Neben der Differenzierung der kommunalen Aufgaben in Auftrags- und Selbstverwaltungsangelegenheiten bietet sich zur systematischen Betrachtung gegenwärtiger Integrationsbemühungen an, verschiedene Organisationslösungen zur Problembearbeitung zu identifizieren. Reichwein und Vogel (2004, S. 69) skizzieren eine idealtypische Systematik solcher Organisationslösungen. Sie unterscheiden in

1. „Integration als Querschnittsaufgabe“ mit einer bzw. einem Integrationsbeauftragten und verteilte Zuständigkeiten (operativ und strategisch) in den Facheinheiten der Verwaltung,
2. „weitgehende Bündelung von Integrationsaufgaben in einer Organisationseinheit“, wobei die Zuständigkeiten (operativ und strategisch) dort gebündelt werden.
3. „Organisationseinheit für strategische Planung und Koordination“ in Form einer Facheinheit mit Zuständigkeit für die strategische Steuerung (Planung, Steuerung, Koordination, Produktentwicklung sowie Erbringung einzelner Leistungen) bei verteilten Zuständigkeiten (operativ) in den Facheinheiten.

Durch eine dichte Beschreibung lokalpolitischer Strukturen der Geflüchteten- und Integrationsarbeit ist zu überprüfen, inwieweit diese Typisierung für Düsseldorf empirisch belegbar ist oder ob sich eine andere Organisationslösung abzeichnet.

### **2.3 ‚Integration im Sozialraum‘ – Untersuchung einer sozialräumlichen intermediären Instanz in den Strukturen kommunaler Integrationspolitik**

Aus der Zusammenführung der vorhergehenden Abschnitte ergibt sich der Fokus des Projekts: Das Forschungsprojekt INTESO schließt an bestehende politische Programmstrukturen an, die Integration als Querschnittsaufgabe vor Ort verankern. Das Projekt schreibt sich in ein Politikfeld ein, das sich durch das Erfordernis der Koordination von Handlungsfeldern im Mehrebenensystem kennzeichnet. In diesem Kontext erschließt sich der spezifische Einsatz sozialräumlicher Herangehensweisen, die einen Weg bieten, lokale Diversitätspotenziale zu handhaben und nutzbar zu machen.



**Abbildung 3: Gesamtüberblick INTESO**  
Eigene Darstellung

Lokale Netzwerke im politischen Mehrebenensystem mit dem Fokus auf den lokalpolitischen Strukturen und Organisationslösungen sowie die thematische Struktur lokaler Aktivitäten ergeben darauf basierend die untersuchungsrelevanten Größen einer sozialräumlich ausgerichteten Geflüchteten- und Integrationsarbeit.

Die Rolle der *Welcome Points* als Intermediäre bedingt einerseits eine sozialräumliche Ausrichtung, andererseits eine Anbindung an und Einbindung in kommunale Strukturen. Die *Welcome Points* nehmen die Funktion einer Schnittstelle zwischen den lokalen Akteur\_innengruppen und den zuständigen Institutionen und Akteur\_innen der Landeshauptstadt Düsseldorf ein (siehe Abbildung 3). INTESO fragt nach Bedingungen und Voraussetzungen einer sozialräumlichen Zuwanderungs- und Integrationsarbeit, nach der Rolle der *Welcome Points* im Stadtbezirk und den zuwanderungsbedingten Veränderungen im Sozialraum. Ziele des Forschungsprojekts sind die Erforschung und wissenschaftliche Begleitung

eines sozialräumlichen Ansatzes zur Ausgestaltung von Integration und zur Erschließung lokaler Diversitätspotenziale.

Im Untersuchungsverlauf wurden weitere Komponenten, deren Ausprägung und Varianzmöglichkeiten identifiziert, um davon ausgehend ein generalisierbares Modell sozialräumlicher Geflüchteten- und Integrationsarbeit zu entwickeln, wie wir im folgenden Kapitel zeigen werden.

### 3 Methodisches Vorgehen

Um die oben vorgestellten forschungsleitenden Fragstellungen zu untersuchen, erfolgten über den Projektzeitraum verteilt diverse Erhebungen mithilfe verschiedener Forschungsmethoden (siehe Abbildung 4).

Im Rahmen eines mehrschrittigen Verfahrens wurden auf Basis der Analyseergebnisse der ersten Projekthälfte weitere Untersuchungsschritte konzipiert und umgesetzt. Die Erhebungen fanden – mit wenigen Ausnahmen, bei denen stadtweit Daten erhoben wurden – in zwei Düsseldorfer Stadtbezirken statt, in denen das Forschungsteam erstens jeweils durch den Zuzug von Geflüchteten einen gesteigerten Koordinationsbedarf vor Ort identifiziert hatte, die sich aber auch zweitens durch ihre Bevölkerungs- und Bebauungsstruktur wie auch durch ihre Anbindung an die Gesamtstadt unterscheiden.

Diese Unterschiede lassen sich anhand der Sozialräumlichen Gliederung der Landeshauptstadt Düsseldorf gut aufzeigen<sup>4</sup> (Landeshauptstadt Düsseldorf 2011, 2017b). Die sozialräumliche Aufgliederung der Daten ermöglichte es, bei Bedarf auch unterhalb der zunächst dargestellten Stadtbezirks- bzw. Stadtteilebene die sozialräumlichen Veränderungen abzulesen und darzustellen. Die enge Kooperation mit der Landeshauptstadt Düsseldorf ermöglichte darüber hinaus im Projektverlauf kontinuierlich den Zugriff auf aktuelle Daten, auch spezifisch für einzelne Handlungsfelder wie Wohnen, Bildung oder Arbeit.

Wie sich die sozialstrukturellen Daten der untersuchten Stadtbezirke 5 und 6, aber auch die jeweilige Infrastruktur vor Ort unterscheiden, zeigt der folgende Abschnitt. Daran anschließend werden die konkreten Erhebungs- und Auswertungsmethoden vorgestellt, die im Projektverlauf Anwendung fanden.

#### 3.1 Die untersuchten Stadtbezirke

Die untersuchten Stadtbezirke 5 und 6 im Düsseldorfer Norden unterscheiden sich hinsichtlich ihrer räumlichen Struktur, wie auch in ihrer Sozialstruktur. Das verdeutlichen die Kurzprofile der beiden Stadtbezirke (siehe Tabelle 2).

---

<sup>4</sup> In der Sozialräumlichen Gliederung der Stadt Düsseldorf werden „soziale Strukturen im Quartier“ anhand der Siedlungsstruktur von insgesamt 179 Raumeinheiten sowie von Daten der dort lebenden Personen und deren Wohnsituation erfasst (Landeshauptstadt Düsseldorf 2017b, S. 4). Die Sozialräumliche Gliederung hält also umfangreiches, nach Sozialräumen aufgeschlüsseltes Datenmaterial zu der Bevölkerungs- und Bebauungsstruktur vor. Die dort identifizierten Sozialräume sind nicht identisch mit Verwaltungsbezirken. Der Zuschnitt wurde aufgrund ihrer historischen Genese, ihrer baulichen Struktur sowie ihrer sozio-ökonomischen Situation wie auch auf Basis von Informationen von vor Ort tätigen Personen erstellt. 1997 als Instrument der Jugendhilfeplanung in Zusammenarbeit des Jugendamtes und des Amtes für Statistik und Wahlen entwickelt, dient die Sozialräumliche Gliederung inzwischen als Basis verschiedener Planungsprozesse der Landeshauptstadt Düsseldorf (Klein 2009). Sie liegt nunmehr in der vierten Fortschreibung 2017 vor (Landeshauptstadt Düsseldorf 2017b) und soll zukünftig mit dem Quartiersatlas Düsseldorf erweitert werden, der weitere stadtentwicklungsrelevante Themenfelder aufnimmt.



Kurzprofil Stadtbezirke	Bezirk 5	Bezirk 6	Düsseldorf
Einwohner_innen	34.584	66.595	642.304
Fläche (km <sup>2</sup> )	50,75	19,63	216,68
Einwohnerdichte (je km <sup>2</sup> )	681	3.392	2.964
Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2018	+4,8 %	+10,9 %	+9,2 %
Beschäftigungsquote	49,3 %	54,7 %	56,1 %
Arbeitslosenanteil	5,2 %	9,2 %	8,6 %
Anteil: Ausländer_innen	17,0 %	24,3 %	23,1 %
Anteil: Personen mit Migrations- hintergrund	31,2 %	45,9 %	41,6 %
Anteil: Geflüchtete in Gemein- schaftsunterkünften <sup>5</sup>	1,56 %	2,01 %	0,76 %

**Tabelle 2: Kurzprofile der Stadtbezirke 5 und 6**

Stand: 31.12.2018, Quellen: Landeshauptstadt Düsseldorf 2019a, 2019b, 2019c

Der *Stadtbezirk 5* im äußersten Düsseldorfer Norden umfasst die Stadtteile Stockum, Lohausen, Kaiserswerth, Wittlaer, Kalkum und Angermund und ist der mit Abstand größte Bezirk im Düsseldorfer Stadtgebiet. Die einzelnen Stadtteile sind räumlich fragmentiert und weisen je eine vergleichsweise kleinstädtische Struktur auf. Den Stadtteil Angermund beispielsweise beschreibt die Sozialräumliche Gliederung der Landeshauptstadt Düsseldorf (2017b, S. 92) als „ein Gebiet mit größtenteils hochpreisigen Eigenheimen“, während der Stadtteil Kaiserswerth „ein gehobenes Wohngebiet mit Mehr- und Einfamilienhäusern am Rhein“ ist, dessen Wohnflächenstandard deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegt (Landeshauptstadt Düsseldorf 2017b, S. 90f.). Der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen ist unterdurchschnittlich (Landeshauptstadt Düsseldorf 2019a).

Alle Sozialräume im Stadtbezirk gelten entweder als Typ 1 oder 2 (Sehr geringer/Geringer sozialer Handlungsbedarf; Landeshauptstadt Düsseldorf 2017b, S. 198f.)<sup>6</sup>. Der Anteil von ausländischen Personen liegt unter dem städtischen Durchschnitt, ebenso der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund sowie der Arbeitslosenanteil und der Anteil der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II (Landeshauptstadt Düsseldorf 2019a). Neben der räumlichen Fragmentierung kann auch die Sozialstruktur ein weiterer Erklärungsfaktor

<sup>5</sup> Der Anteil der Geflüchteten an der Bevölkerung der Stadtbezirke bezieht sich auf die Geflüchteten, die in Unterkünften für Geflüchtete leben. Hinzu kommen in Bezirk 6 die Geflüchteten, die in einer der vier Unterkünfte für Obdachlose leben (in Bezirk 5 gibt es keine solche Unterkunft). Die Quote bzw. Zahl der Obdachlosen wird vor diesem Hintergrund zunehmend wichtiger, da dort viele Geflüchtete erfasst sind.

<sup>6</sup> In der Sozialräumlichen Gliederung werden die Sozialräume typisiert (Landeshauptstadt Düsseldorf 2017b, S. 4). Dies „erfolgt mit Hilfe eines multivariaten, statistischen Verfahrens, der Clusteranalyse“ (a. a. O., S. 198) unter Einbezug z. B. der SGB-II-Quote, des Arbeitslosenanteils, des Wohnflächenstandards und der SGB-XII-Quote Grundsicherung im Alter (ebd.). Demnach leben 74 % der Einwohner\_innen in den 128 Sozialräumen mit (sehr) geringem oder mittlerem Handlungsbedarf (Typ 1 – 3), 22 % in den 40 Räumen mit hohem und 4 % in den zehn Räumen mit sehr hohem sozialem Handlungsbedarf (ebd.).

für die geringe Dichte an sozialen Dienstleistungen im Stadtbezirk 5 sein. So sind beispielsweise die Bezirkssozialdienste der Stadtbezirke 1 (Stadtmitte) und 5 zusammengefasst, während in allen übrigen Düsseldorfer Stadtbezirken jeweils eigene Bezirkssozialdienste ansässig sind. Auch diese geringe Dichte an sozialen Dienstleistungen im Bezirk führt dazu, dass bislang kein Anlass zu administrativ initiierten oder von Wohlfahrtsverbänden getragenen stadtbezirksweiten Vernetzungen gesehen wurde. Diese geringe Anzahl von Akteur\_innen sowie die gering ausgeprägten Netzwerkaktivitäten vor Ort wirkten sich auch auf die Feldzugänge aus (siehe dazu Kapitel 3.2).

Der *Stadtbezirk 6* unterscheidet sich in allen genannten Kennzahlen deutlich vom vorgestellten Bezirk 5: Der Anteil ausländischer Personen liegt über dem städtischen Durchschnitt, ebenso der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund sowie der Arbeitslosenanteil und der Anteil der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II. Der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen ist ebenfalls überdurchschnittlich (Landeshauptstadt Düsseldorf 2019b). Auch die räumliche Struktur stellt sich anders dar.

Der Bezirk im Nordosten von Düsseldorf umfasst die Stadtteile Lichtenbroich, Unterrath, Rath und Mörsenbroich und lässt sich – trotz heterogener Bebauungs- und Sozialstruktur – als dicht besiedeltes innerstädtisches Gebiet mit industrieller Vergangenheit und Prägung beschreiben. So finden sich mehrere Sozialräume, die aus Werkswohnungen oder gefördertem/genossenschaftlichen Wohnungsbau bestehen, auch werden die Sozialräume „Säckinger Straße“ in Mörsenbroich und „Rather Kreuzweg“ sowie „Südlich Sankt-Franziskus-Straße“ in Rath als traditionelle Industriearbeiterviertel mit dichter innerstädtischer Bebauung beschrieben (Landeshauptstadt Düsseldorf 2017b, S. 101, 104). Die Schwietzke-Siedlung in Mörsenbroich wird als „[m]ehrgeschossige, geförderte Mietwohnsiedlung aus den 90er Jahren“ gekennzeichnet (a. a. O., S. 119). Unter den 24 Sozialräumen des Bezirks befinden sich gleich acht Sozialräume der Typen 4 und 5 mit (sehr) hohem sozialem Handlungsbedarf (a. a. O., S. 198f.). Zugleich sind, v. a. am Stadtrand gelegen, Sozialräume vorhanden, die als „gehobene Wohnsiedlung“ bezeichnet werden (a. a. O., S. 97) und deren Wohnflächenstandard deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegt.

Im Unterschied zur Situation in Bezirk 5 findet sich im Bezirk 6 ein ausdifferenziertes Portfolio sozialer Dienstleistungen, das den Anliegen einer stark migrantisch geprägten Bewohner\_innenschaft bereits langjährig Rechnung zu tragen sucht. Von besonderer Bedeutung erscheint hier das Rather Familienzentrum, in dem unter anderem eine Integrationsagentur<sup>7</sup> und der *Welcome Point* des Stadtbezirks angesiedelt sind. Damit bestehen bereits Struktu-

---

<sup>7</sup> Die sozialräumlich arbeitenden *Integrationsagenturen* (betrieben von Trägern der Wohlfahrtspflege) bestehen seit 2007 in NRW. Die aktuelle Projektlandkarte führt elf Integrationsagenturen im Düsseldorfer Stadtgebiet auf (<http://integrationsagenturen-nrw.de>; Stand 15.11.2019).

ren und Erfahrungswerte in der Arbeit mit zugewanderten Personen, die für neue Angebote und Vernetzungsaktivitäten einen Anknüpfungspunkt bieten. Der Stadtteil Rath war zudem ein Fördergebiet des Bund-Länder-Programms *Soziale Stadt*. Bis 2018 war hier über mehrere Jahre hinweg ein Förderprogramm aus der Programmfamilie *Bildung, Arbeit und Wirtschaft im Quartier* (BIWAQ) ansässig, das auf die Arbeitsmarktinklusion von langzeitarbeitslosen Personen zielt.

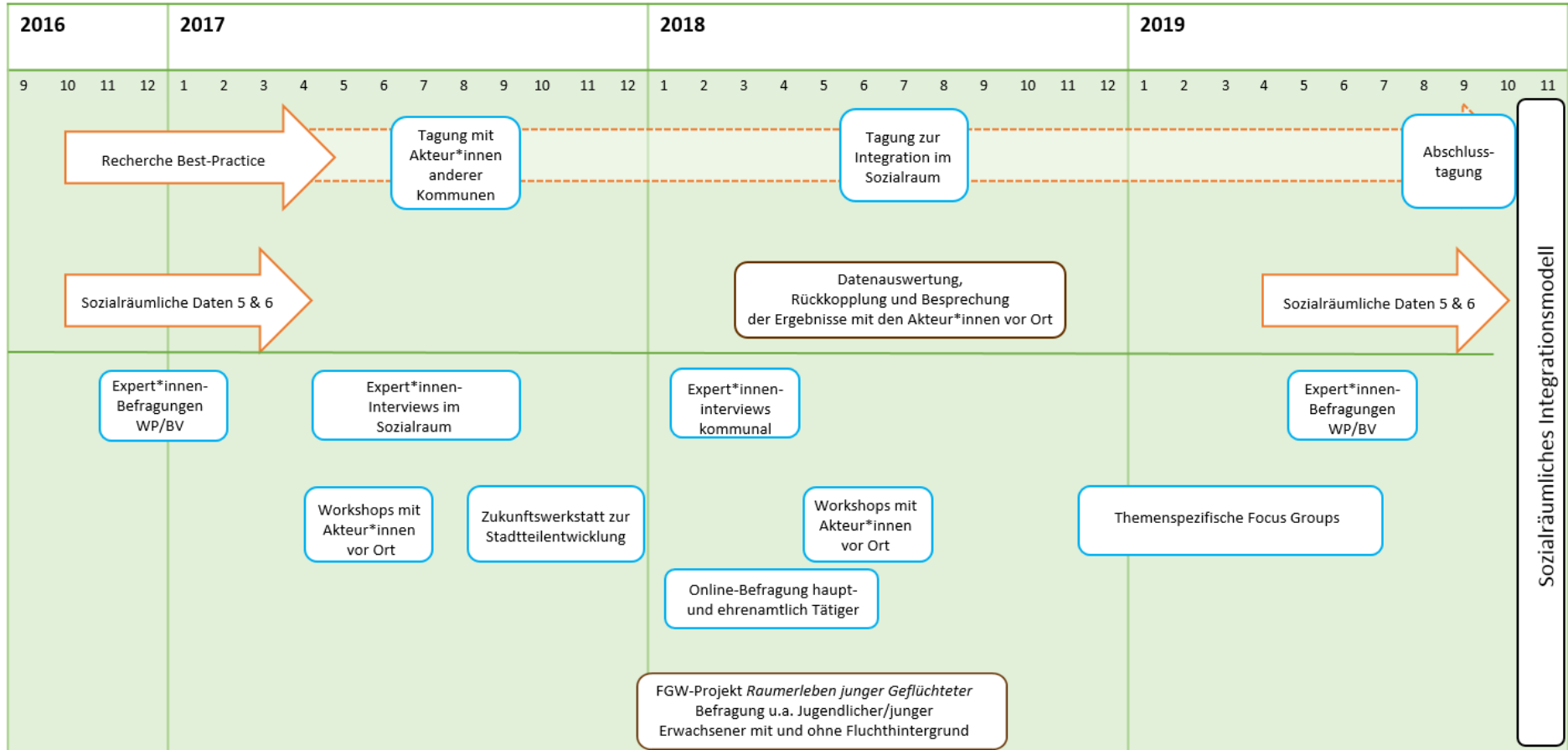
Die beiden Bezirke können gegenwärtig insgesamt 1.799 Geflüchtete in acht Flüchtlingsunterkünften beherbergen. Davon liegen drei Unterkünfte mit 540 Plätzen im Bezirk 5 und fünf Unterkünfte mit 1.259 Plätzen im Bezirk 6. Hinzu kommen im Bezirk 6 die Plätze der kommunalen Erstaufnahmeeinrichtung sowie 492 Plätze in den sieben Unterkünften für Obdachlose, von denen vier ehemalige Unterkünfte für Geflüchtete sind, die zu großen Anteilen weiterhin Geflüchtete beherbergen. Damit bringt der Bezirk 6 knapp ein Drittel der Geflüchteten und Obdachlosen in Gemeinschaftsunterkünften in Düsseldorf unter.

Die beiden Stadtbezirke im Düsseldorfer Norden unterscheiden sich wie gezeigt hinsichtlich ihrer Bevölkerungsstruktur, ihrer Bebauungs- und Bevölkerungsdichte und ihrer Anbindung an die Gesamtstadt. Daraus wiederum ergeben sich unterschiedliche Herausforderungen für die auf Stadtbezirksebene angesiedelten *Welcome Points*. Im Forschungsverlauf wurden weitere Differenzfaktoren ermittelt, die es ermöglichen, ein sozialräumliches Integrationsmodell zu entwickeln, das die praxisnahen Erfahrungen zweier unterschiedlicher Bezirke aufnehmen, reflektieren und modellhaft auch für andere Kommunen generalisieren kann.

### **3.2 Erhebungsmethoden, Feldzugänge und Auswertung**

Um die entwickelten Fragestellungen zu bearbeiten, wurde zu Projektbeginn ein mehrschritiges Vorgehen geplant und im Laufe der Projektlaufzeit umgesetzt (3.2.1 – 3.2.5). Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden diesen Fragestellungen entsprechend vorerst vor allem Akteur\_innen(-Gruppen) im Sozialraum sowie deren Netzwerke in den Blick genommen.

Im Zuge dieser ersten Erhebungen und Auswertungen wurden dabei in den Analyseergebnissen wiederkehrende, sich verdichtende Topoi deutlich, die im Verlauf des Forschungsprojekts zum Ausgangspunkt für die Entwicklung weiterer Erhebungsschritte genommen wurden. Dazu gehörten v. a. die mangelnde Repräsentation, Partizipation und Berücksichtigung der Perspektive von geflüchteten Menschen selbst sowie das in vielfacher Hinsicht als herausfordernd beschriebene Verhältnis von haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeit in der Arbeit mit geflüchteten Menschen sowie die hohe Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für eben diese Arbeit. Daraufhin wurden weitere Erhebungsformate, -schritte und -themen ergänzt und im Laufe des Jahres 2018 umgesetzt (3.2.6 – 3.2.7).



Sozialräumliches Integrationsmodell

**Abbildung 4: Forschungsmethoden INTESO: Zeitplan und Übersicht**  
Eigene Darstellung

### **3.2.1 Recherche und Sammlung von Best-Practice-Beispielen**

Zu Beginn der Projektlaufzeit wurden neben dem wissenschaftlichen Forschungsstand zu zentralen Themen auch Best-Practice-Beispiele zur Ausgestaltung sozialräumlicher Integrationsprozesse auf kommunaler Ebene recherchiert. Dies geschah sowohl mit Blick auf andere Kommunen in Deutschland als auch auf die internationale Ebene. Nachdem eine Kategorisierung der vorliegenden Ansätze erfolgt war, konnten relevante Akteur\_innen in Form von Vertreter\_innen anderer Kommunen identifiziert werden.

Mit diesen wurde im Juni 2017 ein gemeinsamer Workshop zum Austausch von Erfahrungen und zur Diskussion der unterschiedlichen Ansätze durchgeführt. Im Rahmen eines Praxis-tags zur sozialräumlichen Integrationssteuerung im Rahmen des Projekts konnten wir das Wissen und die Erfahrungen der Expert\_innen mit den Erfahrungen von Praktiker\_innen der Stadt Düsseldorf und weiterer Kommunen zusammenbringen.

### **3.2.2 Erhebung der Bevölkerungsstruktur und sozialräumlicher Besonderheiten und Identifizierung von Akteur\_innen(-Gruppen) und Netzwerken**

Die sozialräumlichen Gegebenheiten in den untersuchten Stadtbezirken wurden zunächst anhand der Daten aus der Sozialräumlichen Gliederung der Stadt Düsseldorf aus dem Jahr 2011 beschrieben und mithilfe der aktuellen Zahlen zur Unterbringung geflüchteter Menschen aktualisiert sowie im Hinblick auf die Integration von Geflüchteten in den Sozialraum spezifiziert. Diese quantitativen Daten wurden in Expert\_innengesprächen um qualitative Eindrücke aus den Stadtbezirken angereichert. Um Veränderungen in den beschriebenen Gegebenheiten sichtbar zu machen, wurde eine erneute Analyse zum Ende des Projektzeitraums durchgeführt, dieses Mal mit den aktualisierten Daten der Fortschreibung der Sozialräumlichen Gliederung aus dem Jahr 2017. Die Veränderungen wurden wiederum in Expert\_innengesprächen thematisiert und die Daten um qualitative Erkenntnisse aus diesen Gesprächen ergänzt.

Auch zur Identifizierung von Strukturen in den Stadtbezirken in Form relevanter Akteur\_innen(-Gruppen) und Netzwerke wurden die zu Projektbeginn als Feldzugang geführten Expert\_innengespräche mit Mitarbeiter\_innen der *Welcome Points* und der Bezirksverwaltungsstellen beider Stadtbezirke (n = 4) genutzt. Diese Befragungen wurden gegen Ende des Projektzeitraums wiederholt, um Veränderungen in den Strukturen vor Ort erfassen zu können.

Anhand der Erkenntnisse aus diesen Gesprächen lassen sich einerseits sozialräumliche Veränderungen aus Sicht der Expert\_innen rekonstruieren. Andererseits wurde eine Strukturierung des zu untersuchenden Gebiets in Form einer Karte oder MindMap der identifizierten Schlüsselpersonen möglich. So wurden Netzwerkstrukturen sichtbar, die auf jene Personen

fokussierten, die jeweils eine praktische Integrationsarbeit in den untersuchten Stadtbezirken leisten. Nachdem anhand dessen relevante Akteur\_innen ausgemacht werden konnten, wurden in der Folge in Expert\_inneninterviews (Meuser und Nagel 2005) mit diesen im Sinne eines Schneeballprinzips wiederum weitere Akteur\_innen, Gruppen und Netzwerke im Stadtteil identifiziert sowie zu Veränderungen in ihrem Stadtteil befragt.

### **3.2.3 Sozialräumliche Workshops sowie stadtweite Focus Groups**

Bestehende Akteur\_innengruppen und vorhandene Gremien im jeweiligen Stadtteil/-bezirk, die in den eingangs geführten Expert\_innengesprächen als relevant identifiziert wurden, wurden anhand partizipativ-sozialräumlicher Methoden in Form mehrerer Workshops im Laufe des Jahres 2017 einbezogen, die nach einer Projektvorstellung vor Ort im Rahmen von Zusammenkünften der Gruppen (z. B. Arbeitskreise, Runde Tische, Stadtbezirkskonferenzen) stattfanden.

Dabei wurden als relevante Akteur\_innengruppen folgende Gremien identifiziert:

- im Stadtbezirk 6 zwei stadtteilspezifische, themenoffene Runde Tische und fünf zielgruppenspezifische Runde Tische bzw. „Stadtbezirkskonferenzen“ (z. B. Geflüchtete, Senior\*innen, Jugendliche) sowie
- im Stadtbezirk 5 eine zielgruppenspezifische „Stadtbezirkskonferenz“ sowie drei ehrenamtliche Flüchtlingsinitiativen.

Hieraus wird ersichtlich, dass sich die beiden untersuchten Stadtbezirke 5 und 6 in der Dichte organisierter Kommunikationszusammenhänge unterscheiden. Während im Stadtbezirk 6 Runde Tische in verschiedenen Stadtteilen stattfinden und zusätzlich themenspezifische Zusammenkünfte organisiert werden, existiert im Stadtbezirk 5 außer einer Stadtbezirkskonferenz kein organisiertes und verstetigtes Austauschgremium. Dementsprechend variierte hier auch der Feldzugang.

Schwerpunktmäßig fanden im Stadtbezirk 6 Projektvorstellungen in den o. g. Gremien statt und in einem zweiten Schritt wurden Workshops (n = 6) mit den Teilnehmer\_innen des jeweiligen Netzwerkes durchgeführt. In den Workshops wurde nach der Historie und dem Selbstverständnis des Gremiums gefragt. In Einzelarbeiten waren die Teilnehmer\_innen aufgefordert, ihre Arbeitskontakte zu benennen. In Gruppenarbeiten sollten darauf aufbauend zentrale Akteur\_innen und lokale Themenschwerpunkte identifiziert werden, die schließlich in der Gesamtgruppe diskutiert wurden.

### **3.2.4 Expert\_inneninterviews auf sozialräumlicher und kommunaler Ebene**

Basierend auf den ersten Expert\_innengesprächen vor Ort wurden ebenfalls leitfadengestützte Expert\_inneninterviews mit Akteur\_innen in beiden Stadtbezirken (n = 17) geführt.

Darunter befanden sich unter anderem Sozialbetreuer\_innen der Unterkünfte für Geflüchtete (n = 4), Vertreter\_innen von Flüchtlingsinitiativen (n = 2) und Vertreter\_innen der *Welcome Points* (n = 3).

Im Zentrum des Leitfadens standen strukturanalog zu den Workshops Fragen nach der individuellen Rolle, den Arbeitsschwerpunkten und den jeweiligen Zusammenarbeiten und Kommunikationswegen. Den Interviewpartner\_innen wurden dazu egozentrierte Netzwerkkarten vorgelegt, in denen die Kontakte und Arbeitszusammenhänge nach Relevanz (subjektiver Einschätzung der Befragten) in konzentrischen Kreisen angeordnet wurden (Straus 2010, S. 530). Die Karten dienten nicht nur der Erfassung und Visualisierung von Kontakten, sondern auch als Kommunikationsmedium im Interviewverlauf, an dem sich weitere Nachfragen und Inhalte festmachen ließen. Derart entstand eine nicht nur formale Netzwerklandschaft, sondern es wurden auch detaillierte Informationen zu Inhalten und Formen jeweiliger Zusammenarbeiten übermittelt. Die Interviews mit Schlüsselpersonen im Sozialraum fanden schwerpunktmäßig im Jahr 2017 statt.

Im Projektverlauf wurde sichtbar, wie relevant die kommunale Ebene für die Arbeit der Akteur\_innen im Sozialraum ist (Schlee und Jepkens 2017b). Strukturen auf kommunaler Ebene können, genauso wie deren Verbindungen in die Sozialräume, als Rahmenbedingungen der Arbeit der *Welcome Points* gefasst werden. Deshalb wurden zu Beginn des Jahres 2018 leitfadengestützte Expert\_inneninterviews (n = 5) mit leitenden Mitarbeiter\_innen des zum 01.01.2018 gegründeten Amtes für Migration und Integration der Landeshauptstadt Düsseldorf geführt. In den Interviews sollten die Einschätzungen der Expert\_innen zu den Entwicklungen der Jahre seit 2015 im Bereich der Migration und Integration in Düsseldorf eingeholt werden, vor allem im Hinblick auf die Organisation und Steuerung der Leistungen. Das Ziel war es, den Wandel der lokalen Bearbeitung von Migration und Integration in Düsseldorf in den letzten Jahren aus Sicht beteiligter Akteur\_innen zu rekonstruieren, zu bewerten und diese Schilderungen in der Folge aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und einzuordnen.

### **3.2.5 Identifikation handlungsfeldspezifischer sozialraumbezogener Herausforderungen in Focus Groups und einer Zukunftswerkstatt**

Im Laufe der geschilderten empirischen Identifikation von Akteur\_innen(-Gruppen) und Netzwerken mithilfe der Expert\_innen und Akteur\_innen aus den untersuchten Stadtbezirken rückten auch Akteur\_innengruppen in den Blick, die bestimmte Themen schwerpunktmäßig bearbeiten (z. B. Jugend, Senior\_innen, Wohnen, Fluchtmigration). Diese Gruppen wurden genutzt, um die Teilnehmer\_innen der sechs stadtbezirksübergreifenden Focus Groups (Flick 2007, Bohnsack und Przyborski 2007) zu identifizieren, die in den Jahren 2018 und 2019 als Methoden partizipativer Prozessgestaltung eingesetzt wurden. Themenschwer-

punkte waren Wohnen, Beschäftigung, Ehrenamt, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Bildung und kommunale Steuerung. Die Focus Groups sollten in je einem Treffen bezogen auf das jeweilige Handlungsfeld Herausforderungen und Bedarfe erarbeiten, die mit dem Zuzug geflüchteter Menschen entstehen.

Zudem öffnete eine thematisch breiter gestaltete Zukunftswerkstatt im Jahr 2017 im Stadtbezirk 6 einen anderen Blick auf das Thema Integration in den Sozialraum, indem dies als ein Aspekt im Rahmen des übergeordneten Themas der Stadtteilentwicklung verhandelt wurde. Das Ziel war es dabei, partizipativ entwickelte Zukunftsvisionen für die Sozialräume zu entwerfen.

### **3.2.6 Online-Befragung zum ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete**

Auf den Analyseergebnissen des ersten Jahres der Projektlaufzeit basierend, wurden, wie eingangs beschrieben, das Verhältnis von haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeit in der Arbeit mit geflüchteten Menschen sowie die hohe Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in diesem Arbeitsfeld in den Fokus eines zusätzlichen Erhebungsschrittes gestellt.

Dies als Ausgangspunkt nehmend, wurde eine standardisierte Online-Befragung entwickelt, die sich an ehren- und hauptamtlich Tätige im gesamten Düsseldorfer Stadtgebiet richtete und diese zu ihrer Arbeit mit Geflüchteten, ihrer Erfahrung in der Zusammenarbeit mit haupt- bzw. ehrenamtlich Tätigen, ihrer Vernetzung und Kooperation sowie ihren Wahrnehmungen bezüglich der *Welcome Points* befragte.

Zur Datenerhebung wurde ein standardisiertes quantitatives Erhebungsinstrument in Form eines online verfügbaren Fragebogens eingesetzt. Die Themenblöcke des Fragebogens basierten zentral auf Vorarbeiten und Zwischenergebnissen des Projekts sowie vorhandenen Studien zum Thema des ehrenamtlichen Engagements (hier v. a. die EFA-2-Befragung, s. Karakayali und Kleist 2016 sowie der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, s. Simonson, Vogel und Tesch-Römer 2017), aber auch auf theoretischen Grundlagen der Vernetzung und Kooperation (siehe hierzu ausführlicher Jepkens und Hauprich 2018, S. 11–14).

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten via EFS Survey und SPSS in deskriptiver Weise analysiert. Dabei kamen univariate und bivariate Analysemethoden zum Einsatz. Die Analyse der Freitextantworten erfolgte ergänzend mit qualitativen Methoden im Sinne der Kategorienbildung gemäß zusammenfassender Inhaltsanalyse nach Mayring (2015, S. 92–109).

Der Feldzugang fand anfänglich über die E-Mail-Verteiler des Projekts statt. In der Folge verbreitete sich dieser im Schneeballsystem weiter. Zudem erfolgte eine Bekanntmachung auf dem Facebook-Auftritt des Amts für Migration und Integration der Stadt Düsseldorf sowie



bei relevanten Veranstaltungen. Im Erhebungszeitraum vom 06.03.2018 bis 20.04.2018 nahmen 250 Personen an der Befragung teil. Von diesen Datensätzen konnten 184 für den hier vorliegenden Bericht verwertet werden.

### **3.2.7 Einbezug der Perspektive der Geflüchteten durch das Projekt „Raumerleben junger Geflüchteter“**

Der aus den Fragestellungen des Projekts sich ergebende Blick auf die organisierten Kommunikationszusammenhänge exkludiert, so wurde im Projektverlauf deutlich, systematisch die Bedarfe, Bewertungen und Sinnzuschreibungen der Personen mit Fluchtgeschichte selbst und damit eben jener, die die Angebote und Strukturen dieser komplexen Arbeitszusammenhänge potenziell in Anspruch nehmen (müssen) (vgl. Schlee und Jepkens 2017b, S. 20). An die Feststellung dieser Ausschlüsse schloss sich die Entwicklung partizipativer Erhebungsformate mit jenen, die diese Angebote nutzen (sollen), an, um diese Leerstelle zu schließen. Dazu wurde das an INTESO angegliederte Projekt Raumerleben junger Geflüchteter entwickelt und – finanziert durch Mittel des Forschungsinstitutes für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW) – umgesetzt. Im Projekt wurde die sozialräumliche Integration von jungen Erwachsenen und Jugendlichen mit Fluchtgeschichte in den Blick genommen.

Denn die Berücksichtigung und empirische Erfassung der Perspektive der Personen mit Fluchtgeschichte selber – und somit „von unten“ (van Rießen 2016a, S. 59) – ist nicht nur normativ-partizipatorisch geboten, sondern gewährleistet zugleich auch einerseits eine ‚andere‘ Perspektive auf die Angebote Sozialer Arbeit sowie andererseits eine bessere Information und Passgenauigkeit institutioneller Angebote und operativer Arrangements. Durch die Einbeziehung der subjektiven Einblicke der potenziellen Inanspruchnehmenden selbst können zusätzliche individuelle, strukturelle und sozialräumliche Gelingensfaktoren sowie Grenzen und Barrieren von Integration herausgestellt, aber auch ggf. sozialräumliche Strategien zur Handhabung der Integrationsaufgaben ausgearbeitet werden.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Analyse der Lebens- und Aktionsräume von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchthintergrund in den Bezirken 5 und 6. So wurden mittels sozialräumlicher partizipativ ausgerichteter Analyse- und Beteiligungsmethoden (vgl. Deinet 2007; Deinet und Krisch 2002; van Rießen und Bleck 2013) relevante Orte und Räume, an denen sich auch Jugendliche mit Fluchtgeschichte aufhalten, erhoben. Das eingesetzte empirische Methodenset orientierte sich in erster Linie an sozialräumlichen Methoden, hier der Nadelmethode (N = 298) (vgl. Deinet 2009), und wurde ergänzt durch Kurzinterviews (N = 26) und eine strukturierte Rückkopplung und Diskussion der Ergebnisse im Rahmen eines Dialogworkshops. Zusätzlich wurden Expert\_inneninterviews (N = 4) mit jenen Personen geführt, die aufgrund ihrer beruflichen Funktion (bspw. als Sozialarbei-

ter\_innen an Schulen bzw. als Streetworker\_innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit) wichtige Einblick und Erkenntnisse zu der Zielgruppe – sowie auch den Zugang zu jenen – beitragen können. Die Kontextualisierung der Erhebung erfolgte dabei mittels des analytischen Fokus der Sozialpädagogischen Nutzer\_innenforschung (vgl. Oelerich und Schaar-schuch 2005, 2013), die wir dazu erweitern und als sozialräumliche Nutzer\_innenforschung fassen (siehe vertiefend Kapitel 7.1).

### **3.3 Entwicklung des sozialräumlichen Modells**

Am Ende der Projektlaufzeit stand als letzter Schritt der Auswertung und Analyse die Entwicklung eines sozialräumlichen Modells an, das Spezifika verschiedener Sozialräume berücksichtigen und somit auf andere Kommunen übertragen werden kann (siehe Kapitel 8). Dazu wurden im Jahr 2019 alle im Projektverlauf erhobenen Daten noch einmal in der Zusammenschau betrachtet – insgesamt also die Ergebnisse aus 27 Expert\_inneninterviews, 26 Kurz-Interviews mit jungen Menschen mit Fluchthintergrund, 13 Gruppenbefragungen in Workshops, Focus Groups und einer Zukunftswerkstatt sowie aus 184 Datensätzen der quantitativen Online-Befragung und der Befragung von 298 Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Fluchtgeschichte mittels sozialräumlicher Analyse- und Beteiligungsmethoden.

Durch den vielfältigen Methodeneinsatz konnten unterschiedliche Perspektiven, Ebenen (Kommune, Stadtbezirk, Sozialraum) und Personen(-Gruppen) einbezogen werden. Letztere umfassten beispielsweise u. a. Funktionsträger\_innen aus Verwaltung und Politik, Vertreter\_innen der *Welcome Points*, Fachkräfte u. a. aus der Sozialen Arbeit und verschiedenen Arbeits- und Tätigkeitsfeldern aus dem Bereich Flucht und Migration, Ehrenamtliche, Personen mit Fluchterfahrungen und weitere Schlüsselpersonen im Sozialraum (z. B. von der Polizei, Wohnungsgesellschaften oder Bürgervereinen). Ebenso vielschichtig waren zudem die Personen(-Kreise) mit denen die Ergebnisse diskutiert und validiert wurden, u. a. im Rahmen von Fachtagungen (mit der wissenschaftlichen Community), Praxistagen (mit haupt- und ehrenamtlichen Praktiker\_innen aus unterschiedlichen Kommunen und den untersuchten Sozialräumen) sowie einem Dialogforum (mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchterfahrung).

Aus diesem umfangreichen Material wurden in einem vereinfachten induktiven Verfahren qualitativer Inhaltsanalyse zentrale Kategorien für die Modellierung herausgearbeitet, die im Wesentlichen die drei Bereiche Rahmenbedingungen, Konzept sowie Vernetzung des in Frage stehenden sozialräumlichen intermediären Akteurs betreffen (siehe ausführlich Kapitel 8). Ebenfalls empiriebasiert wurden mögliche Ausprägungen der Bestandteile dieser drei Bereiche entwickelt und schließlich beispielhaft mehrere mögliche Modelle erarbeitet sowie

Empfehlungen, die jeweils stets in Abhängigkeit von sozialraumspezifischen Ressourcen, Herausforderungen, Bedarfslagen und Akteur\_innen stehen.

## **4 Forschungsheuristiken: zeitliche und inhaltliche Strukturen der Integration im Sozialraum**

Basierend auf den theoretischen Vorüberlegungen und Zwischenergebnissen aus dem Projekt stellte sich vor der abschließenden Auswertung der erhobenen Daten die Frage, wie die Daten gebündelt und in Beziehung zueinander gesetzt werden können und welche Perspektiven auf das Material sich so ergeben. Es galt, eine Forschungsheuristik zu entwickeln, die die Theorien für die Explikation der empirischen Forschung zugänglich macht.

Die im Folgenden vorgestellten Forschungsheuristiken haben die Aufgabe, die empirischen Daten zu strukturieren, indem das vorhandene theoretische Wissen expliziert und integriert wird. Als Interpretationsfolie dienen die Forschungsheuristiken dazu, einen systematischen Zugang zu den empirischen Daten zu ermöglichen. Die Forschungsheuristiken sollen folglich die Option bieten, das Phänomen der ‚Integration im Sozialraum‘ mit seinen Facetten und Aspekten theoretisch zu fassen und seine empirische Erfassung und Bearbeitung anzuleiten. Diese Heuristiken werden in den folgenden Kapiteln immer wieder zur Einordnung der dort dargestellten Forschungsergebnisse genutzt.

Dazu wurden zwei Heuristiken bei der Analyse der Ergebnisse zugrunde gelegt: eine zeitliche Heuristik, die auf der Herausarbeitung von Phasen der Reorganisation des Düsseldorfer Verwaltungshandelns basiert (siehe 4.1), und eine inhaltliche Heuristik, die die Handlungsfelder sozialräumlicher Integrationsarbeit mit ihren Spezifika in den Fokus rückt (siehe 4.2).

### **4.1 Phasen der lokalen Bearbeitung von Integration**

Die wesentlich durch internationale Krisensituationen ausgelösten Migrationsbewegungen der Jahre 2014, 2015 und 2016 versetzen das Feld kommunaler Integrationspolitik in eine noch nicht abgeschlossene Transformationsbewegung. Auf den entstandenen Handlungsdruck reagieren die Kommunen mit der Reorganisation des Verwaltungshandelns und der Etablierung neuer Steuerungs- und Kooperationsstrukturen (Schammann und Kühn 2016, S. 31ff.).

In Düsseldorf manifestiert sich der beschriebene Wandel der lokalen Bearbeitung von Integration beim Blick auf das Datenmaterial an mehreren relevanten Punkten, die aus den Entwicklungen der letzten Jahre (seit 2014) herausgegriffen und als folgenreich gekennzeichnet werden können. Aus den Schilderungen der Entwicklungen der letzten Jahre lassen sich im Wesentlichen drei konsekutive Phasen herausarbeiten, die voneinander abgrenzbar sind und anhand eines maßgeblichen Ereignisses oder mehrerer kumulierender Ereignisse eingeleitet bzw. von der jeweils nächsten Phase abgelöst werden. Im Folgenden sollen diese

in ihrer zeitlichen Abfolge kurz dargestellt und mittels der zentralen Entscheidungen vertiefend betrachtet werden.

Die Ausgangssituation wird als Problemstellung beschrieben, die mit den vorhandenen Verwaltungsstrukturen nicht bearbeitbar und auch quantitativ mit dem bestehenden Personal nicht zu leisten ist.

## 1. Eingangsphase

Die *Eingangsphase* der lokalen Problembearbeitung, die Ende 2014 mit der Einrichtung des Runden Tisches Asyl eingeleitet wird, lebt vom ehrenamtlichen Engagement und vom Außerkraftsetzen formeller Strukturen verbunden mit dem Engagement einzelner Personen, v. a. der damaligen Flüchtlingsbeauftragten. Dies wird durch Steuerungsinstrumente legitimiert und ist zu dieser Zeit konsensual.

Die Zeit von 2014 bis Ende 2015 erscheint als Phase der Krise, in der sich die Akteur\_innen durch die steigende Zahl der Neuzuwanderungen vor Herausforderungen gestellt sehen, die schnelles Handeln erfordern und mit den bislang eingesetzten Mitteln und Strukturen nicht zu bewältigen sind. Nach vorherigem Rückbau von Unterbringungskapazitäten gibt es vor allem 2015 eine hohe Anzahl von Neuzuwanderungen, so dass es zu Schwierigkeiten bei der Unterbringung kommt. Diese Situation wird als Beginn der Krisensituation markiert. Ein Krisenstab wird einberufen, um die Unterbringung der Menschen zu bewältigen. Es werden vorübergehend Hotels, eine Messehalle und Turnhallen belegt, Traglufthallen und Zelte errichtet. In Reaktion auf diese Situation finden zahlreiche Anpassungen und Transformationen statt, von denen mehrere als entscheidend beschrieben werden, insbesondere die Einrichtung des Runden Tisches Asyl, die Abgabe der Sozialbetreuung an die Wohlfahrtsverbände und die Einsetzung der Flüchtlingsbeauftragten im Februar 2015.

## 2. Interimsphase

Mit der sukzessiven Entstehung der *Welcome Points* ab September 2015 beginnt die *Interimsphase*, in der darauf basierend Selbstorganisationsstrukturen (z. B. die *Welcome Points*, Ausbildungs- oder Kursprogramme) in einem temporären Zuständigkeitsvakuum entstehen; dies wird politisch mitgetragen, weil der Krisenmodus dies notwendig macht. Daraus ergeben sich ebenfalls neue Kooperationsformen (z. B. die seit September 2015 eingerichteten *Integration Points*).

Auch in dieser Zeit stellen neue Geschehnisse die Beteiligten vor weitere Herausforderungen. Von September 2015 bis Frühjahr 2016 wird z. B. der Fernbahnhof am Flughafen als Drehkreuz genutzt. Ebenfalls hier wird ein Krisenstab aktiv. Nach einem Jahr im Krisenmodus organisieren sich verschiedene Akteur\_innen wie Wohlfahrtsträger, aber auch zivilge-

sellschaftliche Gruppierungen und Beteiligte aus dem politisch-administrativen System zunehmend in neuen und teils eigeninitiativen Formen.

### 3. Steuerungsphase

Die *Steuerungsphase* beginnt schließlich mit Inkrafttreten der Wohnsitzauflage und lässt sich mit den Begriffen Steuerung und Ordnung fassen: Nach Ende des Krisenmodus müssen die neuen Problemlagen ‚ver-regelt‘ (d. h. neu institutionalisiert oder in Regelleistungen überführt) werden. Dies kann in Form der Integration in das vorhandene System (Umwandlung von Flüchtlingsunterkünften in Obdachlosenunterkünfte), in der Schaffung neuer Systeme (neues Amt für Migration und Integration) oder in der Neuordnung übergeordneter Steuerungsinstrumente (z. B. Wohnsitzauflage) geschehen.

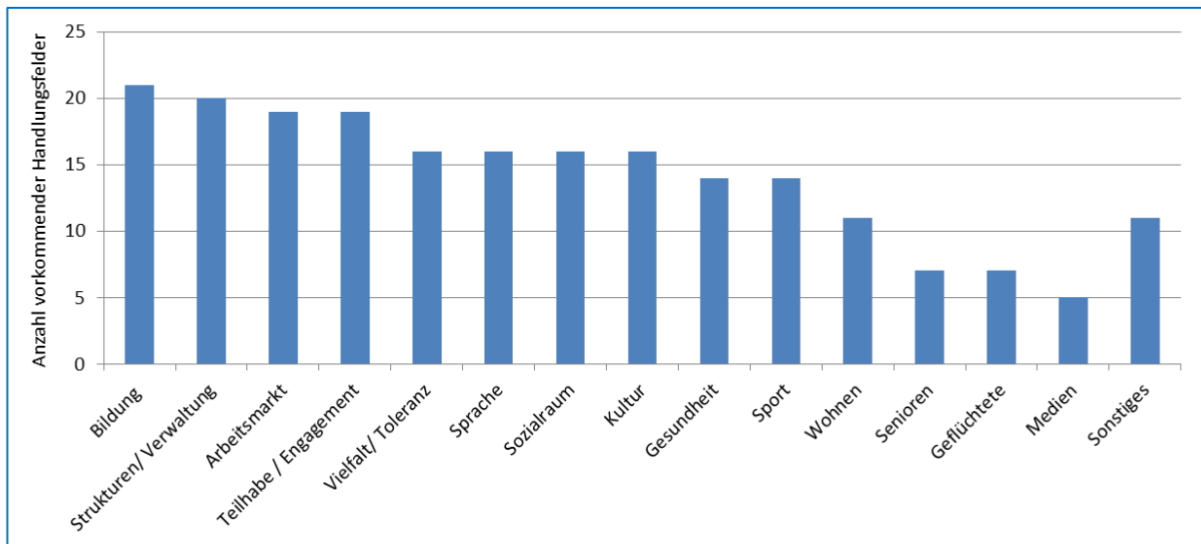
Das Inkrafttreten der Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung (AWoV) am 01.12.2016, aufgrund derer anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte oder subsidiär Schutzberechtigte verpflichtet sind, in der Kommune den Wohnsitz zu nehmen, der ihnen im Bescheid zur Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG nach dem NRW-Integrationsschlüssel zugewiesen wurde, sorgt aus Sicht der Befragten für die Verlängerung einer Krisensituation in Düsseldorf mit seiner angespannten Wohnungsmarktsituation. Andererseits markiert dies einen Punkt des Umdenkens hin zu langfristigen Integrationsaufgaben, da manifest wird, dass die neu zugewanderten Menschen auch weiterhin in Düsseldorf leben und wohnen werden. Daraus ergeben sich neue Bedarfe bei den Themen Bildung, Arbeit und Wohnen, was auch durch die Verabschiedung des Gesamtstädtischen Integrationskonzepts im März 2017 deutlich wird. Das am 01.01.2018 neu gegründete *Amt für Migration und Integration* soll dem Rechnung tragen und auch dafür sorgen, dass neben den Geflüchteten wieder andere Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund stärker berücksichtigt werden. In dieser Linie stehen ebenso die Umwidmung von Flüchtlingsunterkünften zu Obdachlosenunterkünften und die Verhandlungen über die *Welcome Points* und deren zukünftige Finanzierung durch die Kommune sowie gemeinsame Ziele, Aufgaben und Qualitätskriterien.

#### **4.2 ‚Handlungsfelder‘ sozialräumlicher Geflüchteten- und Integrationsarbeit: Untersuchung der thematischen Struktur lokaler Integrationsarbeit**

Die bereits gezeigte Diversifikation lokaler Geflüchteten- und Integrationsaufgaben schlägt sich nicht zuletzt in der sehr breit gestreuten Bestimmung von Handlungsfeldern nieder, die dieser Bereich umfassen kann. Die Handlungsfelder geben ebenso Aufschluss über die thematische Struktur lokaler Integrationsdiskurse und verweisen auf administrative Handlungspraxen.

Als zentrale Akteurin der Verwaltungsmodernisierung und Etablierung der Semantik eines „kommunalen Integrationsmanagements“ (Reichwein 2009) unterstützt die KGSt die Kom-

munen wie beschrieben bei der Entwicklung kommunaler Integrationsstrategien und identifiziert Handlungsfelder zur Ausgestaltung kommunaler Integrationspolitiken (KGSt 2005). Die kommunalen Integrationskonzepte orientieren sich häufig an der thematischen Struktur dieser Gestaltungsvorschläge, wenn auch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen erfolgen. Eine vom Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) durchgeführte Dokumentenanalyse untersucht die Integrationskonzepte in 21 deutschen Großstädten und zeigt folgende thematische Struktur auf (siehe Abbildung 5):



**Abbildung 5: Häufigkeit der Handlungsfelder in Integrationskonzepten**  
Krüger 2016, S. 4

Das Gesamtstädtische Integrationskonzept der Landeshauptstadt Düsseldorf etwa macht Integration als Querschnittsaufgabe stark und fokussiert sich auf die Bereiche Kinder, Jugend und Familie, Bildung und Weiterbildung, Wirtschaft und Erwerbsleben, Kultur, Sport und Gesundheit, Senior\_innen, Wohnen und zivilgesellschaftliches Engagement (Landeshauptstadt Düsseldorf 2017a, S. 10–23).

Mit der migrations- und integrationspolitischen Lageänderung ist auch eine Verschiebung dieser thematischen Struktur zu beobachten. Der in den frühen Integrationskonzepten teilweise stark fokussierte Bereich Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (Landeshauptstadt München 2008) richtet die Perspektive vornehmlich auf verwaltungsinterne Entwicklungen. Integrationskonzepte neueren Datums führen diese Aufgabe weiterhin mit, rücken aber die gesellschaftlichen Themen Wohnen, Arbeitsmarkt, Bildung und nicht zuletzt Sicherheit zunehmend in den Fokus (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin 2016).

Forschungsheuristisch hielten wir es für plausibel, die lokale Integrationsarbeit mit den Feldern

1. Wohnen und Unterbringung,

2. Schule und Bildung,
3. Arbeitsmarkt und Qualifizierung,
4. Zivilgesellschaft

zu beobachten und entsprechend zuzuordnen (so auch das ILS 2016). Die Passgenauigkeit dieser Auswertungskategorien hat sich bei der Durchführung der verschiedenen Befragungsmomente erwiesen. So zeigten sich bei der Erhebung lokaler Arbeitszusammenhänge in den Untersuchungsgebieten neben dem Stellenwert zivilgesellschaftlichen Engagements anhand der beteiligten Akteur\_innen Arbeit, Wohnen und Bildung als zentrale Handlungsfelder aus Sicht der Beteiligten (siehe ausführlich Schlee und Jepkens 2017b, S. 13; 18–20).

Beobachten lassen sich mit dieser Forschungsheuristik die Transformation von Themenschwerpunkten und das Aufkommen neuer Themen.



## 5 Ergebnisse I: Vernetzung vor Ort

Wie insbesondere in Kapitel 1.3 deutlich wurde, war es von Beginn an als zentrale Aufgabe der *Welcome Points* angelegt, die Vernetzung vor Ort zu fördern und vorhandene Angebote zu koordinieren. Um die Akteur\_innenlandschaften in den untersuchten Sozialräumen zu kartieren, besuchten wir vorhandene Gremien und erfassten deren Arbeitszusammenhänge. Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die Vernetzung vor Ort darstellte und welche Implikationen für die Arbeit der *Welcome Points* sich daraus ergeben.

### 5.1 Die Akteur\_innengruppen und ihre Arbeitszusammenhänge

Im Rahmen der Workshops in den Stadtbezirken wurde erhoben, in welchen Arbeitszusammenhängen die an den Netzwerken beteiligten Akteur\_innen vernetzt sind. Beispielhaft wird dies hier anhand der gesamten Arbeitszusammenhänge eines Gremiums dargestellt (siehe Abbildung 6)<sup>8</sup>.

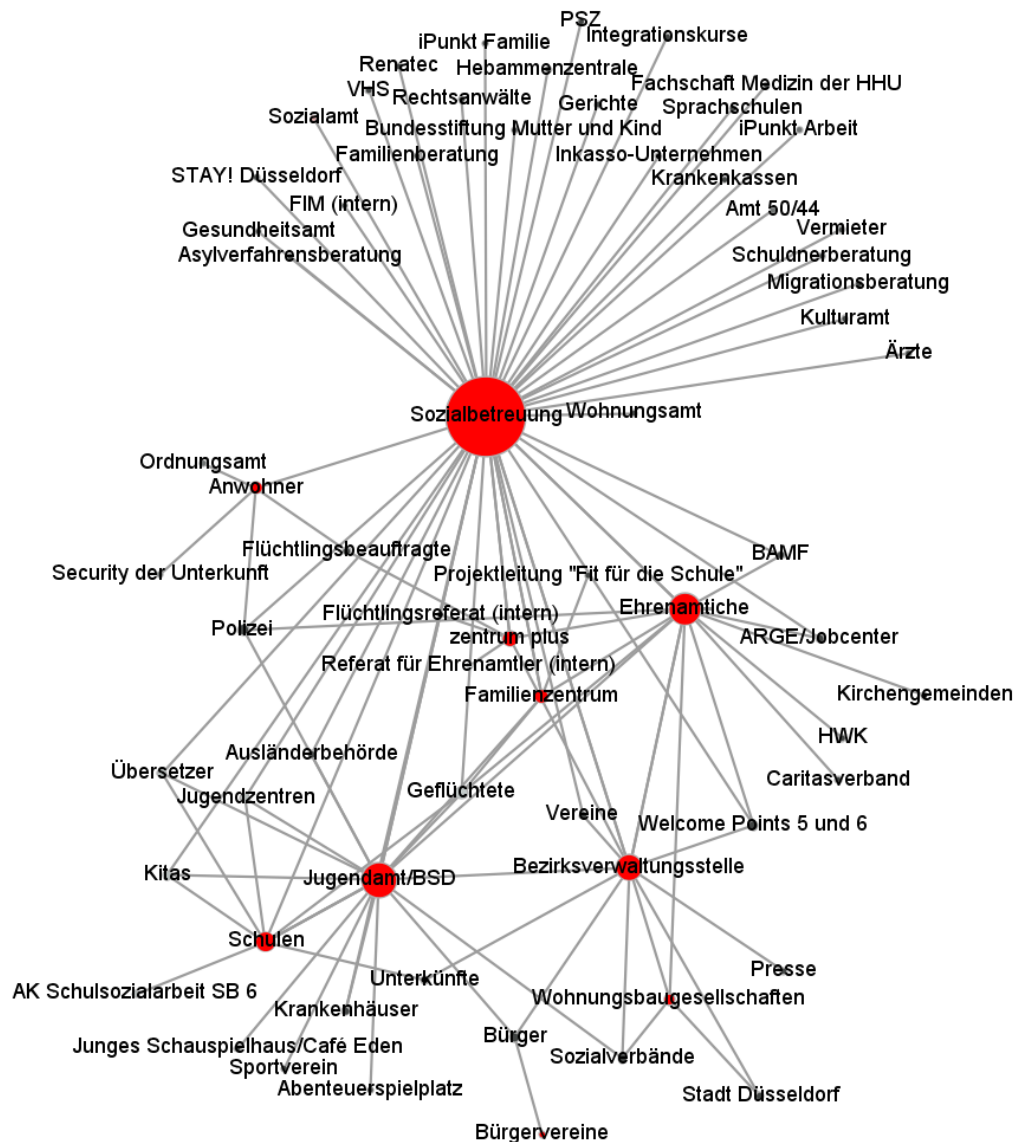
Die kommunikative Eigendynamik in den auf die Erfassung der Arbeitszusammenhänge folgenden Gruppendiskussionen der Workshops führt immer wieder über die unmittelbaren Arbeitszusammenhänge und Anliegen hinaus und ermöglicht es damit, die eigene Integrationsarbeit breiter zu reflektieren. Die zahlreichen Nennungen von Arbeitskontakten innerhalb der Workshops jedoch wurden nicht allesamt in den Gruppendiskussionen thematisiert.

Es bedurfte deshalb der Korrelation mit den Daten aus den Expert\_inneninterviews. Die unterschiedlichen Datensätze weisen dabei einen hohen Grad an inhaltlicher Überschneidung auf und identische Akteur\_innen werden sowohl in den Workshops angeführt als auch in den Interviews aufgegriffen und diskursiv erläutert. Erst mit diesen Ausführungen wurde es möglich, Anlass und Thema der Kontakte näher zu bestimmen.

---

<sup>8</sup> Von Netzwerk ist hier die Rede, insofern institutionalisierte Kommunikationszusammenhänge in Form von Gremien wie Runden Tischen bestehen; von Arbeitszusammenhängen ist die Rede, insofern ein\_e Akteur\_in auf operativer Ebene als Kontakt genannt wird. Die in Abbildung 6 rot markierten Akteur\_innen sind folglich das hier dargestellte Netzwerk und zugleich die Teilnehmer\_innen des Gremiums. Die übrigen Nennungen bezeichnen auf dieser Datenbasis nicht näher zu beschreibende Arbeitszusammenhänge. Die Abbildung basiert auf der Zusammenführung der während unseres Workshops anwesenden Personengruppen. Hier waren beispielsweise zwei Sozialbetreuer\_innen anwesend. Anzumerken ist, dass hier Akteur\_innen unterschiedlich konkret benannt werden. So sind z. B. an einer Stelle die „Sozialverbände“ oder die „Stadt Düsseldorf“ angeführt, an anderer Stelle konkret der Caritasverband oder das Gesundheitsamt, an wieder anderen Angebote wie diverse Beratungsstellen, die ebenfalls von den Sozialverbänden und/oder der Stadt Düsseldorf vorgehalten werden.

Der Blick auf die Arbeitszusammenhänge des Gremiums in Abbildung 6 zeigt die Sozialbetreuer\_innen als Akteur\_innen auf, die offenkundig unmittelbar mit den multiplen Anliegen und Problemlagen der Geflüchteten (von Fragen des Aufenthaltes über Fragen der Wohnungssuche bis hin zu Fragen der Bildungs- und Arbeitsmarktinklusion) konfrontiert sind.



**Abbildung 6: Arbeitszusammenhänge eines Gremiums**  
Eigene Darstellung

Es lohnt deshalb, einen genaueren Blick auf diese zentralen Personen, die Themenstruktur ihrer Kontakte und ihre Rollenbeschreibung zu werfen. Dabei speist sich die Struktur der Darstellungen aus den für Politikfelder konstitutiven Elementen (1) Themen (Issues), (2) deren Deutungen und (3) den beteiligten Institutionen und Akteur\_innen (Blättle 2015, S. 99).

#### *Rollenbeschreibung der Sozialbetreuer\_innen*

Die Sozialbetreuer\_innen definieren ihre Rolle wesentlich als ‚Case Management‘ in einer Vermittlerrolle in weiterführende Angebote:

„Zwar wäre eine Einzelfallhilfe hilfreicher, um eine Integration der Menschen zu ermöglichen. Mit einem Schlüssel von 200 : 1 ist das sehr schwierig, das ist fast Sachbearbeitung und Vermitteln in andere Angebote.“ (Interview Sozialbetreuer\_in)

Eine individuelle Begleitung der multiplen Anliegen und Problemlagen neu zugewanderter Personen ist bei diesem Betreuungsschlüssel nur schwer zu verwirklichen; umso bedeutender ist die Transparenz lokaler Angebotsstrukturen.

#### *Organisationsinterne Kommunikationswege*

Für die Sozialbetreuer\_innen ist der\_die jeweilige Arbeitgeber\_in der zentrale Kommunikationszusammenhang. Die Träger (Caritas, DRK etc.) unterhalten jeweils interne Flüchtlingskoordinationsstellen wie auch organisationsinterne Netzwerke und Austauschforen etwa zwischen den in einer Organisation tätigen Sozialbetreuer\_innen. Dagegen kommt es nur selektiv zum interorganisationellen Erfahrungsaustausch (wie in den Runden Tischen und Stadtbezirkskonferenzen). Die Wohlfahrtsverbände führen ihre eigenen Datenbanken zu ehrenamtlich tätigen Personen oder unterhalten Personen mit speziellen Zuständigkeiten, wie der Entwicklung von Angeboten für ehrenamtlich Tätige oder der Vermittlung von Geflüchteten in Wohnungen. Diese organisationsinternen Kommunikationsstrukturen werden an verschiedenen Stellen parallel eingerichtet und unterhalten. Es ist zu vermuten, dass eine organisationsübergreifende Bündelung solcher Aufgaben weitere Synergieeffekte schaffen wird und Parallelstrukturen und Angebotsintransparenzen zu vermeiden hilft.

#### *Bedeutung des Ehrenamts*

Zwar wird in der Regel festgehalten, das ehrenamtliche Engagement sei im Vergleich zu 2015 und 2016 rückläufig. Zugleich heben die Sozialbetreuer\_innen die Bedeutung der ehrenamtlich tätigen Personen<sup>9</sup> hervor:

„Die anfängliche Euphorie ist abgeflacht und das ehrenamtliche Engagement geht zurück, was in diesem Stadtteil von Anfang an eher schwierig war. Aber wir bekommen immer noch Anfragen bezüglich ehrenamtlichen Engagements. Die Ehrenamtlichen sind alle sehr engagiert und zuverlässig. Ich habe so einen Respekt vor den Ehrenamtlern.“ (Interview Sozialbetreuer\_in)

Die Schilderung der Tätigkeiten der Sozialbetreuer\_innen weist einen hohen Grad an Überschneidung mit dem Ehrenamt auf: Das wird auch so wahrgenommen: „Ehrenamtliche müssten dafür bezahlt werden, wenn die die gleiche Arbeit leisten, wie wir“, bemerkt ein\_e Sozialbetreuer\_in im Interview. Zugleich ist klar, dass nicht alle professionellen Leistungen von ehrenamtlichen Personen getragen werden können: „Ehrenamtlich kann die Integration auch nicht gestemmt werden“ (Interview Sozialbetreuerin). Auch in der Beschreibung ausgewählter Handlungsfelder wird jeweils die Rolle ehrenamtlich tätiger Personen sichtbar. Als

---

<sup>9</sup> Die Sozialbetreuer\_innen beziehen sich dabei auf ehrenamtlich Engagierte, die entweder an den jeweiligen Träger der Geflüchtetenunterkünfte angebunden sind oder sich über eigeninitiierte Flüchtlingsaktivitäten in den Unterkünften bzw. für deren Bewohner\_innen engagieren.

Pat\_innen haben sie eine prinzipielle Allzuständigkeit zur Bearbeitung von Integrationsanliegen, als Personen mit bestimmtem Wissen und Erfahrungen wird in einzelnen Tätigkeitsfeldern (Bildung, Sprache, Wohnungsvermittlung etc.) auf sie zugegriffen (siehe hierzu Kapitel 5.2 und 6.1.2).

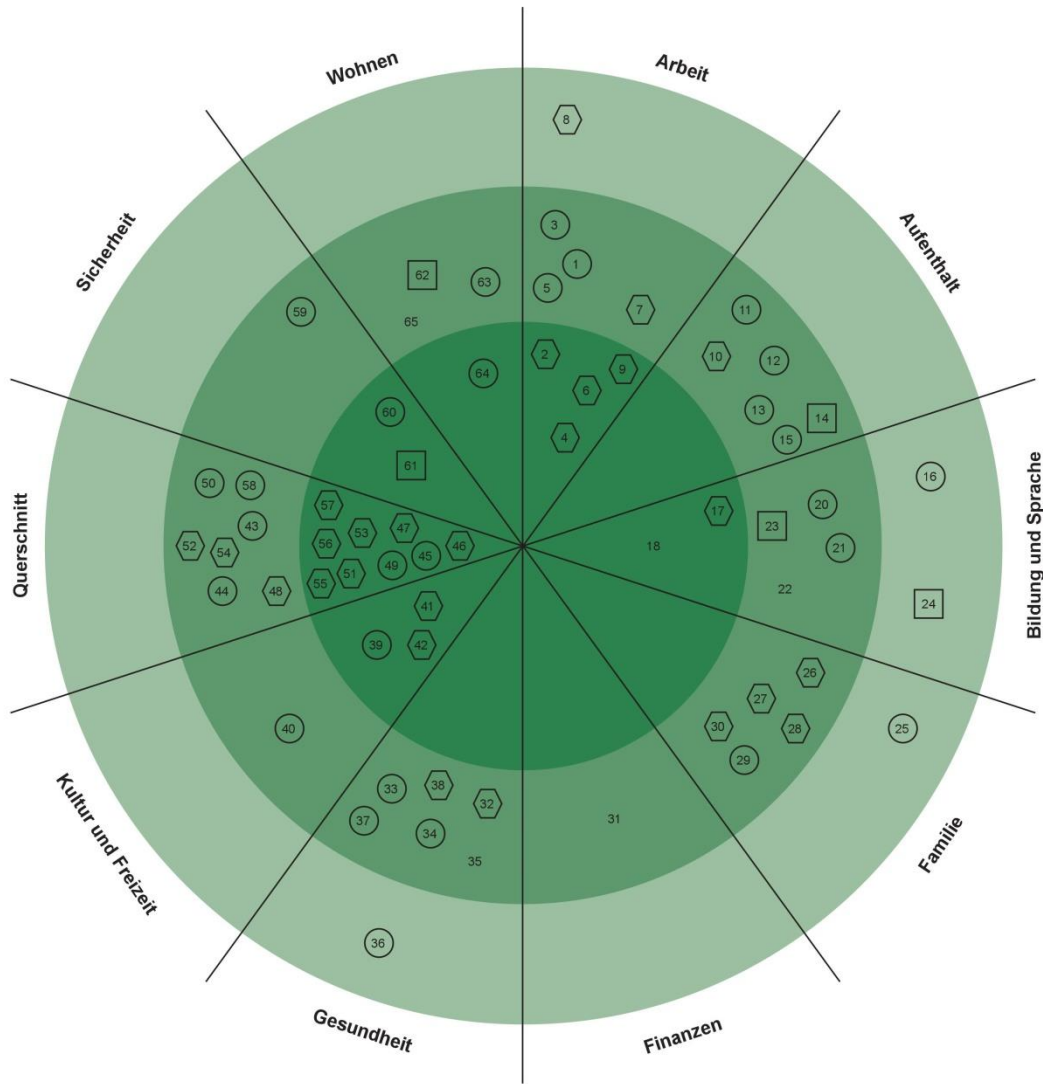
Angesichts der gegenwärtigen anlassbezogenen Herausbildung des Arbeitsfeldes ist es nicht überraschend, dass professionelle Rollenbilder bislang wenig ausdifferenziert sind. Die Bearbeitung von Integrationsanliegen ist erwartbar eine Daueraufgabe und die sich dabei nun herausbildenden Strukturen in der Koproduktion von Leistung von professionell organisierten Dritt-Sektor-Akteur\_innen, der öffentlichen Hand und zivilgesellschaftlichem Engagement bedürfen weiterer Reflexionen und Ausdifferenzierung von Tätigkeiten und Tätigkeitsfeldern.

## **5.2 Thematische Struktur der Arbeitszusammenhänge**

Die Nennungen von Arbeitskontakten aus den Workshops reichen nicht hin, eine sinnvolle Akteur\_innenstruktur nachzuzeichnen. Nennungen mögen summiert werden können; aus ihnen sind aber weder Anlass noch Kontakthäufigkeiten und Gewichtungen herzuleiten. Wir haben deshalb die Nennungen aus den Workshops mit den Aussagen aus den leitfadengestützten Expert\_inneninterviews korreliert. Damit wurde es möglich, die Kontakte in Themenkreise bzw. Kommunikationszusammenhänge mit jeweils unterschiedlichen Akteur\_innenkonstellationen zu gruppieren. Um Aufschluss über die Relevanz sozialräumlicher Kommunikationszusammenhänge zu generieren, haben wir – insofern das Interviewmaterial dazu Aussagen lieferte – diese Kontakte auch räumlich verortet. Schließlich wollten wir wissen, welche Art von Akteur\_innen die Arbeit mit Geflüchteten prägt, und haben dazu die gängige Unterscheidung von marktlichen, zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteur\_innen an das Material herangetragen. Damit ergab sich für die Auswertung der Interviews folgende Codiersystematik:

- (1) Verortung der Akteur\_innen (sozialräumlich, kommunal, Land/Bund),
- (2) Art der Akteur\_innen (öffentlich, Markt, Zivilgesellschaft),
- (3) Themenfeld (Arbeit, Bildung, Familie, Gesundheit, Wohnen etc., siehe unten).

Während wir mit unseren Vorannahmen nach der Verortung der Akteur\_innen und deren Art gefragt haben, ergaben sich die Themenfelder induktiv aus dem Material. Für die folgenden Darstellungen beziehen wir uns wieder auf die Arbeitszusammenhänge der Sozialbetreuer\_innen, die sich in der Analyse der Arbeitszusammenhänge als Schlüsselpersonen der Netzwerkarbeit herausgestellt haben.



**Legende**

**Ebene**

- Land/ Bund
- Stadt
- Sozialraum/ Stadtbezirk

**Art**

- Staat
- Markt
- Zivilgesellschaft

**Akteur**

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <p><b>Arbeit</b></p> <p>1 Arbeitsagentur<br/>2 BIWAQ<br/>3 Integration Point<br/>4 iPunkt Arbeit<br/>5 Jobcenter<br/>6 Renatec<br/>7 Jugendmigrationsdienst<br/>8 Otto Benecke Stiftung<br/>9 ZWD (Zukunftswerkstadt Düsseldorf)</p> <p><b>Aufenthalt</b></p> <p>10 Asylverfahrensberatung<br/>11 Ausländerbehörde</p> | <p>12 BAMF Außenstelle<br/>13 Einwohnermeldeamt<br/>14 Rechtsanwälte<br/>15 Standesamt</p> <p><b>Bildung und Sprache</b></p> <p>16 Hochschulen<br/>17 Jugendzentrum<br/>18 Kitas<br/>19 Schulen<br/>20 VHS Düsseldorf<br/>21 Schulverwaltungsamt<br/>22 Integrationskurse<br/>23 Sprachschulen<br/>24 Übersetzer (HA)</p> <p><b>Familie</b></p> <p>25 Bundesstiftung Mutter + Kind<br/>26 Erziehungsberatung<br/>27 Frauenberatungsstelle<br/>28 Hebammenzentrale<br/>29 iPunkt Familie<br/>30 Schwangerschaftskonfliktberatung</p> <p><b>Finanzen</b></p> <p>31 Schuldnerberatung</p> <p><b>Gesundheit</b></p> <p>32 AG Flüchtlingshilfe HHU<br/>33 Ärzte<br/>34 Gesundheitsamt<br/>35 Krankenhäuser<br/>36 Krankenkassen<br/>37 LVR-Klinikum<br/>38 PSZ</p> | <p><b>Kultur und Freizeit</b></p> <p>39 Abenteuerspielplatz<br/>40 Kulturamt<br/>41 Sportvereine<br/>42 Vereine</p> <p><b>Querschnitt</b></p> <p>43 Amt 50/4<br/>44 Amt für Soziale Sicherung und Integration<br/>45 Bezirksverwaltung 6<br/>46 Café Eden<br/>47 Ehrenamtler<br/>48 FIM der Caritas (intern)<br/>49 Jugendamt/BSD<br/>50 KI Düsseldorf<br/>51 Kirchengemeinden<br/>52 Migrationsberatung<br/>53 Rather Familienzentrum<br/>54 STAY! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative<br/>55 Welcome Point 5<br/>56 Zentrum Plus<br/>57 Flüchtlingshilfe Kaiserwerth<br/>58 Büro der Flüchtlingsbeauftragten<br/>59 Ordnungsamt</p> <p><b>Sicherheit</b></p> <p>60 Polizei<br/>61 Security<br/>62 Vermieter</p> <p><b>Wohnen</b></p> <p>63 Wohnungsamt<br/>64 Verwalter der Unterkünfte<br/>65 Wohnungsbaugesellschaften</p> |
|--|---|---|

**Abbildung 7: Arbeitszusammenhänge von Sozialbetreuer\_innen nach Themenfeldern**  
Eigene Darstellung

Betrachtet man zunächst die räumliche Reichweite der flucht- und integrationsrelevanten Kommunikationszusammenhänge, so wird deutlich, dass der größte Teil der Kontakte auf gesamtstädtischer Ebene zu verorten ist. Augenfällig ist zugleich die Verortung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen auf Bezirksebene (siehe Abbildung 7).

Als bedeutendste öffentliche Akteurin tritt eine zwar intern ausdifferenzierte<sup>10</sup>, in diesem Kontext aber doch als kollektive Akteurin zu fassende Kommunalverwaltung als Trägerin von Aufgaben in fast allen Themenfeldern in Erscheinung. Die Unterteilung von Akteur\_innen in öffentlich, marktlich und zivilgesellschaftlich, stieß jedoch an verschiedenen Stellen an ihre Grenzen. Weder die genannten Bildungseinrichtungen noch Krankenhäuser oder sonstige Formen sozialer Dienstleistungen sind hier durchweg klar zuzuordnen. Unter zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen fallen in unserer Darstellung auch die Wohlfahrtsverbände. Zugleich sind ihre Marktorientierung wie auch die professionellen Tätigkeiten, die sie tragen, nur schwer mit Vereinsaktivitäten und anderen Formen ehrenamtlichen Engagements zu vergleichen. Hier fehlt eine passende Kategorie zur Binnendifferenzierung. Bei aller Ordnungsschwierigkeit wird der Grad an öffentlich-privat-zivilgesellschaftlichen Koproduktionsformen (Evers 2015) hier deutlich sichtbar.

Thematisch dominieren – das mag wenig überraschen – die Themenfelder Aufenthalt, Bildung und Sprache sowie Arbeit. Die absolut höchste Zahl der aufgeführten Akteur\_innen aber lässt sich keinem dieser Felder eindeutig zuordnen. Dafür haben wir die Kategorie „Querschnitt“ gebildet. Sie umfasst die große Zahl von Akteur\_innen, die verschiedene Themenfelder bearbeiten (Akteur\_innen mit umfassenden/Querschnittsaufgaben). Auf diese Akteur\_innen werfen wir im Folgenden einen Blick und zeigen Chancen und Herausforderungen auf, die sich im Themenfeld Integration daraus ergeben.

#### *Akteur\_innen mit Querschnittsaufgaben und Governancestrukturen vor Ort*

Aus organisatorischen Querschnittslösungen können sich – wie Köhling und Stöbe Blossey (2017, S. 16f.) aufzeigen – unterschiedliche Problemlagen in der lokalen Governancestruktur ergeben: Es kann zu Konstellationen kommen, in denen verschiedene Akteur\_innen gleichermaßen einen Anspruch auf die Problembearbeitung erheben und parallele Initiativen nebeneinander entstehen (Interferenz). Umgekehrt kann es zu Konstellationen kommen, die eine jeweilige Verantwortung an eine andere Organisation weiterschieben, so dass sich in der Folge niemand zuständig fühlt (Diffusion). Schließlich entstehen Probleme des Übergangs zwischen verschiedenen Zuständigkeitsbereichen. Zum Teil waren Geflüchtete zwischenzeitlich z. B. nicht krankenversichert, denn erst nach der Anerkennung fallen sie unter

---

<sup>10</sup> Hier genannte Akteur\_innen mit kommunaler Beteiligung sind: Jobcenter, Integration Point, Einwohnermeldeamt, Standesamt, teilweise Kitas, Schulverwaltungsamt, Schulen (als Schulträgerin), Jugendzentren, iPunkt Familie, Gesundheitsamt, Kulturamt, Amt für Soziale Sicherung und Integration, das Kommunale Integrationszentrum, Bezirksverwaltungen, BSD, das damalige Büro der Flüchtlingsbeauftragten, Ordnungsamt, Wohnungsamt und Wohnungsbaugesellschaft.

die Zuständigkeit des SGB II, während zuvor das jeweilige kommunale Sozialamt die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz trägt.

Bei der Bearbeitung der Integration vor Ort sehen wir Akteur\_innen und Institutionen mit verschiedenen integrationsrelevanten Anliegen und Zuständigkeiten. So ist die Bezirksverwaltungsstelle in Fragen der Unterbringung involviert, aber auch mit Fragen der Koordination der Akteur\_innen beschäftigt; das Café Eden des Jungen Schauspielhauses im Stadtbezirk 6 ist primär Begegnungsort (Kultur und Freizeit), organisiert aber zugleich Bildungs- und Beratungsangebote für Geflüchtete. Die Aufgaben des Jugendamtes und des Bezirkssozialdienstes betreffen die verschiedensten Anliegen aller jungen Menschen und zielen damit nicht spezifisch auf die Anliegen der Geflüchteten. Die *Welcome Points* in ihrer momentanen Gestalt nehmen eine Koordinierungsfunktion ein, organisieren jedoch auch selbst konkrete Angebote in verschiedenen Feldern. Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen. Insgesamt sehen wir ein Feld der sozialräumlichen Integrations- und Geflüchtetenarbeit vor uns, das durch verschiedene Zuständigkeits- und Handlungslogiken und sich an vielen Stellen überlappende Aufgaben gekennzeichnet ist.

Diese spezifische Feldstruktur lässt sich auf ein zentrales Spannungsfeld des Integrationsdiskurses zurückführen, denn auf den unterschiedlichen politischen Ebenen ist bereits langjährig umstritten, ob ein Feld der Integrationspolitik, mit einem entsprechenden Ministerium und einem klar abgesteckten Zuständigkeitsbereich, zu entwerfen ist oder ob die bestehenden Zuständigkeitsordnungen ihre Regelangebote ‚nur‘ auf die wachsenden Migrationsbewegungen zunehmend ausrichten sollten (Blätte 2015, S. 107). Insgesamt ist die Art und Weise der Ausformung des Politikfeldes noch unentschieden. Die Landeshauptstadt Düsseldorf beantwortete diese Frage im Jahr 2018 mit der Einführung eines Amtes für Migration und Integration, das eine Abteilung des Sozialamtes, die Ausländerbehörde, die Kommunale Integrationsstelle sowie das Büro der Flüchtlingsbeauftragten umfasst. Dieses Amt wird im nächsten Kapitel näher betrachtet, da es für die *Welcome Points* einen der zentralsten Kooperationspartner darstellt.

### **5.3 Kooperationsstrukturen und Netzwerke vor Ort**

Die bis hier dargestellten Ergebnisse bestätigen das eingangs gezeichnete Bild der sozialräumlichen Integration als eingebettet in ein Mehrebenensystem sowie von Integration als Querschnittsaufgabe vor Ort. Basierend auf dem Ergebnis, dass Akteur\_innen auf kommunaler Ebene die größte Rolle bei der sozialräumlichen Vernetzung spielen, wurden auf die Workshops folgend auch Interviews mit Vertreter\_innen des Amtes für Migration und Integration der Landeshauptstadt Düsseldorf geführt<sup>11</sup>. Dieses Amt wurde im Januar 2018 neu gegründet und agiert seitdem als kommunaler Akteur mit Querschnittsaufgaben. Ziel der dort

---

<sup>11</sup> Im Folgenden bei Zitaten als „Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung N“ bezeichnet.

geführten Interviews war es, die Kooperationsstrukturen und Netzwerke auf Ebene des Sozialraums und der Kommune noch einmal von kommunaler Ebene aus zu betrachten. Der Fokus lag hier nicht nur auf der Erfassung von Netzwerken und Kooperationen, sondern auch auf deren Zielsetzungen.

Aus diesen Interviews geht hervor, dass sich die entsprechenden Institutionen, Organisationen und Ämter an besonderen Kooperationsstilen und -formen orientieren, da sie sich durch diese wiederum spezielle Synergien und Kooperationseffekte erhoffen. Wiederkehrend wird von den Befragten die Erschließung von räumlichen und auch personellen Ressourcen als konkretes Kooperationsziel benannt. Dieses soll durch verschiedene interorganisationale Zusammenarbeiten hergestellt werden. Hintergrund ist, dass die personelle Ausstattung zur Bewältigung der zyklisch auftretenden Mehraufgaben, z. B. durch Zuwanderungsbewegungen, immer wieder als defizitär beschrieben wird (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 1). Die Kooperation zwischen verschiedenen Organisationen soll deshalb unter anderem sicherstellen, dass die zu leistenden Aufgaben zeitnah bewältigt und eigene intraorganisationale Mehrbelastungen abgefedert werden können.

Hier wird insbesondere den Ehrenamtlichen und deren intrinsischer Motivation eine besondere Bedeutung zugesprochen (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 1).

„Was für mich hier wichtig ist, ist, dass wir, wenn wir mal, was unsere Personalausstattung angeht, wieder ein bisschen den Kopf über Wasser bekommen [...]“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4)

„Also in der Phase, wo wirklich jede zweite Nacht ein Zug vom Süden Deutschlands hier nach Düsseldorf gekommen ist. Das hätten wir ohne Ehrenamtliche und die Wohlfahrtsverbände gar nicht stemmen können. Das war ein unglaubliches Gemeinschaftsgefühl [...]“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 1)

Den Wohlfahrtsverbänden wird in diesem Kontext eine Doppelrolle zugeschrieben. Zum einen haben sie in der Deutung der Befragten die zentrale Aufgabe, Kontakt zu Ehrenamtlichen herzustellen, die bereit sind, spezielle Arbeitsfelder mit ihrem Engagement zu unterstützen. Zum anderen wird die Erwartung an die Verbände getragen, dass die dort ehrenamtlich geleistete Arbeit nicht weiter inhaltlich ausdifferenzierten „Mindeststandards“ entspricht (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4/2/3). Das Potenzial zur Aktivierung Ehrenamtlicher wird als grundsätzlich hoch und Ehrenamtliche als durch Einzelakteur\_innen aktivierbar beschrieben – dies betrifft insbesondere die Anfangszeiten der gestiegenen Zuwanderungszahlen (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 1). Als zentral für das Gelingen in dieser Zeit wird immer wieder eine flachhierarchische Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen benannt, die perspektivisch jedoch als friktionsträchtig interpretiert und kritisch hinterfragt wird (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4/2/3).



Neben personellen Ressourcen werden auch immer wieder die Erschließung und Sicherstellung von räumlichen Potenzial- und Nutzräumen als Kooperationsziel angeführt (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4/3/5). Dabei handelt es sich sowohl um konkrete Räume als auch um abstrakte Gestaltungsräume wie beispielsweise geographisch bestimmte „Sozialräume“, die in der Schilderung und Interpretation der Befragten über die Wohlfahrtsverbände zugänglich werden (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 2/5/1).

Über die Ressourcenerschließung hinaus werden immer wieder weitere Synergieeffekte durch die Befragten beschrieben. Insbesondere die Koordinierung spezialisierter sozialer Dienstleistung soll laut der Darlegung der Interviewpartner\_innen über ausgewählte Kooperationen gewährleistet werden. Sie sollen hier vor allem einen schnellen Informationsaustausch sicherstellen (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4/2). Dabei spielen auch die sozialräumliche Einbettung und Anbindung solcher Angebote eine Rolle bei Kooperationsentscheidungen:

„Und wenn wir die Projektbeschreibung sehen, sehen wir natürlich auch, wo findet das statt, wer sind die örtlichen Kooperationspartner, wie vernetzt ist so ein Projekt. Ist es irgendwo, wo es auch im Stadtgebiet gebraucht wird?“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 5)

Über die Etablierung von intensiven Informationsnetzwerken vor Ort (vgl. Jansen und Diaz-Bone, 2014, S. 78) sollen zum einen die Hilfe- und Betreuungsverfahren im konkreten Einzelfall optimiert werden. Hier geht es unter anderem um interorganisationale Informationsflüsse (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4). Zum anderen soll der allgemeinere Austausch von Erfahrungen im Feld einer Erfassung möglicher relevanter Themen und damit der Nachsteuerung im Hilfesystem dienen. Den *Welcome Points* wird dabei immer wieder eine wesentliche Bündelungsfunktion zugeschrieben, denn sie führen im Sozialraum als „Anlaufstelle“ das Hilfesystem für eine „Hilfe aus einer Hand“ konkret und unmittelbar zusammen (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4/2). Diese Bündelungslogik soll in institutionalisierter Form auch in die Strukturen des neu gegründeten Amtes überführt werden:

„Aber da habe ich in den letzten Jahren der Erfahrung im Bereich der Geflüchteten, wo es wirklich ein ganz breites Bündnis gab an Vereinen, Verbänden, Unternehmen und so weiter, wo alle ihren Beitrag geleistet haben, genau das kann man in das neue Amt mitnehmen. Das sind unsere Netzwerkpartnerinnen und mit denen werden wir uns auch weiter über unsere Themen auseinandersetzen. Das nehme ich aus der Zeit mit und das wird, glaube ich, auch stabil bleiben.“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4)

Neben diesen „naturwüchsigen“ und informell geprägten Kooperationsformen über die Arbeit am gemeinsamen Thema lässt sich das Bestreben der Akteur\_innen erkennen, zunehmend formellere Zuständigkeiten und Arbeitsabläufe zu etablieren. Diese Formalisierung ist aus Sicht der befragten Mitarbeiter\_innen über drei unterschiedliche Logiken denkbar: Beschrieben werden zum einen eine Zuständigkeitszuschreibung über rechtliche Bezüge (Rechtskreise und Sozialgesetzbücher) (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 3), eine amtsbezo-

gene und damit stark themenorientierte Zuständigkeit (Querschnitt) (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 3/2) und letztlich eine sozialräumliche/geographische Ausrichtung der Zuständigkeitszuschreibung.

### *Kooperationen und Organisationskulturen*

Wiederkehrend wird von den Gesprächspartner\_innen darauf verwiesen, dass in den Kooperationen der Institutionen und Akteur\_innen verschiedene Organisationskulturen mit entsprechenden Artefakten, Normorientierungen und Basisannahmen zusammentreffen (vgl. Ricken und Seidl 2010, S. 37). Dies entspricht der Fassung von Integration als Querschnittsthema. Die unterschiedlichen Perspektiven auf denselben Gegenstand werden überwiegend als hilfreich und zielführend beschrieben (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 3) und die Zusammenarbeit im Sinne einer fachlichen Diversität als bereichernd, wenngleich auch immer wieder die Vorbehalte anklingen, dass die unterschiedlichen Aufgaben und Zielsetzungen, Zuständigkeiten und Handlungslogiken zu interorganisationalen Friktionen führen:

„Die Ausländerbehörde, stark normativ geprägt, machen Gesetzesanwendungen und haben einen ordnungsrechtlichen Blick auf die Fälle und Personen. Dann in der Abteilung 4 die sozialarbeiterische Betreuung, Beratung, Blick aus sozialarbeiterischer, pädagogischer Sicht, setzen auf Reflexion, Feedback, individuelle Problemlagen im Blick. Dann das Flüchtlingsbüro, direkt beim OB angesiedelt, dadurch ist ein anderes Agieren innerhalb der Verwaltung möglich gewesen, Projektarbeit, Netzwerkarbeit, Überzeugen Anderer, alle mitnehmen, Krisenbewältigung, agile Organisationsform. Also drei unterschiedliche Kulturen.“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 2)

„Ich hatte mit mehr kulturellen Anpassungsschwierigkeiten gerechnet, ist aber gar nicht so. Ich glaube, dass alle inzwischen das neue Amt als Chance begreifen [...]“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4)

Spannungsfelder werden dort beschrieben, wo formale Vorgaben der Makroebene (z. B. rechtliche Rahmenbedingungen und kommunale Steuerung) mit konkreter personenbezogener Einzelfallhilfe kollidieren (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 2/4). Sozialwirtschaftsorientierte Partikularinteressen der Wohlfahrtsverbände werden als legitim akzeptiert, wenngleich auch eine stärker kompetenz- und sozialraumorientierte Zuordnung von Zuständigkeiten angedacht wird (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 2). Ebenso geht aus den Interviews hervor, dass die unterschiedlichen zentralen Personen explizit sowie implizit divergierende Vorstellungen einer „gelingenden Flüchtlingshilfe und Integration“ haben (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 3). Diese „Kulturfragen“ (vgl. Ricken und Seidl 2010) mit den Kooperationspartner\_innen, den zentralen Akteur\_innen und der Zivilgesellschaft kritisch zu diskutieren wird daher als eine fortlaufende gemeinsame Aufgabe in der Zusammenarbeit beschrieben:

„Da wäre mein Wunsch [...], dass wir da zu einer gemeinsamen Sichtweise kommen: Wie stellen wir uns Integration in Düsseldorf vor als Stadtgesellschaft? Und wie können wir [...] dazu beitragen? [...] Im Moment stehen die Forderungen von Vereinen und Projekten da im Mittelpunkt, auch zu Recht, aber ich würde gerne so eine gemeinsame, was stellen wir uns tatsäch-

lich unter Integration vor? Ist das im Sinne von Assimilation oder wollen wir eher eine diverse Gesellschaft, was heißt das, wie können wir da unsere Konflikte lösen?“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 2)

In der Gründung des neuen Amtes wird auch die Chance gesehen, die oben beschriebenen divergierenden Vorstellungen und auftretenden Konflikte organisationsintern zu klären „und erst danach nach außen [zu] treten“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 2). Ebenso wird in diesem Kontext die Zusammenlegung in ein neues Amt als Chance im Sinne einer *Street Level Bureaucracy* verstanden (vgl. Lipsky 2010), organisationale Lernprozesse (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 1) zu initiieren und eine gemeinsame kommunale Strategie zu etablieren:

„Man kann ein Ausspielen der verschiedenen Belange gegeneinander verhindern, diese Widersprüche bestehen, aber man kann amtsintern zu einer Orientierung kommen. Es passiert dann nicht mehr, dass eine Abteilung sagt, etwas geht, die andere sagt, es geht nicht. Und dass man umgekehrt Zielvereinbarungen mit externen Akteuren auch intern umsetzen kann. Zum Beispiel gibt es im rechtlichen Bereich Entscheidungsspielräume, die man unterschiedlich nutzen kann. Diese können jetzt so genutzt werden, dass es zur Strategie des Amtes, der Stadt und der Stadtgesellschaft zum Beispiel Rat, Liga passt, dass es aufeinander abgestimmt ist, als wechselseitiger Prozess. Die Chance hatten wir vorher nicht!“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 2)

In den Beschreibungen der interviewten Personen wird deutlich, dass sich die Entwicklung einer tragfähigen Flüchtlingshilfe und Integrationspolitik im stetigen Spannungsverhältnis stabiler formaler Strukturen mit einheitlichen Helfestandards einerseits und flexiblen, rückkoppelnden Arbeitsformen zur Gewährleistung der Anpassungsfähigkeit andererseits bewegt (vgl. dazu Mintzberg 1979). Einige zentrale Effekte dieser Ambivalenz werden im Folgenden netzwerk- und organisationstheoretisch genauer betrachtet.

#### *Eine organisationstheoretische Deutung zum Wandel*

Die beschriebenen inter- wie intraorganisationalen Kooperationen in der Düsseldorfer Flüchtlingshilfe zeichnen sich (insbesondere in der ersten Phase) in ihrer Ausrichtung durch die Betonung flachhierarchischer Arbeitsformen und Nutzung informeller Netzwerkstrukturen aus (vgl. Ricken und Seidl 2010). Sie können als eine gegenstandsadäquate Antwort des Hilfesystems auf die neuartigen quantitativen wie qualitativen Anforderungen, Aufgaben und Rahmenbedingungen der Migration mit ihrer großen Dynamik und ihrem hohen Komplexitätsgrad (vgl. Mintzberg 1979) interpretiert werden.

Diese beschriebenen Strukturen werden unter anderem beobachtbar in nicht-expertokratischen Kooperationen mit ehrenamtlichen Helfer\_innen, der Ad-hoc-Implementierung von intersektionalen Gremien und der Einrichtung der *Welcome Points*. Der temporäre Bruch mit formalen Organisationsstrukturen wurde durch die Spitze der Kommunalpolitik unter anderem durch die Einführung der Funktion einer Flüchtlingsbeauftragten und durch Initiierung spezieller Gremien legitimiert und vorangetrieben. Die Anbindung an einzel-

ne Personen und basisorientierte Kooperationsbemühungen sind in der Beschreibung der Interviewten weiterhin die Charakteristika der Düsseldorf Flüchtlingshilfe. Hier kommt erneut der Sozialraumbezug ins Spiel, der für das Gelingen der Arbeit als wesentlich bezeichnet wird (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 5).

Die besondere Leistungsfähigkeit des Hilfe- und Verwaltungssystems wird organisationstheoretisch über die Legitimierung und Etablierung Fayol'scher Brücken (vgl. Seibel 2017) auf inter- und intraorganisationaler Ebene hergestellt. Hierunter kann das zielgerichtete und zweckdienliche Umgehen formaler Dienstwege verstanden werden, um beispielsweise hier im konkreten Fall der Flüchtlingshilfe dysfunktionale Trägheitseffekte formaler Organisation abzumildern (vgl. ebd.). Diese Vorgehensweise scheint einerseits die notwendigen zeitnahen Entscheidungs- und Anpassungsprozesse des Hilfesystems gewährleistet zu haben. Andererseits beschreiben die Befragten, dass nun eine Etablierung von beständigen Regelstrukturen ausgehandelt und fokussiert werden soll.

Darüber hinaus werden Ressourcen- und Einflussverschiebungen im Hilfesystem beschrieben, die aus der besonderen Aktivität einzelner Akteur\_innen und Organisationen im Feld hervorgehen, und zwar bis hin zur Formung neuer Organisationen und Institutionen aus zivilgesellschaftlichem Engagement:

„[Zivilgesellschaftlicher Akteur] zum Beispiel, die sind sehr konkret einzeln angefangen, über Fachkurse, und das ist dann gewachsen, immer breiter. Bis hin, dass die jetzt gar nicht mehr in unseren Unterkünften Räumlichkeiten haben, sondern sich eigene Räumlichkeiten suchen. Und vielleicht entsteht dann irgendwann ein Verband dadraus, so sind ja auch viele Verbände entstanden sind. Aus sehr konkretem Engagement.“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 3)

Den *Welcome Points*, die sich wesentlich auf zivilgesellschaftliches, ehrenamtliches Engagement stützen und sozialräumlich ausrichten, kommt als Intermediäre in diesem Kontext eine zentrale Funktion zu. Sie können sowohl bei der Etablierung neuer Strukturen als auch bei der Schaffung von Transparenz über bestehende Strukturen mitwirken und sind als koordinierende Akteurin im Sozialraum mit Zuständigkeit für das Thema Integration von zentraler Bedeutung für die kommunale Integrationsarbeit.

## 6 Ergebnisse II: ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete<sup>12</sup>

Als Reaktion auf die wachsende (Flucht-)Zuwanderung in den Jahren seit 2015 gab es eine große, beispiellose Welle des ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete, ohne die die Unterbringung und Versorgung der Neuzugewanderten nicht möglich gewesen wären, so die einstimmige Einschätzung (siehe u. a. Gesemann und Roth 2017, S. 16, 41; Gottschalk und Zajak 2018, S. 8; Hamann et al. 2016, S. 12; Han-Broich 2015, S. 4; Han-Broich 2012, S. 93; IfD Allensbach 2017, S. 8–9; Karakayali und Kleist 2016, S. 7; Mutz und Wolff 2018, S. 55; Speth und Becker 2016, S. 11). Schiffauer (2016, S. 13) spricht von fünf bis sechs Millionen Engagierten, die in den Jahren 2015 und 2016 aktiv wurden. Nachdem diese erste Phase der niedrighschwelligigen ‚Notfallhilfe‘ für neuankommende Geflüchtete vorbei ist (Jepkens und Hauprich 2018), tritt parallel auch das ehrenamtliche Engagement in eine neue Phase ein, in der langfristige Aufgaben wie der Beziehungsaufbau und die funktionale und soziale Integration vor Ort in den Mittelpunkt treten, was stärker spezialisierte Kenntnisse erfordern kann (Mutz und Wolff 2018, S. 72).

Im Kontext der für 2015 und 2016 beschriebenen „Explosion des bürgerschaftlichen Engagements“ (Hamann et al. 2016, S. 13) ist häufig die Rede von neuen Ehrenamtlichen, die sich jedoch nach Ende dieser Anfangsphase zunehmend wieder aus dem Ehrenamt zurückziehen scheinen. Dies bezieht sich auf die besondere Gruppe derjenigen, die sich in den letzten Jahren für Geflüchtete engagieren und in ihrer Art des Engagements, ihrer Motivation und Zusammensetzung von anderen Engagierten unterscheiden (Schiffauer 2016; Karakayali und Kleist 2016; siehe auch Blickhäuser 2016; Gesemann und Roth 2017, S. 16; Gottschalk und Zajak 2018, S. 8–10; IfD Allensbach 2017, S. 9; Mutz und Wolff 2018).

Wie weiter oben beschrieben (siehe Kapitel 3.2) bekam das Thema des ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete im Projektverlauf auch für INTESO eine hohe Relevanz. Aus dem Projekt gab es an zahlreichen Stellen Hinweise darauf, dass diese veränderten Rahmenbedingungen, aber auch Friktionen in der Kooperation mit anderen Personen und Institutionen, Herausforderungen für die ehrenamtlich Engagierten darstellen. Diese Gruppe und ihre Zusammensetzung, Tätigkeiten und Wahrnehmungen in Bezug auf die Stadt Düsseldorf und die *Welcome Points* zu erfassen, war das Ziel der INTESO-Online-Befragung, deren zentrale Ergebnisse im Folgenden vorgestellt werden.

---

<sup>12</sup> Dieses Kapitel basiert auf dem INTESO Working Paper Nr. 5: „Ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten: Situation, Herausforderungen, Bedarfe. Ergebnisse einer Online-Befragung ehren- und hauptamtlich Tätiger in Düsseldorf“.

## **6.1 Die Teilnehmer\_innen: soziodemographische Struktur, Tätigkeitsfelder und Motive**

Im Erhebungszeitraum nahmen 250 Personen an der Befragung teil. Von diesen Datensätzen konnten 184 für den hier vorliegenden Bericht verwertet werden. Von diesen 184 in die Auswertung einbezogenen Fällen waren 48 % (89 Personen) ehrenamtlich und 52 % (95 Personen) hauptamtlich tätig<sup>13</sup>. Im Folgenden wird diese Stichprobe hinsichtlich ihrer soziodemographischen Struktur beschrieben und darüber hinaus werden Tätigkeiten und Arbeitsfelder Ehren- und Hauptamtlicher sowie die geäußerten Motive Ehrenamtlicher für ihre ehrenamtliche Tätigkeit erläutert.

### **6.1.1 Soziodemographische Struktur**

Von den 184 Befragten identifizierten sich 29 % als männlich, 67 % als weiblich. 95 % der Befragten gaben an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu haben, 15 % hatten einen Migrationshintergrund. In der Stadt Düsseldorf liegt der Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund mit 46,1 % deutlich über diesem Wert (Stadt Düsseldorf 2019c). Der überwiegende Großteil der befragten Ehrenamtlichen (97 %) wohnte in Düsseldorf. 90 % der Befragten verfügten über die (Fach-)Hochschulreife und 82 % über einen akademischen Abschluss an einer (Fach-)Hochschule. Während der überwiegende Großteil der hauptamtlich Tätigen in Vollzeit berufstätig war (78 %), war fast die Hälfte der ehrenamtlich Tätigen Rentner\_innen oder Pensionär\_innen (48 %).

Die Zusammensetzung insbesondere der Gruppe der Ehrenamtlichen weicht dabei in einigen Merkmalen von diesbezüglichen Ergebnissen anderer Studien zum ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete ab. So zeigen gleich mehrere Studien, dass die Engagierten im Bereich der Fluchtmigration eher jung sind und sich zu großen Teilen z. B. aus Studierenden zusammensetzen (Karakayali und Kleist 2016, S. 13; Gottschalk und Zajak, S. 9) und dass andernorts viele Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund im Engagement für Geflüchtete aktiv sind (Karakayali und Kleist 2016, S. 18; Blickhäuser 2016, S. 140; Han-Broich 2012, S. 94; Gottschalk und Zajak, S. 9; IfD Allensbach 2017, S. 22). Lediglich eine Studie, die sich ebenfalls auf Nordrhein-Westfalen bezieht, kommt bezüglich des Alters und Migrationshintergrunds auf ähnliche Verteilungen (Dymarz 2018, S. 22f.)<sup>14</sup>.

Weitere Merkmale hingegen werden auch in anderen Studien in ähnlicher Verteilung wiedergefunden, z. B. das überdurchschnittlich hohe Bildungsniveau oder die Überrepräsentation von Frauen unter den ehrenamtlich Engagierten (Kleist und Karakayli 2016, S. 9; Gottschalk

---

<sup>13</sup> Diese Zahlen geben die Selbstzuordnung der Befragten wieder.

<sup>14</sup> Ein Großteil der anderen Daten, auf die hier und im Folgenden Bezug genommen wird, stammt aus den Jahren 2015 und 2016. Bezüglich der Abweichungen zu unseren Ergebnissen ist es möglich, dass sich die soziodemographischen Merkmale und die Motivlage der Ehrenamtlichen sowie organisatorische Strukturen in der Zwischenzeit geändert haben.

und Zajak 2018, S. 9; IfD Allensbach 2017, S. 21; Mutz und Wolff 2018, S. 55; Dymarz 2018, S. 21–23), wobei vor allem der hohe Anteil an Frauen für das Engagementfeld der Flucht-migration spezifisch zu sein scheint.

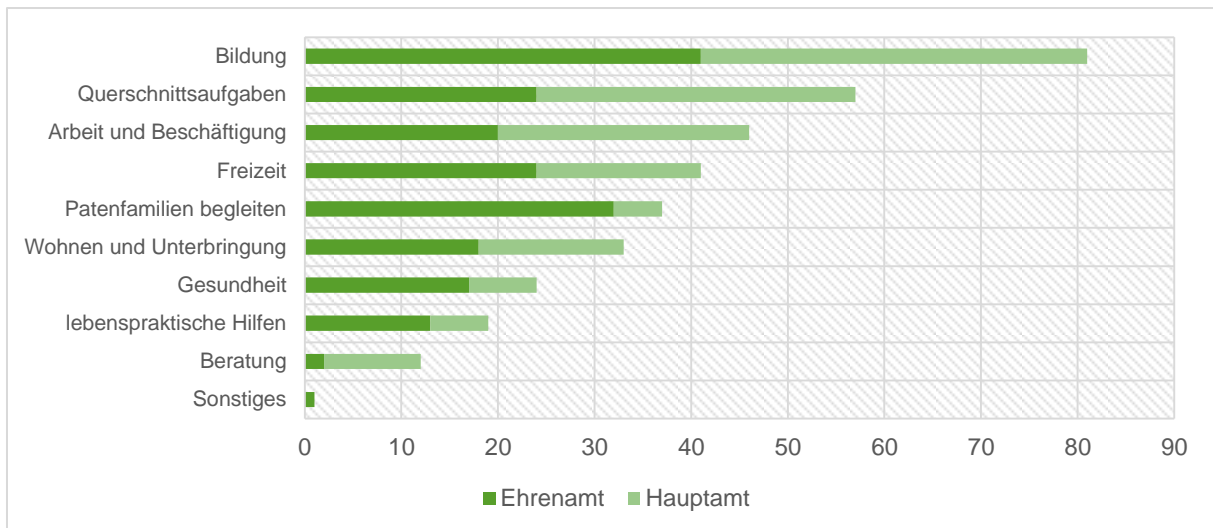
Zusammenfassen lässt sich, dass die Befragten überwiegend überdurchschnittlich hoch gebildet und qualifiziert sind (zum Vergleich mit der Bevölkerungsstruktur Deutschlands siehe IfD Allensbach 2017, S. 21f.). Außerdem hat nur ein geringer Anteil von Personen, die selbst einen Migrationshintergrund haben, an der Befragung teilgenommen, v. a. unter den Ehrenamtlichen<sup>15</sup>. Viele der Ehrenamtlichen sind pensioniert oder verrentet und somit älter. Beim ehrenamtlichen Engagement scheint die räumliche Nähe – und somit der Sozialraum – eine große Rolle zu spielen, da fast alle in Düsseldorf wohnen und sich engagieren.

### **6.1.2 Tätigkeiten und Arbeitsfelder**

Bezüglich der Tätigkeiten und deren Rahmenbedingungen lassen sich Unterschiede zwischen den haupt- und ehrenamtlich Tätigen erkennen (siehe Abbildung 8). Es bestätigen sich Ergebnisse des Projekts aus anderen Erhebungen, die bereits auf die hohe quantitative Bedeutung des Felds „Querschnittsaufgaben“ hingewiesen hatten (siehe Kapitel 5, insbesondere 5.2). Dieses umfasst die Bereiche Kommunikation, Koordination und Organisation und wird auch hier von beiden Gruppen häufig genannt. Zudem wird sichtbar, dass im Feld „Bildung“, das u. a. Kita, Schule, Ausbildung, aber auch Sprachkurse umfasst, die meisten Befragten tätig sind. Darauf, dass im Bildungsbereich bereits viel und auch erfolgreich gearbeitet wird, wiesen ebenfalls bereits vorherige Ergebnisse hin (vgl. Schlee und Jepkens 2017b, S. 16). Zudem zeigt sich, dass Ehrenamtliche v. a. in der Begleitung von „Pat\_innenfamilien“ deutlich stärker vertreten sind als Hauptamtliche, während sie sich seltener im Feld „Beratung“ betätigen.

---

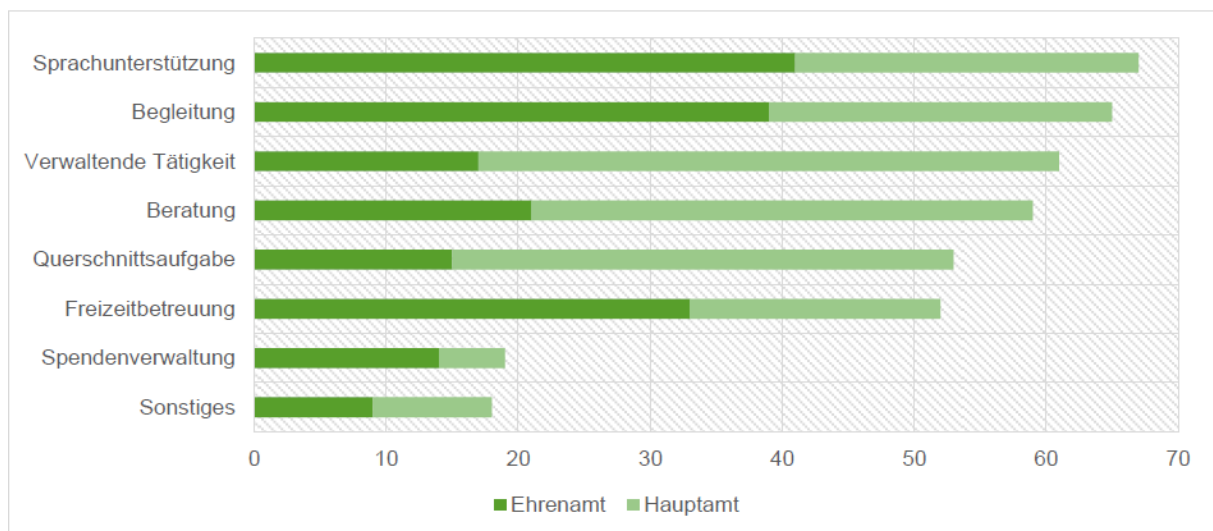
<sup>15</sup> Eine kritische Auseinandersetzung mit der Faszination für „andere Kulturen“, der „Adressierung von Minderheiten durch mehrheitsangehörige Akteur\_innen“ und dem eingeschriebenen Machtverhältnis findet sich u. a. bei Kopahnke 2017 (S. 565–567).



**Abbildung 8: Arbeitsfelder der befragten Ehren- und Hauptamtlichen**

Frage: „In welchem Bereich/Feld der Flüchtlingsarbeit sind Sie schwerpunktmäßig tätig?“ Häufigkeit der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich (n = 184).

Des Weiteren wurden die Teilnehmenden zu ihren konkreten Tätigkeiten in den jeweiligen Arbeitsfeldern befragt. Hier zeigen sich ebenfalls klar unterschiedliche Schwerpunkte Ehren- und Hauptamtlicher (siehe Abbildung 9). Während die Hauptamtlichen vor allem im Bereich der Beratung, Querschnittsaufgaben und Verwaltung stärker vertreten sind, sind die Ehrenamtlichen im Bereich der Spendenverwaltung, z. B. in Kleiderkammern, in der Freizeitbetreuung, bei der Sprachunterstützung sowie bei der Begleitung, z. B. zu Behörden oder Ärzt\_innen, häufiger als hauptamtliche Kräfte tätig.

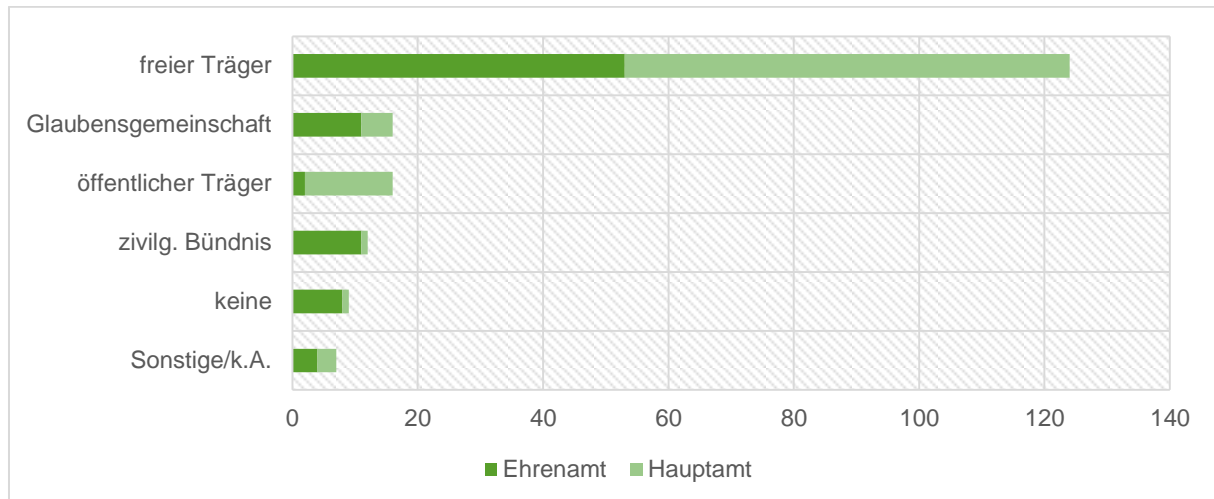


**Abbildung 9: Tätigkeiten der Befragten Ehren- und Hauptamtlichen**

Frage: "Welcher Tätigkeit in der Flüchtlingsarbeit gehen Sie hauptsächlich nach?" Häufigkeit der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich (n = 184).



Mit 95 % gab der überwiegende Teil aller Befragten an, in ihrer Tätigkeit organisational angebunden zu sein, z. B. an einen öffentlichen oder freien Träger oder ein zivilgesellschaftliches Bündnis. Lediglich 5 % der Befragten arbeiteten selbständig ohne Bindung an eine Organisation (siehe Abbildung 10).



**Abbildung 10: Trägerschaft ehren- und hauptamtlicher Tätigkeit**

Frage: „Wer ist Träger der Organisation, in der Sie tätig sind?“ Häufigkeit der Nennungen (n = 184).

Anhand der Antworten wird die hohe Relevanz bestätigt, die den freien Trägern, zentral den großen Wohlfahrtsverbänden, zukommt, die hier mit Abstand die größte Rolle bei der Bündelung sowohl ehren- als auch hauptamtlichen Engagements spielen: An diese sind über zwei Drittel der Befragten angebunden. Die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände zur Bündelung ehrenamtlichen Engagements und als Träger hauptamtlicher Tätigkeit wurde bereits in anderen Erhebungen des Projekts deutlich (siehe Kapitel 5). Dass sie in dieser Befragung eine so herausragende Rolle auch im Bereich Ehrenamt spielen, kann darauf zurückzuführen sein, dass die Befragung über die Ehrenamtskoordinator\_innen der Wohlfahrtsverbände und über die *Welcome Points* verbreitet wurde, wobei Letztere ebenfalls weit überwiegend in der Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden sind. Auch die Sozialbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete, die ein konkreter Anlaufpunkt für potenzielle Ehrenamtliche sein können, wird von den Wohlfahrtsverbänden geleistet.

Die meisten anderen Studien zum Engagementfeld Fluchtmigration zeigen andere Strukturen auf; die Rede vom ‚neuen Ehrenamt‘ impliziert dies bereits. So lässt sich vielfach die deutlich größere Rolle eigeninitiativer, selbstorganisierter Engagementformen – sowohl in Form von Flüchtlingsinitiativen/Helferkreisen als auch in Form der Aktivität von Einzelpersonen – gegenüber den traditionellen Wohlfahrtsverbänden erkennen (Hamann et al. 2016, S. 13; IfD Allensbach 2017, S. 28; Blickhäuser 2016, S. 141; Karakayali und Kleist 2016, S. 22, Gottschalk und Zajak 2018, S. 10; Mutz und Wolff 2018, S. 58f.). Blickhäuser spricht in diesem Kontext beispielsweise vom „selbst organisierten Bürgerschaftlichen Engagement“

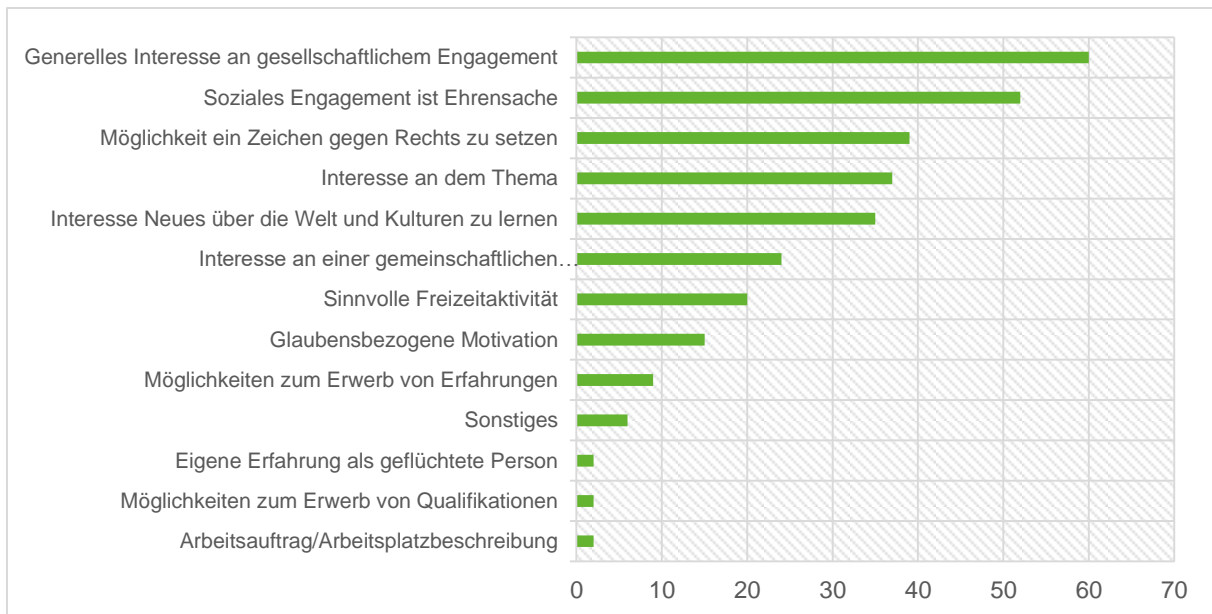
(2016, S. 144), Gottschalk und Zajak gar von „Veränderungen der organisationalen Engagement-Infrastruktur“ (2018, S. 10). Gesemann und Roth bestätigen dies, zeigen zugleich aber ebenfalls auf, dass durchaus auch „die klassischen Akteure“ (2017, S. 42) vom gestiegenen Engagement profitieren konnten (siehe auch Dymarz 2018). Vor diesem Hintergrund lohnt ein genauerer Blick auf die ehrenamtlich Tätigen.

### **6.1.3 Motive ehrenamtlich Engagierter**

Das Engagement für Geflüchtete wird, im Gegensatz zu dem in anderen Feldern, als stark politisch beschrieben (Schiffauer 2016; Speth und Becker 2016, S. 37f.; Gottschalk und Zajak 2018, S. 8). Dies bezieht sich auch auf die Motivation zum Engagement. Hier geben die von uns Befragten jedoch vor allem an, ehrenamtliches Engagement als Selbstzweck zu begreifen (siehe Abbildung 11; z. B. „Engagement ist Ehrensache“, „Interesse an gesellschaftlichem Engagement“) und/oder ein Interesse spezifisch an der Arbeit mit geflüchteten Menschen als Zielgruppe zu haben (z. B. „Zeichen gegen rechts zu setzen“, „Neues über die Welt und Kulturen zu lernen“). Aber auch die sinnvolle Gestaltung der eigenen Freizeit in der Gemeinschaft mit Anderen spielte eine Rolle.

Die Möglichkeit der eigenen Weiterentwicklung durch den Erwerb neuer Fähigkeiten und Erfahrungen hingegen spielte eine untergeordnete Rolle. Nichtsdestotrotz werden Angebote zur Vermittlung von (Fach-)Wissen bzw. zur Vermittlung persönlicher Kompetenzen, auf die ein Großteil der Ehrenamtlichen (78 %) zurückgreifen kann, von vielen der ehrenamtlich Tätigen (von 83 % für (Fach-)Wissen bzw. 70 % für persönliche Kompetenzen) genutzt.

Diese heterogene, „multimotivierte“ Motivlage (Moschner 2002, S. 8) kann als einigermaßen typisch für ehrenamtliches Engagement bezeichnet werden (siehe Moschner 2002); von Rosenblatt (2000, S. 9) fasst dies so zusammen: „Das gängigste Motivbündel verbindet Spaß an der Sache und Altruismus. Wichtig ist einem: dass die Tätigkeit Spaß macht; dass man mit sympathischen Menschen zusammenkommt; etwas für das Gemeinwohl zu tun; anderen Menschen zu helfen.“ Dies zeigt sich in ähnlicher Weise auch in anderen Studien zum ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete (Karakayali und Kleist 2016, S. 30–33; Dymarz 2018, S. 30).



**Abbildung 11: Motive für ehrenamtliches Engagement**

Frage: „Was waren die Beweggründe für Ihr Engagement in der Flüchtlingsarbeit?“ Häufigkeit der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich (n = 89).

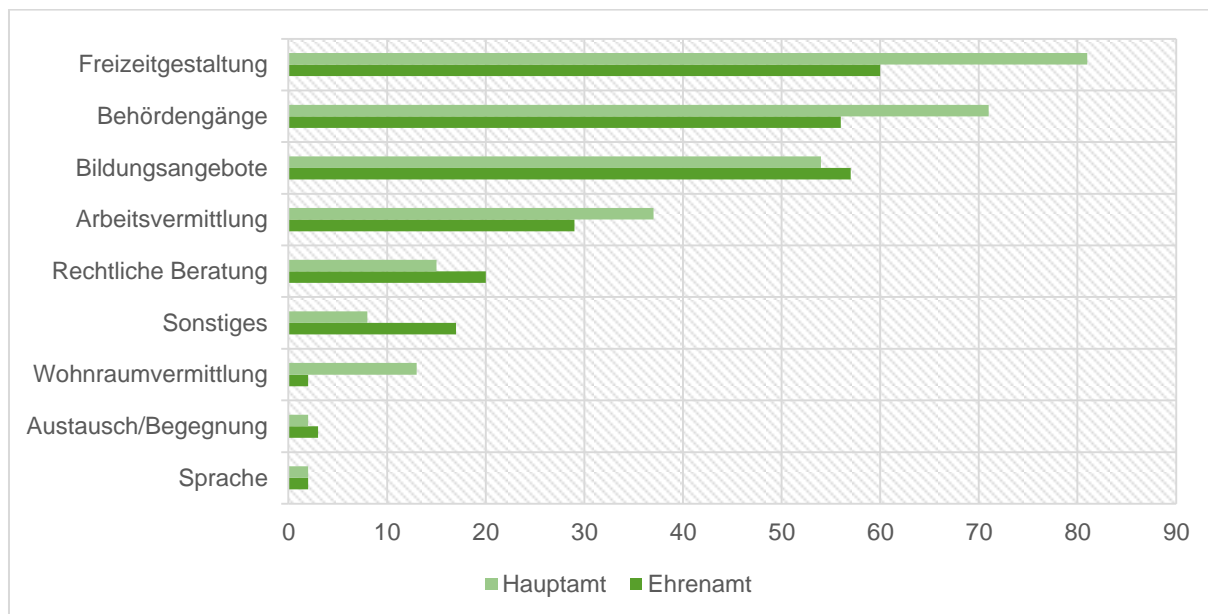
Bei der Unterscheidung in altruistische und egoistische Motive wird sichtbar, dass Frauen altruistische Motive stärker betonen. Ebenso gilt, dass solche Motive eher durch das ‚klassische‘ Ehrenamt angegeben werden als durch neue soziale Bewegungen: „Dabei sind Selbstbezogenheit, Spaßprinzip und biographische Subjektorientierung als charakteristische Merkmale für das ‚neue‘ Ehrenamt und Altruismus, Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung eher für das ‚alte‘ Ehrenamt bestimmend.“ (Han-Broich 2012, S. 82) Dass diese altruistischen Motive bei den Befragten im Vordergrund stehen, passt folglich zu den Ergebnissen, die die befragten Ehrenamtlichen eher dem klassischen, ‚alten‘ Ehrenamt zuordnen.

## 6.2 Zusammenarbeit ehren- und hauptamtlich Tätiger

Anhand der Analyse von Ergebnissen aus Erhebungen des Projekts INTESO wurden wiederholt mögliche Friktionen in der Zusammenarbeit von ehren- und hauptamtlich Tätigen in der Arbeit mit Geflüchteten sichtbar (vgl. u. a. Jepkens und Hauprich 2018, S. 11; Schlee und Jepkens 2017b, S. 12f., 20). Dem folgend möchten wir diesen Aspekt im Weiteren genauer beleuchten.

80 % der Ehrenamtlichen und 85 % der Hauptamtlichen gaben an, dass die Möglichkeit zum Austausch zwischen ehren- und hauptamtlich Tätigen im Kontext ihrer Tätigkeit gegeben sei; 85 % davon nutzten die vorhandenen Angebote zum Austausch auch. Einigkeit herrscht bei den Befragten darüber, dass ehrenamtliches Engagement hauptamtliche Tätigkeiten insbesondere bei der Freizeitgestaltung und der Begleitung bei Behördengängen unterstützen und entlasten kann (siehe Abbildung 12). Darüber hinaus sehen die Ehrenamtlichen ihr Unterstützungspotenzial bei der rechtlichen Beratung und bei Bildungsangeboten stärker, als dies

die Hauptamtlichen wahrnehmen. Die Hauptamtlichen geben zudem an, dass ehrenamtliche Hilfe bei der Vermittlung von Wohnraum und Arbeit besonders unterstützend sein kann.



**Abbildung 12: Unterstützung Hauptamtlicher durch Ehrenamtliche**

Frage: „In welchen Bereichen sollten Ehrenamtliche die Arbeit von Hauptamtlichen unterstützen?“ Häufigkeit der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich (n = 184).

Zur Rolle der Ehrenamtlichen im Arbeitsfeld Flucht und Migration insgesamt und zu den unterschiedlichen Ressourcen, aber auch Hindernissen bei der Kooperation Ehren- und Hauptamtlicher kamen die Befragten zu einer vorwiegend positiven Einschätzung. So sind sich die befragten ehren- und hauptamtlich Tätigen weitestgehend einig, dass das soziale Ankommen für die Geflüchteten durch ehrenamtliches Engagement erleichtert wird (siehe Tabelle 3, Nr. 1).

Bezüglich der Vorteile, die ehrenamtliches Engagement gegenüber hauptamtlicher Arbeit möglicherweise haben kann (z. B. der im Vergleich zu Hauptamtlichen intensivere bzw. regelmäßiger Kontakt zu und vertrautere Umgang mit den Geflüchteten oder die bessere eigene Integration vor Ort), zeigt sich, dass die befragten Ehrenamtlichen diese häufiger gegeben sehen als die befragten Hauptamtlichen (siehe Nr. 6 – 9).

Aussage	Zustimmung (stimme voll/eher zu) (n = 184)	Zustimmung Ehrenamt (n = 89)	Zustimmung Hauptamt (n = 95)
1. Durch ehrenamtliches Engagement wird den geflüchteten Personen das (soziale) Ankommen erleichtert.	86 %	88 %	84 %
2. Der Austausch zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitenden soll gefördert werden.	79 %	75 %	82 %

3. Ehrenamtliche Angebote zeichnen sich durch Kontinuität aus.	57 %	66 %	47 %
4. Die Tätigkeit von Ehrenamtlichen wird wertgeschätzt.	50 %	48 %	52 %
5. Die Ehrenamtlichen sollen stärker in die Arbeitsorganisationen (beispielsweise Planungen) eingebunden werden.	49 %	55 %	43 %
6. Ehrenamtliche haben einen vertrauteren Umgang mit den Betroffenen als Hauptamtliche.	48 %	61 %	37 %
7. Ehrenamtliche haben einen regelmäßigeren Kontakt zu den Betroffenen als Hauptamtliche.	45 %	60 %	32 %
8. Ehrenamtliche haben einen intensiveren Kontakt zu den Betroffenen als Hauptamtliche.	41 %	55 %	28 %
9. Ehrenamtliche sind besser vor Ort integriert als Hauptamtliche.	38 %	52 %	19 %
10. Die Koordination zwischen Ehrenamt und Fachkräften funktioniert.	28 %	27 %	29 %
11. Die Ehrenamtlichen sollten für ihre Tätigkeiten bezahlt werden.	24 %	15 %	34 %
12. Ehrenamtliche Helfer_innen sind gut qualifiziert.	21 %	27 %	16 %
13. Ehrenamtliche und Hauptamtliche stehen in Konkurrenz zueinander.	4 %	6 %	3 %

**Tabelle 3: Ehrenamtliches Engagement als Ressource**

Frage: „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu bzw. nicht zu?“

Eine Konkurrenz zwischen den Gruppen der ehren- und der hauptamtlich Tätigen sahen beide Gruppen nicht (Nr. 13). Dies kann z. B. auf die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche zurückzuführen sein oder darauf, dass sich die Ehrenamtlichen in der Position sehen, das aufzufangen und zu überbrücken, was von anderen Stellen (hauptamtlich) vorübergehend nicht geleistet werden kann (Hamann et al. 2016, S. 50). Allerdings bewerten sowohl die haupt- als auch die ehrenamtlich Tätigen die aktuelle Situation insofern kritisch, als nur eine Minderheit zu der Einschätzung kommt, dass die Koordination von Ehren- und Hauptamtlichen funktioniert (Nr. 10). Dem folgend wünschen sich beide Gruppen mehr Austausch miteinander, wobei ein höherer Anteil der Hauptamtlichen hier Förderbedarf sieht, wohingegen die Ehrenamtlichen sich darüber hinaus mehrheitlich eine stärkere Einbindung in die Arbeitsorganisation und Planung wünschen (Nr. 5).

Aus den Antworten wird insgesamt eine große Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements durch die hauptamtlichen Kräfte deutlich. Zudem sehen sich beide Gruppen nicht in Konkurrenz miteinander. Die Koordination zwischen beiden Gruppen weist dennoch Entwicklungsbedarf auf. Blickhäuser (2016, S. 142) benennt neben der bereits angeführten Wertschätzung u. a. klare Absprachen, Zuständigkeiten und Anforderungen als Kriterien für die gelin-

gende Zusammenarbeit Ehren- und Hauptamtlicher. Diese Punkte weisen über die konkrete Zusammenarbeit in Einzelsituationen hinaus und lenken den Blick auf die Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Tätigkeit. Diese sollen im folgenden Abschnitt näher betrachtet werden.

### 6.3 Gelingensfaktoren für die (ehrenamtliche) Arbeit im Feld Flucht/Migration

Das Tätigkeitsfeld Flucht und Migration ist eines, das sich im Zuge der starken Veränderungen seit 2014 im Wandel und stetigen Anpassungsprozess befindet. Nach einer „Eingangsphase“ und einer „Interimsphase“ ist davon auszugehen, dass sich die Arbeit nunmehr in einer „Steuerungsphase“ befindet, in der eine ‚Ver-Regelung‘ der neuen Phänomene und Probleme eintritt (ebd.). Jede dieser Phasen birgt spezifische Chancen und Risiken, die wir im Rahmen der Online-Befragung zu erfassen versuchen, indem wir gezielt nach erfolgsfördernden bzw. -hemmenden Faktoren in der Arbeit mit Geflüchteten fragen. Die Antworten (Freitext) wurden von uns zu Kategorien zusammengefasst und die so herausgearbeiteten förderlichen bzw. hinderlichen Faktoren (in der Tabelle mit + bzw. - gekennzeichnet) schließlich den Ebenen „Struktur“, „Interaktion“ oder „Individuum“ zugeordnet, wie in Tabelle 4 zu sehen.

<b>Struktur</b>	<b>Gesamt</b>	<b>237</b>
- strukturelle Defizite des Hilfesystems		41
- Ressourcenmangel		39
- rechtliche und politische Rahmenbedingungen		25
- gesellschaftliche Rahmenbedingungen		23
- Konkurrenz		10
+ Bereitstellung von Ressourcen		30
+ Vernetzung und Kooperation des Hilfesystems		69
<b>Interaktion</b>	<b>Gesamt</b>	<b>134</b>
- Sprachbarrieren		30
- fehlende Zusammenarbeit		23
- Intransparenz		13
+ Kommunikation innerhalb des Hilfesystems		26
+ Arbeitsbeziehung zu den Geflüchteten		42
<b>Individuum</b>	<b>Gesamt</b>	<b>88</b>
- Einstellung der Geflüchteten		16
- Wissensdefizite		9
- Kompetenzdefizite		8
+ Merkmale der Geflüchteten		5
+ Merkmale der Mitarbeiter_innen: Fachwissen		25
+ Merkmale der Mitarbeiter_innen: Kompetenzen		25

**Tabelle 4: Hinderliche und förderliche Faktoren im Arbeitsfeld Fluchtmigration**

Fragen: „Welche Faktoren sind für Ihre Tätigkeit mit Flüchtlingen besonders erfolgshemmend/erfolgsfördernd?“

### 6.3.1 Strukturelle Faktoren

Es wird sichtbar, dass die meisten Antworten die strukturelle Ebene betreffen – sowohl die meisten hinderlichen als auch die meisten förderlichen Faktoren werden dort gesehen. Als förderlich benannten die Befragten vor allem die *Vernetzung und Kooperation* innerhalb des Hilfesystems. Darunter fallen z. B. zuvor bestehende oder neu aufgebaute individuelle Kontakte und Beziehungen, aber auch Vernetzung, Kooperation und Zusammenarbeit in institutionalisierter Form mit anderen Personen und/oder Institutionen. Die zentrale Rolle, die gelingende Zusammenarbeit für die Arbeit im Engagementfeld Fluchtmigration spielt, beschreiben ebenfalls Mutz und Wolff (2018, S. 58), während andernorts die fehlende Zusammenarbeit als Herausforderung der befragten Engagierten ausgemacht (Dymarz 2018, S. 42) und auch die schnellere und bessere Zusammenarbeit der Beteiligten als Bedarf benannt wird (IfD Allensbach 2017, S. 44).

Als wichtige hinderliche Faktoren werden passend dazu in der vorliegenden Studie *strukturelle Defizite des Hilfesystems* (unnötige Bürokratie, mangelnde Flexibilität, lange Bearbeitungszeiten, mangelnde Erreichbarkeit von Behörden) sowie die *Konkurrenz innerhalb des Hilfesystems* genannt. Auch diese Nennungen finden sich in anderen Studien wieder, v. a. in Hinblick auf die langen Bearbeitungs- und Wartezeiten (Dymarz 2018, S. 42; Mutz und Wolff 2018, S. 58) sowie den „Bürokratismus“ (Dymarz 2018, S. 41), „Bürokratiewahnsinn“ (Gottschalk und Zajak 2018, S. 10) oder die „Behördenschikane“ (Dymarz 2018, S. 36).

Aber auch *gesellschaftliche Rahmenbedingungen* (z. B. die negative Berichterstattung der Medien über Geflüchtete, die gesellschaftliche Stimmung, der Wohnungsmarkt) und die *rechtliche Situation Geflüchteter* (unsichere Bleibeperspektiven, strenge Wohnsitzauflage) wurden als Hindernisse benannt.

Als weiterer struktureller Faktor, der sich hinderlich oder förderlich auswirken kann, werden vorhandene bzw. fehlende *Ressourcen* angeführt (auch bei IfD Allensbach 2017, S. 44; Dymarz 2018, S. 38, 42). Damit sind neben finanziellen Mitteln auch Personal oder Räume gemeint, deren Verfügbarkeit Einfluss auf die Gestaltungsmöglichkeiten der eigenen Tätigkeit nimmt.

### 6.3.2 Interaktionsebene

Auf Ebene der Interaktion finden sich Details der weiter oben unter ‚Vernetzung und Kooperation‘ gefassten Faktoren wieder. Gute Absprache und Kommunikation miteinander sowie das Stattfinden eines Austauschs aller Beteiligten, und zwar arbeitsfeld-, träger- und statusübergreifend, wurden hier als zentrale Gelingensfaktoren benannt. Dies betrifft nicht nur die Beziehungen der ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen untereinander, sondern vor allem deren jeweilige Arbeitsbeziehung zu den Geflüchteten, die ihre Unterstützung in Anspruch

nehmen. Hier werden eine persönliche Ansprache zu Beginn sowie dauerhafter persönlicher Kontakt auf Augenhöhe und kontinuierliche Beziehungsarbeit als Voraussetzungen für eine gute und gelingende Arbeit bezeichnet. Die Sprachbarrieren, die einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Wege stehen können, werden als hinderlicher Faktor dazu angeführt, ebenso wie Intransparenz – in Bezug auf Entscheidungen, aber auch auf verfügbare Angebote und Leistungen – und die fehlende Zusammenarbeit, explizit auch zwischen ehren- und hauptamtlich Tätigen.

### **6.3.3 Individuelle Ebene**

Als individuelle Voraussetzungen für gelingende Arbeit werden vor allem Kompetenzen und Kenntnisse derjenigen genannt, die in diesem Feld tätig werden. Dazu gehören beispielsweise Empathie und Offenheit als notwendige Grundhaltung sowie spezifische Fach- und auch Sprachkenntnisse zur Bearbeitung konkreter Anliegen. Aber gleichfalls die Einstellung und Kenntnisse der Geflüchteten selbst werden als wichtige Faktoren beschrieben, vor allem die aus Sicht der befragten mangelnden Bildungsaspirationen Geflüchteter in Hinblick auf eigene Kinder sowie die mangelnde Bereitschaft zu Pünktlichkeit oder Zuverlässigkeit (siehe auch IfD Allensbach 2016, S. 38; Dymarz 2018, S. 37; Mutz und Wolff 2018, S. 67). Unangemessene und unpassende Erwartungshaltungen sowohl auf Seiten der im Bereich Flucht/Migration Tätigen als auch auf Seiten der Geflüchteten wurden weiter als ungünstige Voraussetzung für eine gelingende, erfolgreiche Arbeit genannt.

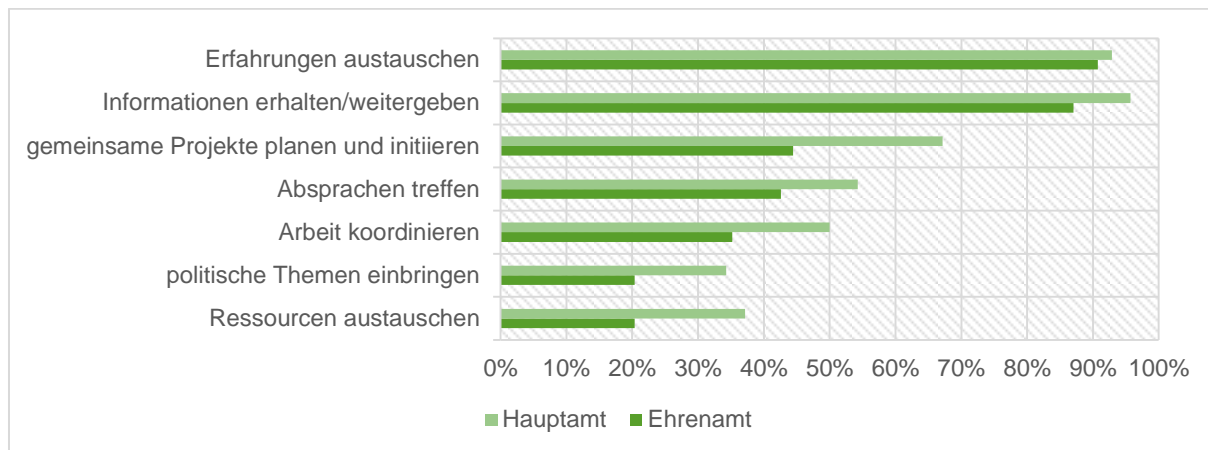
Aus den Ergebnissen lässt sich erneut der hohe Stellenwert von Vernetzung und Kooperation für gelingende Arbeit vor Ort ablesen. Einen möglichen Effekt misslingender Vernetzung und Kooperation zeigt das IfD Allensbach in seiner Studie auf: Engagierte, die eine „schlechte Koordination der Hilfe“ sehen, beschreiben besonders häufig, dass die davon betroffenen Ehrenamtlichen frustriert seien (IfD Allensbach 2017, S. 41). Hier stellt sich folglich die Frage, welche Auswirkungen gelingende bzw. misslingende Zusammenarbeit und Kommunikation für die Aufrechterhaltung ehrenamtlichen Engagements haben können.

## **6.4 Vernetzung und Kooperation zwischen Ehrenamt und Hauptamt**

Das Thema der Vernetzung und Kooperation steht und stand im Forschungsprojekt INTESO stets im Fokus des Interesses (siehe Kapitel 5, vgl. auch Jepkens und Hauprich 2018; Schlee und Jepkens 2017b). Im Rahmen der Online-Befragung wurden die Teilnehmer\_innen ebenfalls zu ihrer Teilnahme an Netzwerk- oder Kooperationstreffen, ihren Nutzungsgründen und ihrer Wahrnehmung solcher Treffen befragt. Unter den Teilnehmer\_innen gaben 61 % der Ehrenamtlichen und 74 % der Hauptamtlichen an, im Rahmen der eigenen Tätigkeit mit Geflüchteten an Netzwerks- oder Kooperationstreffen (z. B. Runden Tischen, Arbeitskreisen, Stadtteilkonferenzen) teilzunehmen. Sie nutzen diese Treffen vor allem für den Austausch von Informationen und Erfahrungen (siehe Abbildung 13). Insbesondere



Hauptamtlichen dienen die Treffen auch aus Gründen der Planung und Initiierung gemeinsamer Projekte oder zum Treffen konkreter Absprachen. Weniger häufig werden die Treffen genutzt, um politische Themen dort einzubringen oder direkt Ressourcen zwischen den Anwesenden auszutauschen.



**Abbildung 13: Nutzung von Vernetzungstreffen**

Frage: „Aus welchen Gründen nutzen Sie solche Netzwerks- und Kooperationstreffen?“ Häufigkeit der Nennungen, Mehrfachnennung möglich (n = 124).

Beim näheren Blick auf die Aussagen werden Unterschiede zwischen der Wahrnehmung der Ehren- und der Hauptamtlichen sichtbar. Den Ablauf und die Organisation der Netzwerktreffen empfanden die Ehrenamtlichen als weniger formell als die Hauptamtlichen. Zudem konzentrieren sich ihre Netzwerkaktivitäten stärker auf Personen, die aus der eigenen Organisation stammen, während Hauptamtliche demgegenüber stärker interorganisational vernetzt sind.

Insgesamt bewerten die Ehrenamtlichen die Netzwerktreffen, an denen sie teilnehmen, weniger positiv als die befragten Hauptamtlichen (siehe Tabelle 5). Beispielsweise zeigen sich Unterschiede in der subjektiven Wirkmächtigkeit, die die Gruppen beschreiben (Nr. 5 und 6) – hier liegen die Werte der Gruppe der Ehrenamtlichen deutlich unter denen der Hauptamtlichen, ebenso sehen sie weniger die Chance, eigene Interessen und Positionen zu sichern, während sie häufiger angeben, dass bestimmte Personen oder Gruppen ihre Interessen besser als andere durchsetzen bzw. stärkeren Einfluss als andere nehmen können (Nr. 9 und 10).

Aussage	Zustimmung (stimme voll/eher zu) (n = 124)	Zustimmung Ehrenamt (n = 54)	Zustimmung Hauptamt (n = 70)
1. Die Teilnehmer_innen der Treffen arbeiten an gemeinsamen Zielen.	62 %	56 %	67 %
2. Die Teilnehmer_innen der Treffen haben ein Wir-Gefühl/Gemeinschaftsgefühl.	44 %	44 %	43 %

3. Durch die Zusammenarbeit können Dinge verwirklicht werden, die die einzelnen Teilnehmer_innen sonst nicht verwirklichen könnten.	58 %	61 %	56 %
4. Ich profitiere von den Treffen.	65 %	59 %	69 %
5. Die anderen Teilnehmer_innen profitieren von meiner Teilnahme an den Treffen.	52 %	31 %	69 %
6. Meine Mitarbeit bei diesen Treffen hat Wirkungen.	48 %	26 %	66 %
7. Durch die Teilnahme habe ich die Möglichkeit, die eigene Position und eigene Interessen zu sichern.	37 %	28 %	44 %
8. Unter den Teilnehmer_innen bilden sich bestimmte Gruppen und Cliques heraus.	19 %	20 %	19 %
9. Einzelne Personen haben bei den Treffen stärkeren Einfluss auf die Arbeit als andere.	49 %	54 %	46 %
10. Einige Teilnehmer_innen können stärker ihre Interessen durchsetzen als andere.	48 %	59 %	39 %
11. Unter den Teilnehmer_innen kommt es auch zu Konkurrenzen.	25 %	22 %	27 %

**Tabelle 5: Eigenschaften der Netzwerktreffen**

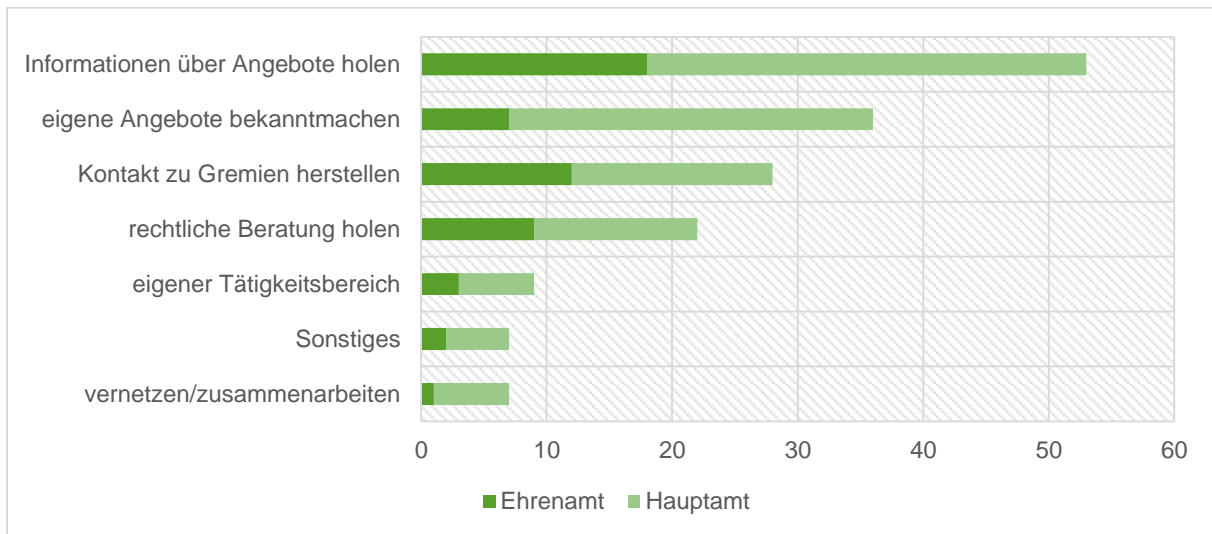
Frage: „Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu den Netzwerk- und Kooperationstreffen zu?“ Gültige % (n = 124).

Die hier erfasste Abstimmung des Engagements für Geflüchtete über Netzwerk- und Kooperationstreffen lässt sich mit Hamann et al. (2016) als Netzwerk-Koordination bezeichnen. Alternative Formen der Koordination wären die reine Initiativen-Koordination (intraorganisational) und die zentrale Koordination. Die Einschätzungen v. a. der ehrenamtlichen Befragten, dass einige Personen bei den Netzwerktreffen einen stärkeren Einfluss haben und ihre Interessen stärker durchsetzen können, sie selbst jedoch wenig in die Runde ‚geben‘ können, finden sich in der Beschreibung der Netzwerk-Koordination wieder: An ihr sei schwierig, dass Kommunikation auf Augenhöhe häufig nicht gegeben sei (Hamann et al. 2016, S. 36) und es zu Ausschlüssen bestimmter Gruppen komme (Hamann et al. 2016, S. 37) – vor allem gemeint sind hier die Geflüchteten selbst, die in solchen Koordinationsformen unterrepräsentiert seien. Es gilt hier, diese negativen Effekte der Netzwerk-Koordination und mögliche Alternativen oder Gegenmaßnahmen zu bedenken.

#### *Vernetzung im Sozialraum: Die Welcome Points*

Insgesamt 75 % der Ehrenamtlichen und 88 % der Hauptamtlichen gaben an, die *Welcome Points* zu kennen. Von diesen wiederum nutzten nach eigener Aussage 49 % der Ehrenamtlichen und 70 % der Hauptamtlichen die *Welcome Points* auch. Somit nutzten insgesamt ca. die Hälfte der Befragten die *Welcome Points*, und zwar hauptsächlich, um sich dort über andere vorhandene Angebote für Geflüchtete zu informieren, aber auch, um eigene Angebote bekannt zu machen (v. a. Hauptamtliche), um Kontakt zu Gremien aus der Flüchtlingsarbeit

herzustellen und Beratung in rechtlichen Angelegenheiten zu erhalten (sowohl Ehren- als auch Hauptamtliche) (siehe Abbildung 14).



**Abbildung 14: Gründe für die Nutzung der Welcome Points**

Frage: „Wozu nutzen Sie die Welcome Points?“ Häufigkeit der Nennungen (n = 153).

Jene, die die *Welcome Points* kennen, aber nicht nutzen, wurden nach ihren Gründen für die Nichtnutzung gefragt. Die Befragten hatten die Gelegenheit, dazu selbst eine Antwort zu formulieren, die im Folgenden kategorisiert wurde. Als zentrale Gründe für die Nichtnutzung stellten sich inhaltliche (26 %) und organisatorische Gründe (19 %) sowie kein Bedarf (55 %) heraus, wobei vor allem die Ehrenamtlichen inhaltliche und organisatorische Gründe nannten, während insbesondere Hauptamtliche angaben, bislang keinen Bedarf für die Nutzung gesehen zu haben.

Inhaltliche Gründe waren z. B. die Unzufriedenheit mit der Qualität der vorhandenen Angebote, auch im Vergleich mit anderen Angeboten vor Ort, Zweifel an der Kompetenz der Mitarbeitenden sowie mangelnde Informationen bzw. Transparenz, aber auch grundsätzliche Zweifel am Konzept eines *Welcome Points*. Zu den organisatorischen Gründen zählten vor allem die schlechte Erreichbarkeit und nicht bedarfsgerechte Öffnungszeiten der jeweiligen *Welcome Points*. Jene Befragten, die keinen Bedarf zur Nutzung der *Welcome Points* sahen, benannten teils andere Schwerpunkte der eigenen Arbeit bzw. die ‚Konkurrenz‘ der *Welcome Points* zu bereits vor Ort vorhandenen Strukturen und Angeboten als Grund für den fehlenden Bedarf zur Nutzung.

## 7 Ergebnisse III: die Nutzer\_innenperspektive<sup>16</sup>

Im Rahmen des Forschungsprojekts INTESO wurden den in Kapitel 2 vorgestellten Fragestellungen entsprechend vor allem Akteur\_innen(-Gruppen) im Sozialraum sowie deren Netzwerke in den Blick genommen. Im Zuge der Erhebungen und Auswertungen wurde dabei deutlich, dass dieser Blick auf die organisierten Kommunikationszusammenhänge die Sichtweise und Arbeitszusammenhänge der Personen rekonstruiert, die mit Geflüchteten arbeiten. Unterdessen exkludiert dieser Fokus systematisch die Bedarfe, Bewertungen und Sinnzuschreibungen der geflüchteten Personen selbst als Adressat\_innen dieser komplexen Arbeitszusammenhänge (vgl. Schlee und Jepkens 2017b, S. 20). Aus diesen Ausschlüssen stellt sich die Aufgabe der Entwicklung von partizipativen Erhebungsformaten, um diese Datenlücke zu schließen (siehe auch Kapitel 3.2).

Diese Aufklärung der Arbeit mit Geflüchteten „von unten“ (van Rießen 2016a, S. 59) ist nicht nur normativ-partizipatorisch geboten, indem sie die Subjekte zum Ausgangspunkt nimmt, sie gewährleistet zugleich eine bessere Information und Passgenauigkeit operativer Arrangements. Durch ihre subjektiven Einblicke können u. a. individuelle, strukturelle und sozialräumliche Gelingensfaktoren sowie Grenzen und Barrieren von Integration herausgestellt und sozialräumliche Strategien zur Handhabung der Integrationsaufgaben ausgearbeitet werden. Dem folgend wurde der Anspruch formuliert, die Perspektive der Geflüchteten verstärkt in die Untersuchung einzubeziehen.

Dazu wurde das an INTESO angegliederte Projekt *Raumerleben junger Geflüchteter* entwickelt und – finanziert durch Mittel des Forschungsinstitutes für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW) – umgesetzt. Im Projekt wurde mittels sozialräumlicher Analyse- und Beteiligungsmethoden die sozialräumliche Integration von jungen Erwachsenen und Jugendlichen<sup>17</sup> mit Fluchtgeschichte in den Blick genommen.

### 7.1 Sozialräumliche Nutzer\_innenforschung

Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Analyse der Lebens- und Aktionsräume von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchthintergrund aus den zwei untersuchten Düsseldorfer Bezirken. Durch die Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Fluchthintergrund in die Erhebungen können an relevanten Stellen Aussagen zum Vergleich beider – wohlwissend stark heterogener – Gruppen gezogen werden. Die folgenden

---

<sup>16</sup> Das Kapitel 7 basiert auf dem Forschungsbericht zur FGW-Kurzexpertise „Raumerleben junger Geflüchteter“ sowie dem Working Paper Nr. 4 „Vernetzung im Sozialraum und das Raumerleben junger Geflüchteter“.

<sup>17</sup> Der Fokus auf Jugendliche und junge Erwachsene ist auch deshalb von besonderem Interesse, da unter den Personen, die in Deutschland in den Jahren 2015 – 2018 Asyl suchten, der Anteil der Personen am größten ist, die jünger als 30 Jahre alt sind.

Ergebnisse aus dem Projekt basieren, wie in Kapitel 3.2.7 erläutert, auf einem Methodenmix qualitativer Erhebungsmethoden in Anlehnung an Deinet (2009).

### *Bedeutung des Sozialraums*

Für den Integrationsprozess von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchtgeschichte spielt neben den institutionell organisierten Arrangements insbesondere der Sozialraum eine bedeutende Rolle (Deinet und Scholten 2019; Hovenga und Nier 2019). Direkte Begegnungen und persönliche Kontakte sowie Beziehungen zwischen Bewohner\_innengruppen vor Ort unterstützen nicht nur den Abbau von Hemmschwellen sowie Vorurteilen, sondern fördern Offenheit und Toleranz (vgl. Jepkens und Hauprich 2018). Integration findet so also maßgeblich ‚vor Ort‘ statt, wenngleich dabei stets beachtet werden muss, dass Integration weder nur von den sozialräumlichen noch ausschließlich von den persönlichen Voraussetzungen abhängig ist (zur Bedeutung und zum Begriff des Sozialraums siehe ausführlicher Kapitel 1.2.1).

### *Die Nutzer\_innenperspektive*

Die Kontextualisierung der Erhebung erfolgte mittels des analytischen Fokus der Sozialpädagogischen Nutzer\_innenforschung (vgl. Oelerich und Schaarschuch 2005, 2013), die wir hier erweitern und als sozialräumliche Nutzer\_innenforschung fassen, um einerseits spezifisch die Akteur\_innenposition der Geflüchteten selbst und andererseits insbesondere deren sozialräumliche Nutzung bzw. Nicht-Nutzung von Räumen und Einrichtungen zu fokussieren. Im Fokus stehen bei den Analysen die Gebrauchswerthaltigkeit und die Nutzung bzw. die Aneignung sozialer Dienstleistungen aus der Perspektive der Nutzer\_innen (Oelerich und Schaarschuch 2005). Der *Gebrauchswert* beschreibt dabei letztlich den Nutzen bzw. im Umkehrschluss den Nicht-Nutzen eines Angebotes, welcher immer im Kontext der aktuellen individuellen Lebenssituation und ihrer Bedingungen zu sehen ist (Oelerich und Schaarschuch 2005).

### *Sozialräumliche Nutzer\_innenforschung*

Durch die Verbindung der methodischen Ansätze zu einer sozialräumlichen Nutzer\_innenforschung entstehen für beide Blickwinkel Synergien: Auf der einen Seite wird die sozialräumliche Methode durch die Einbeziehung der Sichtweise der Nutzer\_innen um wichtige Erkenntnisse (potenzieller) Nutzer\_innen ergänzt und somit um eine ‚andere‘ Perspektive auf den Sozialraum angereichert. Auf der anderen Seite kann die Erweiterung des sozialräumlichen Blicks für die Nutzer\_innenforschung wichtige Erkenntnisse liefern, um die (nah-)räumlichen – gesellschaftlichen, politischen sowie infrastrukturellen – Bedingungen und Ressourcen sichtbar zu machen und somit die Lebensumstände der (potenziellen) Nutzung sowie die Lebensbedingungen der (potenziellen) Nutzer\_innen besser zu kontextuali-

sieren (vgl. u. a. van Rießen 2016a; Rathgeb 2005). Diese Synergieeffekte können wichtige Ergebnisse liefern, um u. a. die Bedürfnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowohl von der subjektiven Perspektive als auch von den vorliegenden Rahmenbedingungen her besser einzuordnen (vgl. u. a. Oelerich und Schaarschuch 2013; van Rießen 2020).

Im Folgenden werden die Aussagen der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen über Orte, Räume und Institutionen überblicksartig dargestellt. Dabei erfolgt eine Differenzierung anhand der Differenzkategorien *Geschlecht* und *Fluchthintergrund* in Bezug auf die Nennungen. Es schließen sich eine zusammenfassende Betrachtung und eine Einordnung der zentralen Aussagen an. Die so vorgestellten Ergebnisse beruhen auf der Befragung anhand der Nadelmethode und im Rahmen der Kurzinterviews. Letztere liefern hier vor allem Material zur Vertiefung und Erläuterung der Ergebnisse aus der Nadelmethode.

## **7.2 Relevante Orte und Räume Jugendlicher im Sozialraum**

Bei der Befragung mithilfe der Nadelmethode wurden relevante Orte und Räume sichtbar, die sowohl im Sozialraum („ökologischer Nahraum“; Baacke 1984) als auch in ganz Düsseldorf („ökologische Ausschnitte“ oder „ökologische Peripherie“; Baacke 1984) und darüber hinaus für die Befragten eine positive oder negative Bedeutung haben.

### **7.2.1 Beliebte Orte**

Auf den ersten Blick ist erkennbar, dass sich die Freizeitgestaltung zwischen den Jugendlichen mit Fluchthintergrund und den Jugendlichen ohne Fluchthintergrund nicht stark zu unterscheiden scheint: Die beliebtesten Orte sind jeweils ähnlich (siehe Tabelle 6).

So beschreiben viele Jugendliche den Rhein als Ort, an dem das Spaziergehen oder Treffen mit Freund\_innen in Ruhe und angenehmer Atmosphäre möglich ist, in der sie weniger als andernorts Regeln oder Kontrollen ausgesetzt sind. Wenn die Jugendlichen die Altstadt oder die Innenstadt von Düsseldorf als beliebten Ort nennen, beschreiben sie ebenfalls, wie sie sich mit Freund\_innen dort in Restaurants treffen oder sich in Geschäften aufhalten. Zudem spielt der Konsum hierbei eine Rolle, aber auch, ähnlich wie am Rhein, das Spaziergehen und die Möglichkeit, andere Menschen zu beobachten. Auch beim Thema Sport spielen die Freund\_innen, denen die Jugendlichen dort begegnen, eine zentrale Rolle für die Befragten. Die Ergebnisse der Nadelmethode werden ebenso in den Kurzinterviews widergespiegelt:

„Ich treffe mich da mit Freunden und meiner Familie, wir grillen dort und machen Picknicks.“ (Mädchen, 12 Jahre)

„In der Altstadt, am Rhein. [...] Fahrrad fahren und spazieren, mit Freunden.“ (Junge, 15 Jahre)

„[...] Mit Freunden, Freundin und so. [...] Altstadt oder Shopping oder Eis essen oder so. Wie das Wetter ist. Wir gucken. [...] Quatschen und hören Musik.“ (Mädchen, 15 Jahre)

Beliebte Orte/Räume	Männlich		Weiblich	
	mit Fluchthintergrund	ohne Fluchthintergrund	mit Fluchthintergrund	ohne Fluchthintergrund
Sport (Fußball, Schwimmen/Sonstiges)	77	21	18	6
Zuhause/Unterkunft	63	16	19	7
Rhein	44	7	26	25
Altstadt	41	17	14	22
Fitnessstudio	17	3	0	3
Innenstadt	12	2	3	23
Andere Städte	12	6	4	4
Stadtteile Düsseldorfs	11	7	9	6
Gastronomie/Restaurants	10	20	0	10
Kultur/Bildung	10	2	15	13
Natur (Parks/Wälder etc.)	8	16	8	9

**Tabelle 6: Beliebte Orte und Räume von Jugendlichen und jungen Erwachsenen<sup>18</sup>**

N = 298

Bei differenzierter Betrachtung der Nennungen lassen sich Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung und Nutzung der genannten Orte erkennen, sowohl in Bezug auf die Kategorie *Geschlecht* als auch bezüglich der Kategorie *Fluchthintergrund*. So haben die Bereiche Sport und Fitnessstudio eine besonders große Bedeutung bei den befragten Jungen mit Fluchthintergrund; Sport wird auch bei den befragten Mädchen mit Fluchthintergrund häufig genannt. Während die Mädchen betonen, dass Sport gesund und gut für den Körper sei, stellen die männlichen Befragten das Zusammentreffen mit Freund\_innen beim Fußball(-Training) in den Vordergrund.

Das eigene Zuhause (hier wird nicht unterschieden zwischen den Wohnformen Wohnung, Wohngruppe oder Gemeinschaftsunterkunft) wird ebenfalls häufiger von den Befragten mit Fluchthintergrund genannt. Die Befragten ohne Fluchthintergrund beschreiben das eigene Zuhause als einen Ort, an dem sie in Ruhe und für sich sein und entspannen können. Sie stellen neben dieser Entspannungsfunktion die Mediennutzung – von Telefonieren über Computer-/Handyspiele bis zum Seriengucken – in den Vordergrund. Die Jugendlichen mit Fluchthintergrund nannten Letzteres auch, beschrieben darüber hinaus aber häufiger eine Einbindung in familiäre Aktivitäten, z. B. das Aufpassen auf Geschwister, das Helfen im Haushalt, oder verbanden das Thema Lernen und Üben für die Schule mit dem Zuhause.

<sup>18</sup> Folgend bezieht sich N bei der Darstellung der Ergebnisse der Nadelmethode auf die Anzahl der Nennungen. Da von allen Befragten Mehrfachnennungen vorgenommen wurden und die Befragten teils mehrere Orte genannt haben, die in den Ergebnissen der gleichen Kategorie zugeordnet wurden (z. B. Schwimmbad A und Sportplatz B), lässt N keine Aussage über die Anzahl der Personen zu, die diese Orte genannt haben.

Jungen zählten das eigene Zuhause öfter als Mädchen zu den beliebten Freizeitorten. Die Mädchen nennen hingegen die Innenstadt deutlich häufiger als die befragten Jungen und geben an, dort mit Freund\_innen spazieren und shoppen zu gehen. Andere Städte werden oftmals von Jugendlichen mit Fluchthintergrund als beliebt genannt. Die Befragten besuchen dort Familie oder Freund\_innen und verbringen mit ihnen ihre Freizeit. Hier zeigt sich eine durch familiäre Bezüge und vergangene Umzüge weniger starke Orientierung an Düsseldorf als Stadt.

Gastronomie und Restaurants werden weniger häufig von den Befragten mit Fluchthintergrund angeführt. Diese Unterschiede könnten auf die finanzielle Situation der Befragten zurückzuführen sein: Der Konsum in Restaurants ist mit Kosten verbunden. Beim detaillierteren Blick auf die beliebtesten Tätigkeiten der Befragten mit Fluchthintergrund wird deutlich, dass diese größtenteils kostenfrei sind (spazieren gehen, Leute beobachten). Orte der Kultur/Bildung hingegen nennen Jugendliche mit Fluchthintergrund häufiger, z. B. die (Stadtteil-)Bibliothek, die zum Lernen genutzt wird. Dies könnte auf die Situation in den Gemeinschaftsunterkünften verweisen, die sich durch das Fehlen von Rückzugsmöglichkeiten auszeichnet und ein konzentriertes Lernen bzw. Arbeiten erschweren kann.

### 7.2.2 Unbeliebte Orte

Parallel zu den Orten, an denen sich die Teilnehmenden in ihrer Freizeit gerne aufhalten, wurden die Jugendlichen auch nach Orten gefragt, an denen sie sich nicht gerne aufhalten bzw. die sie meiden. Hier zeigt sich, wie schon bei den beliebten Orten, dass sich die Orte, die am häufigsten genannt werden, bei allen Gruppen (weiblich/männlich, mit/ohne Fluchthintergrund) ähneln (siehe Tabelle 7).

Unbeliebte Orte/Räume	Männlich		Weiblich	
	mit Fluchthintergrund	ohne Fluchthintergrund	mit Fluchthintergrund	ohne Fluchthintergrund
Hauptbahnhof	18	12	9	17
Stadtteile Düsseldorfs	28	8	9	6
Zuhause/Unterkunft	15	0	1	1
Altstadt	11	2	3	7
Andere Städte	6	0	1	2
Straßen und Ecken	2	3	3	4
Kultur/Bildung	2	3	0	0
Sport (Fußball/Schwimmen/Sonstiges)	2	2	3	0

Tabelle 7: Unbeliebte Orte und Räume von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

N = 298



Der Hauptbahnhof wird hier übereinstimmend als Ort beschrieben, an dem zu viele Menschen unterwegs seien, es schmutzig und/oder laut sei und es viele „schlechte Menschen“ gebe<sup>19</sup>: Hier sprechen die Jugendlichen vor allem legale und illegale Drogen und sonstige Kriminalität wie Diebstahl und Gewaltdelikte an. Ähnlich äußern sie sich über die unbeliebten Stadtteile bzw. Straßen/Ecken innerhalb Düsseldorfs, aber auch über die Altstadt am Abend/in der Nacht, wo es beispielsweise „laut“, „voll“, „dreckig“ und „gefährlich“ sei und wo sich „kriminelle“ und „unfreundliche“ Menschen befänden, die sich aggressiv verhielten.

Beim Blick auf die Nutzung und Bedeutung der Orte wird sichtbar, dass es Unterschiede zwischen den weiblichen und männlichen Jugendlichen und zwischen jenen mit und ohne Fluchthintergrund gibt.

Die Jugendlichen mit Fluchthintergrund geben beispielsweise an, am Hauptbahnhof häufig von der Polizei kontrolliert zu werden. Während sie sich also zusätzlich zur oben beschriebenen unangenehmen Atmosphäre Stigmatisierungen ausgesetzt sehen, beschreiben die Jugendlichen ohne Fluchthintergrund die Umgebung des Bahnhofs als Rotlichtviertel und benennen die Präsenz bestimmter Personengruppen („Junkies“, „Obdachlose“, „verrückte Leute“ und „viele Ausländer“) als störend, erleben den Hauptbahnhof demnach also als Ort, an dem wenig Kontrolle gegeben ist.

Andere Stadtteile Düsseldorfs nannten vor allem die Befragten mit Fluchthintergrund. Möglich ist, dass sie aufgrund oft mehrfacher Umverlegungen innerhalb Düsseldorfs andere Stadtteile eher kennen als andere Jugendliche, ein Vergleich mit dem jetzigen Wohnort so überhaupt möglich wird. Das Gleiche gilt für andere Städte als unbeliebte Orte, für die oben bereits beschrieben wurde, dass Jugendliche mit Fluchthintergrund eine stärkere (über-)regionale Orientierung gegenüber Jugendlichen ohne Fluchthintergrund zu haben scheinen.

Das eigene Zuhause nannten fast ausschließlich Jungen mit Fluchthintergrund als unbeliebten Ort; von diesen wurde das Zuhause häufig angeführt. Sie fühlen sich durch die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften stigmatisiert und beschreiben diese „wie ein Gefängnis“, in dem beispielsweise der Besuch von Freund\_innen, die außerhalb der Unterkunft leben, schwierig und Übernachtungen von Freund\_innen sogar unmöglich seien. Auch die Langeweile und Isolation durch diese Unterbringung werden geäußert. In den Kurzinterviews beschreiben die Jugendlichen dies so:

„Und mein Wohnheim mag ich nicht, weil es sehr klein ist. Ich bin seit drei Jahren da, es ist langweilig. Und es gibt diese Security da.“ (Junge, 16 Jahre)

---

<sup>19</sup> Im Folgenden sind jene Begriffe im Text, die mit doppelten Anführungszeichen gekennzeichnet sind, wörtliche Zitate aus den Befragungen mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

„Es ist mir peinlich, dass ich in einer Unterkunft wohne. Ich erzähle das den anderen in der Klasse nicht. Wenn sie fragen, wo ich wohne, dann sage ich, in einem Haus.“ (Mädchen, 15 Jahre)

Hinzu kommen die von Lärm und Unruhe geprägte Atmosphäre sowie ungeliebte Tätigkeiten wie Hausaufgaben oder Hilfe im Haushalt, denen sie entgehen möchten.

### **7.3 Nutzung und Nicht-Nutzung von (Jugend-)Freizeiteinrichtungen**

Im Rahmen der Erhebung anhand der Nadelmethode und in den Kurzinterviews wurden die Jugendlichen auch zu Einrichtungen befragt, die ihnen bekannt sind und die sie nutzen bzw. genutzt haben. Die Frage zielte sowohl auf jugendspezifische Einrichtungen wie Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit als auch auf Einrichtungen wie Beratungsstellen, Vereine, Kultureinrichtungen o. Ä., wobei sich die vorliegenden Ergebnisse auf die Nutzung bzw. Nicht-Nutzung von (Jugend-)Freizeiteinrichtungen fokussieren. Die Befragten wurden gebeten, Gründe anzuführen, warum sie die jeweils bekannten Einrichtungen (nicht) gern nutzen, und zu erzählen, was sie dort tun, also wie sie die Einrichtungen nutzen.

#### **7.3.1 Nutzung von (Jugend-)Freizeiteinrichtungen**

In den Stadtbezirken 5 und 6, in denen die Befragungen durchgeführt wurden, gibt es mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE), die sich jedoch überwiegend im Bezirk 6 befinden.

Wie die Ergebnisse der Nadelmethode zeigen, nutzen viele der Befragten die Jugendfreizeiteinrichtungen des Bezirks 6, während Einrichtungen außerhalb des Stadtbezirks wenig genutzt werden. Hier scheint der soziale Nahraum eine größere Bedeutung zu haben als bei der sonstigen Freizeitgestaltung.

Die männlichen Jugendlichen nutzen die Jugendfreizeiteinrichtungen, um sich dort mit Freund\_innen zu treffen und gemeinsam an Sport-Angeboten (wie Tischtennis, Basketball, Fußball, Schwimmen, Boxen) oder weiteren Angeboten (Disco, Kino, Kickern, Billard, Darts, Malen, Basteln) teilzunehmen oder auch einfach zu „chillen“ oder Computer und Playstation zu spielen. Manche nutzen die Einrichtungen, um ihre Hausaufgaben zu machen oder bei Bewerbungen Unterstützung zu bekommen und mit den Betreuer\_innen vor Ort zu sprechen. Einige nehmen in den Ferien auch an den angebotenen Ferienprogrammen der Einrichtungen teil.

„Ein Jugendclub, ich weiß nicht genau wie er heißt, aber er ist in [Stadtteil]. Billard spielen oder Computer spielen oder etwas lernen, zum Beispiel Deutsch oder Mathe.“ (Junge, 15 Jahre)

Die weiblichen Befragten beschreiben ebenfalls, dass sie sich in den Jugendfreizeiteinrichtungen mit Freund\_innen treffen, um dort einfach zu reden, zu „chillen“ und miteinander zu spielen, in der Disco zu tanzen oder auch Playstation zu spielen. Sie geben deutlich seltener an, an Angeboten teilzunehmen (Fußball, Basketball, Kochen, Backen, Nähen), dafür nen-

nen sie häufiger die Inanspruchnahme der Unterstützung bei den Hausaufgaben und dem Schreiben von Bewerbungen.

„Wir malen und stricken mit Wolle. [...] Es gibt eine Frau und sie arbeitet im Jugendclub [...] jeden Montag am [Platz], da gibt es einen Raum.“ (Mädchen, 16 Jahre)

„Auch mit dieser Frau. Sie hat mir geholfen, wie ich eine Bewerbung schreiben kann für ein Praktikum, Ausbildung, Zukunft.“ (Mädchen, 16 Jahre)

Generell lässt sich aus den Kurzinterviews ableiten, dass der Zugang zu den genutzten Angeboten entweder über professionelle Multiplikator\_innen geschieht, z. B. Lehrkräfte oder Mitarbeiter\_innen der Jugendfreizeiteinrichtungen, die in der Schule ihr Angebot vorstellen, oder über enge Bezugspersonen wie Freund\_innen, Mitschüler\_innen oder Familienangehörige.

Manche Einrichtungen arbeiten mit einer oder mehreren Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete zusammen und organisieren teilweise Hol- und Bringdienste zwischen Einrichtung und Unterkunft für die dort wohnhaften Jugendlichen, was diese teilweise positiv erwähnen. An anderer Stelle bedauern die Befragten, dass die Wege zu einzelnen Einrichtungen (zu) lang seien, so dass ein regelmäßiger Besuch erschwert werde. Dies betont noch einmal die Bedeutung der räumlichen Nähe der Einrichtungen, die aus Sicht der Jugendlichen in unmittelbarer Umgebung zur Schule und/oder ihrem Zuhause sein sollten.

Auffällig ist beim Blick auf die Ergebnisse der Nadelmethode, dass die Mädchen mit Fluchthintergrund im Vergleich zu den anderen Gruppen in Jugendfreizeiteinrichtungen stark unterrepräsentiert sind. Die befragten Mädchen geben in den Kurzinterviews Hinweise auf mögliche Gründe. So sind spezielle Angebote für Mädchen förderlich.

„Dort sind nur Mädchen in der Gruppe, jeden Montag um 17:30 Uhr.“ (Mädchen, 15 Jahre)

„Ja. Mädchen [...]. Dort war ich auch schon. Wir kochen zusammen und spielen mit Computer. Reden, Kontakt.“ (Mädchen, 16 Jahre)

Die Einrichtungen hingegen, in denen sich weniger/keine Mädchen aufhalten, wirken wenig attraktiv:

„Ja, ich bin schon [in eine JFE] gegangen. [...] Es war ein bisschen komisch, weil es viele Jungs gab. Waren nur ich und meine Freundin Mädchen und alles andere waren Jungs. Das war komisch.“ (Mädchen, 16 Jahre)

Dies beschreiben auch Claudia Lechner und Anna Huber: Geflüchtete Jungen haben mehr Kontakte und Freundschaften als geflüchtete Mädchen und nehmen an mehr Freizeitangeboten teil (vgl. Lechner und Huber 2017, S. 80). Als Grund dafür sei „unter anderem der Mangel an geschlechtshomogenen Freizeitangeboten“ (ebd.) zu sehen. Es wird deutlich, dass aus Sicht der Jugendlichen geschlechtshomogene Angebote wünschenswert sind. Sie

können möglicherweise auch dazu führen, dass die Mädchen nach einer Übergangsphase ebenfalls andere Angebote für Jungen und Mädchen nutzen.

### **7.3.2 Nicht-Nutzung von (Jugend-)Freizeiteinrichtungen**

In den Befragungen äußerten sich nicht nur die Jugendlichen, die Angebote und Einrichtungen gerne nutzen, sondern auch die Jugendlichen, die Einrichtungen nicht (mehr) nutzen (möchten), und nannten ihre Einschätzungen und Gründe dafür.

Einige der Befragten finden aufgrund ihres Alters den Besuch mancher Jugendfreizeiteinrichtungen oder des Abenteuerspielplatzes nicht mehr angemessen. Sie geben an, diese Einrichtungen gerne genutzt zu haben, nun aber sei es für sie „zu langweilig“, denn das Angebot richte sich an jüngere Kinder und Jugendliche.

Zudem ist die qualitative Bedeutung von Angeboten und Einrichtungen wie schon oben beschrieben an das gemeinsame Erleben mit Freund\_innen geknüpft, die diese ebenfalls nutzen. Das zeigt sich auch in einigen Antworten, in denen die Befragten äußern, Einrichtungen nicht (mehr) zu nutzen, weil sie dort niemanden kennen bzw. weil sie sich lieber mit Freund\_innen treffen, die außerhalb der Einrichtungen unterwegs sind. Dies trifft in besonderem Maße auf die Jugendlichen zu, die einen Fluchthintergrund haben. Diese äußern teilweise Schamgefühle aufgrund der Tatsache, dass sie in den Einrichtungen niemanden kennen.

„Ja, kenne ich. Aber ich war nicht da. Ich habe keine Zeit. Ich bin lieber mit Freunden unterwegs. [...] Ich habe keine Lust darauf.“ (Junge, 14 Jahre)

„Ja. Ich kenne eine, aber ich gehe dort nicht hin. Ich schäme mich. [...] Es sind viele Leute und ich kenne sie nicht.“ (Junge, 15 Jahre)

Auch an anderer Stelle äußern Befragte mit Fluchthintergrund Hemmungen und Befangenheit im Zusammenhang mit dem Besuch von Jugendfreizeiteinrichtungen. Sie beschreiben, dass sie sich schämen, dort hinzugehen, und dies ihnen unangenehm ist. Hier wird nicht klar, worin dieses Schamgefühl begründet liegt. Möglicherweise besteht hier eine generelle Skepsis gegenüber Angeboten von Jugendfreizeiteinrichtungen. Vereinzelt berichten die Befragten auch, dass ihre Eltern Vorbehalte gegenüber dem Besuch von Jugendfreizeiteinrichtungen haben.

Einige der Befragten geben an, aufgrund anderer Prioritäten und Verpflichtungen keine Zeit für einen Besuch der Einrichtungen zu haben oder keine Lust, ihre Freizeit dort zu verbringen, da sie eine selbstorganisierte Freizeitgestaltung der Nutzung institutionalisierter Angebote vorziehen (vgl. auch Lechner und Huber 2017, S. 42).

„Nach der Schule habe ich immer Training, zweimal Gymnastik und dreimal Fußball. Die ganze Woche ist voll.“ (Junge, 15 Jahre)

„Ich habe nicht so viel Zeit. Lernen und Kochen. Geht nicht. Wenn ich freihabe, dann gehe ich [in die Einrichtung].“ (Mädchen, 14 Jahre)

Einige der genannten Nutzungs- bzw. Nicht-Nutzungsgründe für die Jugendfreizeiteinrichtungen spiegeln sich ebenso bei der Nutzung bzw. Nicht-Nutzung der *Welcome Points* wider, die im Zentrum des Forschungsprojekts INTESO stehen. Diesbezüglich ist generell festzuhalten, dass die *Welcome Points* vom Großteil der Befragten nicht als Anlaufstelle benannt werden. Da die *Welcome Points* in den Befragungen explizit als Institution abgefragt wurden, ist davon auszugehen, dass sie bei den (jungen) Geflüchteten kaum bekannt sind. Die Nutzung der *Welcome Points* (N = 4) besteht in der Suche nach Unterstützung und Hilfe, beispielsweise bei der Übersetzung von Briefen, bei der Wohnungssuche oder in der Beratung zum Thema Ausbildung. Neben positiven Rückmeldungen zu der dort angebotenen Hilfe wurde die Erfahrung geschildert, dass bei dem vorgebrachten Anliegen dort keine angemessene Unterstützung zu bekommen war.

Aus der fehlenden Bekanntheit bei den Geflüchteten und der Nutzung durch (junge) Geflüchtete lässt sich für die *Welcome Points* der konkrete Handlungsbedarf ableiten, diese Zielgruppe anders als bislang erfolgt anzusprechen, da sie laut Konzeption für die Geflüchteten spätestens nach deren Auszug aus einer Gemeinschaftsunterkunft den zentralen Anlaufpunkt im Sozialraum bzw. Stadtbezirk darstellen sollen (vgl. Jepkens und Hauprich 2018, S. 17f.; Schlee und Jepkens 2017b; Kapitel 1.3). Für die Gestaltung u. a. der *Welcome Points* als Orte der Begegnung und Integration können wir aufgrund der von uns erhobenen Daten sowohl förderliche als auch hinderliche Faktoren ausmachen, die wir im Folgenden beschreiben möchten.

#### **7.4 Perspektiven der Fachkräfte: Orte der Integration**

Die Eindrücke und Einschätzungen der Fachkräfte stützen die oben beschriebenen Ergebnisse und liefern weitere Hinweise u. a. zu der Frage, welche Faktoren für die Integration von Jugendlichen förderlich bzw. hinderlich sind. Wie bereits in der Einleitung dargelegt, wird Integration hier im Rahmen einer diversen und heterogenen Migrationsgesellschaft begriffen, in die sich jede\_r Einzelne zu integrieren versucht, woraus folgt, dass Integration ein gesamtgesellschaftlicher Prozess und von allen Beteiligten und Gruppen zu leisten ist (vgl. Treibel 2015, S. 44–45). Die geflüchteten Jugendlichen selbst hingegen denken, dass vor allem sie es sind, die sich durch Anpassung und Leistung aktiv in eine bestehende Gesellschaft integrieren müssen, und sehen „die Verantwortung für eine gelungene Integration überwiegend bei sich“ (Sylla et al. 2018, S. 18). Beide Verständnisse von Integration finden sich in den Interviews wieder. So äußert eine befragte Person:

„Ziel ist es im Prinzip, die Zuwanderungsgesellschaft auf die Aufnahmegesellschaft treffen zu lassen. Ganz im Sinne der Integration heißt das, dass alle einen Schritt aufeinander zugehen

müssen, und wir können nicht jemanden integrieren, ohne nicht selbst aktiv zu werden.“ (Kordinator\_in Freizeitangebot)

Andere befragte Personen hingegen betonen die Unterschiede zwischen den hier aufgewachsenen und den neu zugewanderten Jugendlichen, z. B. in Bezug auf Rollenbilder, Erziehung zu Hause oder Demokratie- und Konfliktverständnis. Dies wird als problematisch empfunden und das Ziel formuliert, die Jugendlichen an die hiesigen Verständnisse heranzuführen, was ihre aktive Mitarbeit notwendig mache.

Es ist davon auszugehen, dass auf den neu zugewanderten Jugendlichen ein hoher Integrationsdruck lastet, welcher dazu führt, dass aus ihrer Sicht „auch der Freizeitbereich der ‚guten Integration‘ dienen muss und somit häufig auch nicht mehr zweckfrei bleibt“ (Sylla et al. 2018, S. 20). Wo die Betonung integrationsfördernder Wirkungen von Freizeitaktivitäten hier, vor allem unter Bezugnahme auf die einseitig angelegten Kriterien Leistung und Anpassung, kritisch anklingt, ließe sie sich unter der Prämisse des eingangs genannten Integrationsverständnisses auch so wenden, dass Freizeitaktivitäten die Möglichkeit zur Begegnung, zum Austausch, Kennenlernen und Dialog zwischen den beteiligten Jugendlichen bieten.

Von den Befragten wurde die Bedeutung der informellen Bildung durch Gleichaltrige – insbesondere durch Freund\_innen – oder durch Bezugspersonen, wie Mitarbeitende in Jugendfreizeiteinrichtungen, hervorgehoben. Vor allem der Erwerb der Sprache funktioniert über informelle Wege und kann im Kontext von spielerischer Kommunikation während der Freizeitgestaltung stattfinden. Die Begegnung und der Austausch mit Jugendlichen, die hier aufgewachsen sind, fördern darüber hinaus – auch auf der nonverbalen Ebene – Lernprozesse, welche sich auf das Verhalten auswirken: So werden u. a. Regeln auf spielerische Art kennengelernt und erlernt, wenn die Jugendlichen beispielsweise Freizeiteinrichtungen besuchen und sich dort an bestimmte Regeln halten müssen.

Dieser Fokus auf Begegnung und Austausch als Grundlage sozialer Integration soll im Folgenden weiter vertieft werden. Aus den bisher aufgezeigten Ergebnissen unserer Befragungen lassen sich einige Orte der Freizeitgestaltung als Orte der Integration herausgreifen. Diese sollen nun nach einer zusammenfassenden Darstellung ergänzend aus Sicht der befragten Fachkräfte betrachtet werden.

#### **7.4.1 Förderliche Faktoren**

Beim Blick auf die Nennungen der Jugendlichen wird deutlich, dass beliebte Freizeitorte häufig auch Orte der Begegnung sind. Als integrationsfördernde Orte lassen sich hier einerseits öffentliche Freiräume nennen, die einen freien Zugang im doppelten Sinne ermöglichen, da keine Kosten und keine sonstigen Barrieren ihrer Nutzung entgegenstehen. Andererseits sind es Institutionen wie Jugendfreizeiteinrichtungen und Sportvereine/-kurse, die in einem

festeren Rahmen Begegnungen zwischen geflüchteten und nicht geflüchteten Jugendlichen strukturieren und ermöglichen. Diese Einschätzung teilen auch die befragten Expert\_innen. Sie sehen ebenfalls Begegnung als Schlüssel zu erfolgreicher Integration, sei es nun in Bezug auf den Spracherwerb oder das Knüpfen von freundschaftlichen Kontakten.

„Zu 80 % habe ich auch gemerkt, dass die Jugendlichen alle die gleichen Ziele [verfolgen]. Schule, Ausbildung, Studium, und Spielen. Es gibt Unterschiede darin, wie sie jeweils aufgewachsen sind und mit welchen Regeln, aber das haben sie mittlerweile schon gelernt.“ (Streetworker\_in)

„Ich frage natürlich nicht den Menschen, der hier hinkommt, ob er einen Fluchthintergrund hat oder wo er herkommt, sondern wir versuchen das Wichtige für eine interkulturelle Öffnung, eine Haltung, da begegnen wir den Menschen mit Interesse und Gleichbehandlung. [...] Wir haben jetzt, nachdem wir auch am Anfang ein klares Zeichen gezeigt haben mit ‚Refugees are welcome‘, das auch wieder rausgenommen. Nicht, weil sie nicht mehr willkommen hier sind, sondern weil wir hier einfach die Menschen mit einer Bleibeperspektive nicht mehr stigmatisieren als Flüchtlinge oder Zugewanderte, sondern das sind auch Menschen, die berufstätig und Düsseldorf geworden sind.“ (Koordinator\_in Freizeitangebot)

Hier wird sichtbar, dass der Anspruch, dem inklusiven Gedanken folgend Angebote für alle zu machen und nicht Zielgruppen zu trennen, den Blick freigibt für die Gemeinsamkeiten der Jugendlichen, anstatt ihre Unterschiede zu betonen. Dieser Ansatz ist geeignet, eine Außenwahrnehmung geflüchteter Jugendlicher als homogene Gruppe zu verhindern.

Dennoch sollten neben inklusiven, offenen Angeboten für alle und der damit einhergehenden Kontaktmöglichkeit zwischen geflüchteten und hier aufgewachsenen Jugendlichen und jungen Erwachsene weiterhin ‚exklusive‘ Angebote für die spezielle Gruppe der Geflüchteten stattfinden und ihnen somit einen geschützten Raum bieten, in dem Solidarität und Kollektivität auch auf einem anderen Weg erfahren werden kann. Daher war eine Reaktion auf die hohe Anzahl an Geflüchteten, die in Düsseldorf (und den Stadtbezirken 5 und 6) aufgenommen und untergebracht wurden, die Einrichtung spezieller Angebote für geflüchtete Menschen, teils auch für einzelne Zielgruppen wie z. B. Kinder und Jugendliche. Diese Angebote wurden u. a. damit begründet, dass die Sprachbarriere oder Schwellenängste die Geflüchteten davon abhielten, an bestehenden, allgemeinen Angeboten teilzunehmen.

Eine Herausforderung scheint es generell zu sein, dass die Jugendlichen mit Fluchterfahrung Angebote in Anspruch nehmen – ob für spezielle Zielgruppen oder offen, ob im Bereich der Freizeit- oder der Beratungsangebote. Hier kommen die befragten Expert\_innen zu der Einschätzung, dass die zentrale Gelingensbedingung dafür eine gute Beziehungsarbeit ist, die sich auch auf die Eltern der Jugendlichen erstreckt. Gerade bei Geflüchteten, so die Annahme der Befragten, kommt der (persönlichen) Aufklärung über Inhalte und Rahmenbedingungen der Angebote eine zentrale Rolle zu, um überhaupt eine Teilhabe zu ermöglichen und Vorbehalte abzubauen bzw. Vertrauen aufzubauen.

„Man muss auf jeden Fall eine persönliche Ansprache machen, am besten auch immer jemanden von uns mitnehmen, damit auch ein bekanntes Gesicht dabei ist. Wenn man das Angebot

extern macht, dann sollte man sie auch abholen, einsammeln und mitnehmen und immer wieder darauf aufmerksam machen, dass das Angebot dort stattfindet. Das muss man ein paar Mal machen, weil die Angebote sonst keine Chance haben. Die Erfahrung haben wir damit gemacht. Wenn das gut organisiert ist, jemand kommt und sie abgeholt werden, dann laufen die Angebote auch, das ist dann kein Problem. Wenn man nur einen Flyer in die Hand gibt und sagt: Kommt doch bitte dorthin, klappt das i. d. R. nicht.“ (Sozialarbeiter\_in Unterkunft)

„Die Eltern müssen sehen, dass Fachkräfte da sind, die ihre Kinder auch betreuen und begleiten. Es muss Vertrauen hergestellt werden. Das hat nicht unbedingt etwas mit Kultur oder Religion zu tun, die Eltern brauchen Vertrauen und Sicherheit, dass sie wissen, ihr Kind ist in guten Händen, und sie wissen, wo sich ihr Kind aufhält und was es dort tut. Sie müssen wissen, dass es Angebote von offiziellen Trägern sind. [...] Es fehlen konkrete und persönliche Informationen über Projekte und Angebote. Den Leuten einfach einen Flyer in die Hände zu drücken und dann wegzugehen, ist nicht sinnvoll. Die Leute wollen verstehen, worum es geht. Sie brauchen den persönlichen Kontakt, um ein Vertrauensverhältnis herzustellen.“ (Streetworker\_in)

Aus den Aussagen der befragten Jugendlichen und Expert\_innen lassen sich als zentrale förderliche Faktoren für die Integration Geflüchteter neben der Niederschwelligkeit von Angeboten deren inklusive Gestaltung und intensive Beziehungsarbeit zur Heranführung an Angebote und zum Abbau von Schwellenängsten herausstellen.

#### **7.4.2 Hinderliche Faktoren**

Schaut man auf die Aussagen der Expert\_innen und Jugendlichen, so werden auch Faktoren sichtbar, die hinderlich für die Integration sein können. Hier ist einmal die Unterbringungssituation der geflüchteten Jugendlichen in Sammelunterkünften zu nennen, die gleich mehrfach einschränkt, da sie a) eine Barriere für Freund\_innen von außerhalb darstellt, b) wenig ungestörte Rückzugs- und Begegnungsräume bietet und c) eine räumliche Trennung der geflüchteten Jugendlichen bedeutet und stigmatisierend wirken kann (vgl. auch Lechner und Huber 2017, S. 79). Dies machen auch die befragten Expert\_innen anschaulich:

„Die Jugendlichen, die noch in einer Unterkunft wohnen, sind auch meistens befreundet mit den anderen Jugendlichen, die dort in der Unterkunft leben. Wenn die Jugendlichen eine Wohnung haben, ist der Freundeskreis unterschiedlich, durch Nachbarn oder Einrichtungen in der Nähe. Sie suchen nach solchen Möglichkeiten, andere zu treffen. Früher in der Unterkunft waren sie unter sich, wenn sie in ihrer eigenen Wohnung sind, kommen sie auf neue Ideen.“ (Streetworker\_in)

„Wenig Austausch leider, das ist es, ja. Das fehlt wirklich sehr dort. Der einzige Kontakt, der besteht, ist durch die wenigen Ehrenamtler, die mal vorbeikommen. Ansonsten vereinzelt durch Freunde aus der Schule, die ab und an mal zu Besuch kommen. Das war's aber auch, sonst gibt es da kaum Kontakt.“ (Sozialarbeiter\_in Unterkunft)

[Frage: Dürfen Besucher\_innen auch über Nacht bleiben?]

„Das ist schwierig. Das wird eigentlich nicht so zugesagt, es gibt Ausnahmeregelungen bei Familienangehörigen zum Beispiel. Da muss man aber auch rüber zur Dienststelle am Vogelsanger Weg gehen und sich eine Besuchsgenehmigung besorgen. Aber das Problem ist, mit Freundin und so, es ist schwierig, weil es oft Zweierzimmer sind, also Zimmer von zwei Leuten belegt.“ (Sozialarbeiter\_in Unterkunft)

Aufgrund ihrer Deutschkenntnisse unternehmen die Jugendlichen oft als Begleitung mit Angehörigen Arzt- und Behördengänge. So kann der Tagesablauf stark „durch Termine ihrer



Familie strukturiert und eingeschränkt“ sein (Lechner und Huber 2017, S. 69). Der so entstehende (Frei-)Zeitmangel erschwert den Aufbau von Freundschaften und die Teilnahme an Freizeitangeboten, die nur zu festen Zeiten zur Verfügung stehen (z. B. Kurse) bzw. für die eine regelmäßige Teilnahme notwendig ist (z. B. Fußballverein/-training) (vgl. Lechner und Huber 2017, S. 79).

Auch wenn Angebote in Anspruch genommen werden, kommt es nicht immer zu einem Austausch zwischen zuvor nicht miteinander bekannten Gruppen oder Personen. Vielmehr beschreiben die Expert\_innen das Phänomen der Cliquenbildung, das sie aber nicht (ausschließlich) auf die Segregation geflüchteter und nicht geflüchteter Jugendlicher beziehen.

Aus diesen Darstellungen der befragten Expert\_innen lassen sich als zentrale hinderliche Faktoren für die Integration geflüchteter Jugendlicher die Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften sowie der Mangel an (Frei-)Zeit und damit an Zeit zum Aufbau von Freundschaften nennen. Hinzu kommen strukturelle Aspekte und Rahmenbedingungen der Angebote selbst, die den Zugang erschweren. Beispielsweise fehlt es an aufsuchenden Angeboten, an Vorkenntnissen und Informationen von Seiten der neu zugezogenen Jugendlichen (und ihren Familien) zu den hiesigen Kinder- und Jugendarbeitsangeboten sowie dem weiteren Unterstützungs- und Hilfesystemen und/oder an Ressourcen für eine ausreichende Beziehungs- und Betreuungsarbeit von Seiten der (pädagogischen) Fachkräfte.

Da die geflüchteten Jugendlichen betonen, dass sie den Kontakt zu nicht geflüchteten Jugendlichen suchen (vgl. Lechner und Huber 2017, S. 80), ist davon auszugehen, dass diese Faktoren einer Teilnahme an Freizeitangeboten entgegenstehen, an denen die Jugendlichen grundsätzlich jedoch Interesse haben.

„Bei den Flüchtlingskindern besteht ein großes Interesse der Freizeitgestaltung und auch in Jugendfreizeiteinrichtungen zu gehen. Ich glaube, dass man mit dem Besuch der Einrichtungen schon schnell Ängste abbauen kann. [...] Man merkt auch, wenn sie regelmäßig hingehen, dass sie nach der Zeit auch besser Deutsch sprechen.“ (Schulsozialarbeiterin)

Dies und der explizit geäußerte Wunsch, nicht nur als Geflüchtete/Angehörige eines Landes wahrgenommen zu werden (vgl. Lechner und Huber 2017, S. 111), spricht für eine inklusive Gestaltung von Freizeitangeboten für alle Jugendlichen – unter Berücksichtigung der individuellen Bedarfe und Lebenssituationen.

## 8 Sozialräumliches Integrationsmodell

Soziale Integration erfolgt, wie die Ergebnisse aus INTESO zeigen, vor allem im Sozialraum, während die Kommunen versuchen, auf Integration zielende Prozesse zentral zu steuern. Die folglich notwendige Abstimmung und Kommunikation zwischen der Gesamtstadt und dem Sozialraum mit seinen Akteur\_innen gelingt nicht zuverlässig, da auf kommunaler Ebene aufgrund der hohen Komplexität kein Überblick über die gesamte Landschaft integrationsrelevanter Bedarfe, Angebote und Akteur\_innen „vor Ort“ besteht (siehe dazu auch Kapitel 5.3). Das sozialräumliche Integrationsmodell zeigt, wie sich Integrationsprozesse optimieren lassen, indem es die „strukturelle Lücke“ des Mehrebenensystems offenlegt und die Etablierung eines intermediären Akteurs im Sozialraum vorschlägt.

### 8.1 Funktion und Bedeutung des sozialräumlichen intermediären Akteurs

In Anlehnung u. a. an Rucht (1993, S. 256) – wird ein intermediärer Akteur als Bindeglied zwischen verschiedenen Ebenen verstanden, welcher Interaktions- und Kommunikationsräume miteinander verbindet, indem er nicht nur vermittelnd wirkt, sondern auch selber eine Kommunikation mit allen beteiligten Akteur\_innen entwickelt. Die Verbindungen bestehen hierbei sowohl auf der horizontalen Ebene – d. h. zu den Akteur\_innen innerhalb des Sozialraums – als auch vertikal entlang der verschiedenen politischen Handlungsebenen, wozu ebenso Akteur\_innen der kommunalen/städtischen Ebene gehören. Um alle individuellen und kollektiven Akteur\_innen(-Gruppen) miteinander verbinden zu können, muss der intermediäre Akteur im Sinne einer Handlungs- und Kommunikationsplattform sowohl offen und zugänglich als auch flexibel und multifunktional sein (vgl.: Jarren und Donges 2011, S. 120).

Ein intermediärer Akteur<sup>20</sup> im Sozialraum kann den geschilderten Schwierigkeiten demnach begegnen, indem er für die Vernetzung vor Ort sowie die Anbindung an die Gesamtstadt sorgt. Diesen Lösungsansatz hat die Landeshauptstadt Düsseldorf verfolgt, indem sie mit den *Welcome Points* ein sozialräumliches Instrumentarium zur Steuerung und Koordination von Integrationsbestrebungen eingerichtet hat. Das Forschungsprojekt INTESO hat die Potenziale solcher intermediären Akteure für den Integrationsprozess untersucht. Das Ergebnis, die Modellierung eines sozialräumlichen Integrationsmodells mit Implikationen auch für den Einsatz in anderen Kommunen, steht im Folgenden im Fokus. Dazu wird nun die Ausgestaltung des Modells vorgestellt, Vor- und Nachteile der jeweiligen Ausrichtung und präferierten Teilaspekte sowie deren Zusammenhänge werden genannt. Ergänzend werden exemp-

---

<sup>20</sup> Im bisherigen Forschungsprozess und in projektbezogenen Publikationen wurde bislang der Begriff „intermediäre Instanz“ verwendet. Durch die Reflexion der Ergebnisse und Erkenntnisse aus INTESO wird nun – in der letzten Forschungsphase der Modellierung – stattdessen der Begriff des „intermediären Akteurs“ genutzt. Hierdurch soll die Prämisse gestützt werden, dass sozialräumliche Integrationsbemühungen und -aktivitäten stets konsequent a) aus der Perspektive des Sozialraums sowie b) aus der Perspektive der Inanspruchnehmenden gedacht und umgesetzt werden müssen, und zwar c) unter Beteiligung aller relevanten Akteur\_innen im Sozialraum, womit das aktive Handeln „von unten“ unterstrichen werden soll.

larisch konkrete Praxisbeispiele aus den untersuchten Düsseldorfer Sozialräumen angeführt, um zu veranschaulichen, welche Kombinationen unter welchen Voraussetzungen möglich und sinnvoll oder auch eben nicht möglich oder nicht sinnvoll sind.

## **8.2 Das sozialräumliche Integrationsmodell – Übertragbarkeit und Sozialraumorientierung**

Das Integrationsmodell ist als Organisationsmodell – im Sinne einer Anleitung – zur Einrichtung eines intermediären Akteurs im Sozialraum zu verstehen. Zum einen zeigt das Modell, welche Aufgaben und Netzwerke auf welcher Ebene angesiedelt sein sollen, und zum anderen beinhaltet es alle wesentlichen Bestandteile zur Ausrichtung des intermediären Akteurs. Dabei berücksichtigt das Modell durch die unterschiedlichen Ausprägungen seiner Bestandteile, dass die Ausrichtung des intermediären Akteurs abhängig von den Merkmalen des Sozialraums ist.

Die zugrundeliegenden Leitfragen für die Erstellung des sozialräumlichen Integrationsmodells lauteten:

- 1) Welche möglichen und empfehlenswerten Bestandteile – inklusive ihrer verschiedenen Ausprägungen – ergeben sich aus dem Material?
- 2) Welche Kriterien liegen der Auswahl der jeweils geeigneten Bestandteile bzw. Ausprägungen zugrunde?

Entscheidend ist dabei, dass die jeweiligen Module aus der Perspektive des Sozialraums und der Akteur\_innen (i.S.v. Anwender\_innen, Nutzer\_innen und Inanspruchnehmende; vgl. auch van Rießen und Jepkens 2020; Schaarschuch und Oelerich 2020) vor Ort gedacht werden. Somit orientiert sich das Integrationsmodell stets an den Ressourcen, Potenzialen, Herausforderungen und Bedarfen des jeweiligen Sozialraums und den dort vorhandenen Akteur\_innen sowie deren Zusammenhänge.

## **8.3 Ausgestaltung des sozialräumlichen Integrationsmodells**

Folgend werden die empiriebasierten (möglichen) Bestandteile, mit ihren jeweils dazugehörigen Ausprägungen, des Modells anhand der drei Bereiche: 1) Rahmenbedingungen, 2) Konzept sowie 3) Vernetzung zusammengefasst dargestellt, wobei sich die Bereiche ‚Rahmenbedingungen‘ und ‚Konzept‘ auf die interne und der Bereich ‚Vernetzung‘ auf die externe Ausgestaltung des intermediären Akteurs bezieht.

### **8.3.1 Rahmenbedingungen**

Zunächst sind unter dem Bereich ‚Rahmenbedingungen‘ jene Bestandteile des Modells zusammengefasst, welche für eine zielführende Umsetzung der Integration durch einen sozialräumlichen intermediären Akteur bedacht werden sollten.

Bezüglich der *institutionellen Anbindung* kommen folgende drei Möglichkeiten in Betracht:

- a) Anbindung in freier Trägerschaft,
- b) Anbindung an die Kommune,
- c) Selbstverwaltung durch eine\_n (sozialräumliche\_n) Akteur\_in.

Als freie Träger kommen in erster Linie Wohlfahrtsverbände in Frage. Sie können die Vorteile mit sich bringen, dass sie über Strukturen und Know-how bei der Rekrutierung, Einbindung und Organisation von Ehrenamt verfügen und den Geflüchteten Anschluss an ihre anderen Angebote – außerhalb der Arbeit mit Geflüchteten und darüber hinausgehend – bieten.

Intermediäre Akteure in freier Trägerschaft sind jedoch zugleich immer auch den partikularen Interessen ihrer jeweiligen Träger verpflichtet. Diese Träger sind in der Regel abhängig von staatlichen Fördermitteln und stehen untereinander in Konkurrenz, was die konstruktive Zusammenarbeit und Kommunikation untereinander hemmen, zu Doppelstrukturen bei den Angeboten führen sowie die Evaluierung und Steuerungsfähigkeit seitens Verwaltung und Politik einschränken kann.

Ist der intermediäre Akteur an eine kommunale Stelle – wie z. B. an eine Bezirksverwaltungsstelle – angebunden, ist eine bessere Steuerungs- und Kommunikationsstruktur möglich als bei in freier Trägerschaft befindlichen oder ggf. selbstverwalteten intermediären Akteuren.

Die *Standortfrage* ist ein weiterer Punkt, der einen entscheidenden Einfluss auf die Integrationsarbeit nimmt. Relevant sind:

- a) zentrale Standorte im Sozialraum,
- b) dezentrale Standorte im Sozialraum,
- c) die Anbindung an vorhandene Institutionen bzw. Angebote oder auch die Integration in solche vorhandenen Strukturen im Sozialraum.

Da sich der intermediäre Akteur im Sozialraum befinden sollte, sind die Standorte aus Perspektive der Gesamtkommune dezentral zu wählen. Sozialräumlich gedacht, ist ein zentraler Standort des intermediären Akteurs – im Sinne von gut erreichbar innerhalb des Sozialraums – essenziell für die Inanspruchnahme seitens der Nutzer\_innen. Als Kriterium für einen zentralen Standort ist eine gute Anbindung an das System des öffentlichen Personennahverkehrs zu nennen, worunter Verkehrsknotenpunkte mit hohen Taktfrequenzen der Verkehrslinien fallen. Als immer erreichbare und barrierearme Ergänzung zum intermediären Akteur im Sozialraum kann ein virtueller Standort in Form einer Webseite oder App in Betracht kommen, die alle Integrationsangebote im Sozialraum auflistet.

Ein Standort des intermediären Akteurs in räumlicher Nähe zu vorhandenen Institutionen oder sogar die Integration in diese bestehenden Angebote ermöglicht die Zusammenarbeit verschiedener Integrationsfelder und erleichtert die Vernetzung der Akteur\_innen vor Ort bzw. ermöglicht bei der Integration in vorhandene Institutionen eine größere Bandbreite der Angebote. Dadurch können sich Vorteile beim Erreichen der Geflüchteten ergeben, falls sie die vorhandenen Institutionen bereits kennen und dadurch die weiteren Angebote des intermediären Akteurs kennen lernen. Darüber hinaus entstehen Möglichkeiten, dass Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete zusammenkommen, die für die Integration und Akzeptanz förderlich sein können. Im negativen Fall kann es durch das Einbeziehen der Geflüchteten jedoch zu einer Verdrängung anderer Zielgruppen der Institutionen kommen.

Ein weiterer Aspekt der institutionellen Rahmenbedingungen ist die *personelle Ausstattung* des intermediären Akteurs, wobei unterschieden werden kann in:

- a) hauptamtliche Mitarbeiter\_innen,
- b) ehrenamtliche Mitarbeiter\_innen.

Es zeigt sich, dass die Einrichtung mit wenig Personal den Ansprüchen an Integration nicht gerecht werden kann. Um Qualitätsstandards einzuhalten, bedarf es genügend Personal, etwa für Öffnungszeiten, die sich an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientieren. Darüber hinaus sollte das Personal fachliche Kompetenzen vorweisen, dazu zählen interkulturelle Kompetenzen und das entsprechende Wissen über die jeweiligen Zielgruppen, Wissen über gesellschaftliche Rahmenbedingungen, wie etwa das System und Angebote in der Aufnahmegesellschaft, sowie Kenntnisse über die stadtweiten und vor allem sozialräumlichen Netzwerke und Akteur\_innenkonstellationen. Zudem sollte das Personal im Sozialraum bekannt sein, Transparenz über die Vorgänge des intermediären Akteurs im Sozialraum schaffen und „kurze Wege“ ermöglichen. Mittel- oder langfristige Verträge schaffen Planungssicherheit für das Personal, was die Möglichkeiten zur Netzwerkarbeit und die Qualität der Vernetzung verbessern kann. Ergänzend ist es ratsam, zusätzliche Ehrenamtliche einzusetzen. Diese sollten andere Aufgaben als das hauptamtliche Personal erfüllen (z. B. als Lots\_innen), da ihnen in bestimmten Arbeitsbereichen die notwendigen fachlichen Kompetenzen fehlen können und sie dort keine professionelle Hilfe ersetzen können und sollen (vgl. Bhatti/Jepkens/Hauprich 2020 i.E.), sie aber in anderen Bereichen Arbeit zu leisten vermögen, die Hauptamtliche nicht erbringen können.

Neben der institutionellen Anbindung und dem Standort des intermediären Akteurs gehört auch die *Bezeichnung* des intermediären Akteurs zu den Stellschrauben, die auf institutioneller Ebene den Rahmen für die Arbeit des intermediären Akteurs liefern, wobei folgende Varianten diskutiert wurden:

- a) Anpassung an jeweilige Zielgruppe,
- b) (zielgruppen-)offener Name,
- c) Bezug zum Sozialraum,
- d) einheitliche Bezeichnung.

Die Bezeichnung des intermediären Akteurs im Sozialraum kann sich an der jeweiligen Zielgruppe orientieren und dies im Namen widerspiegeln oder aber zielgruppenoffen sein – wie z. B. der Name ‚Welcome Point‘. Daneben können entweder alle intermediären Akteure einen einheitlichen Namen tragen oder in ihrem Namen jeweils einen Bezug zum Sozialraum herstellen.

Die Frage nach dem Namen eines intermediären Akteurs, der sich an die jeweilige Zielgruppe anpasst, ist verknüpft mit der Diskussion, welche Zielgruppen die Einrichtung anspricht (s. u. ‚Zielgruppen‘). Hierbei kann es sich z. B. um die enger gefasste Gruppe der Geflüchteten handeln, darüber hinausgehend um alle Personen mit Migrationshintergrund oder sogar sämtliche Bewohner\_innen des Sozialraums (s. u. ‚Zielgruppen‘). In dem Zusammenhang wird empfohlen, Integration und die Zielgruppe des intermediären Akteurs weiter zu fassen und nicht nur Geflüchtete in den Blick zu nehmen. Damit rückt eine zielgruppenoffene Bezeichnung des intermediären Akteurs in den Vordergrund.

Die Vorteile eines zielgruppenoffenen Namens ergeben sich zum einen durch den erweiterten Adressat\_innenkreis und die damit möglicherweise einhergehenden Synergieeffekte durch den Wegfall gleicher Angebote für unterschiedliche Zielgruppen; zum anderen entspricht ein zielgruppenoffener Name dem Wunsch der Geflüchteten, nicht nur als jene wahrgenommen zu werden, die „geflüchtet sind“, sondern Kontakte außerhalb der Gruppe der Geflüchteten aufzubauen. Sind die Angebote offen für alle, wirken sie somit integrationsfördernd und schließen keine Personen(-Gruppen) aus, die sich dadurch diskriminiert fühlen könnten. Durch die Zielgruppenvielfalt kann zudem eine größere Bandbreite an Angeboten gemacht werden.

Die Heterogenität der Zielgruppen kann sich dann aber wiederum als nachteilig erweisen, wenn die Angebote den unterschiedlichen Bedürfnissen der Zielgruppen nicht mehr gerecht werden. Darum ist auf ein ausgewogenes Angebot zu achten, welches einerseits exklusive, speziell auf die Zielgruppen zugeschnittene Angebote als auch andererseits zielgruppenübergreifende Angebote umfasst.

### **8.3.2 Konzept**

Unter dem zweiten internen Bereich ‚Konzept‘ lassen sich weitere Bestandteile und Ausprägungen subsumieren, welche insgesamt in einem engen Zusammenhang stehen und sich an vielen Stellen gegenseitig bedingen.

Zunächst ist abzuwägen, welche *Organisationsform(en)* der intermediäre Akteur haben soll. Hierbei sind die Ausprägungen:

- a) Verweisen, was bedeutet, dass Inanspruchnehmende informiert und, wenn möglich, beraten und an entsprechende Einrichtungen (je nach Anliegen, u. a. Hilfe-, Dienstleistungs-, Bildungs- oder Freizeiteinrichtungen) verwiesen werden, und
- b) Lotsen, was drüber hinaus noch, bei Bedarf, die jeweilige persönliche Begleitung des Prozesses (bzw. zu weiterführenden Einrichtungen) bedeutet,

zu unterscheiden.

In der gegenwärtigen Praxis wird vor allem das Lots\_innensystem präferiert, bekannt auch als „Pat\_innensystem“. Von Vorteil ist hierbei, dass eine enge und persönliche Betreuung stattfindet. Durch die Begleitung zu Angeboten und/oder Anlaufstellen wird zudem gewährleistet, dass Personen die weiteren Angebote erreichen und somit der Zugang niederschwelliger wird.

Des Weiteren sind *Organisationsansätze* zu unterscheiden, wobei die möglichen Ausprägungen folgende sind:

- a) der integrative Ansatz, was bedeutet, dass der intermediäre Akteur als eine Art „Plattform“ fungiert, auf der Angebote von externen Personen und/oder Institutionen stattfinden, bspw. würden Räumlichkeiten bereitgestellt, aber selber keine Angebote gemacht,
- b) eigene Angebote, worunter verstanden wird, dass der intermediäre Akteur selber Angebote organisiert und durchführt.

In der Praxis bewähren sich beide Ansätze, wobei der zweite Ansatz dem intermediären Akteur einen größeren Handlungsspielraum ermöglicht. Um die Vorteile beider Ansätze zu nutzen (bspw. bei a) geringerer Einsatz von Ressourcen und bei b) Gestaltungsspielraum), wäre eine Kombination beider förderlich.

Für die konzeptionelle Ausgestaltung ist es gleichermaßen entscheidend, welche Ziele sowie Zielgruppen ausgewählt werden.

Bei den *Zielen* des intermediären Akteurs sind zu unterscheiden:

- a) (soziale) Integration,
- b) Kulturation,
- c) Platzierung,
- d) Interaktion,
- e) Identifikation.

Generell hat der Akteur die Aufgabe, die soziale Integration, verstanden als gesamtgesellschaftlicher Prozess, der insbesondere die Integration von individuellen Akteur\_innen und ihren Einbezug in bestehende soziale Systeme (u. a. die Gesellschaft) betrifft, voranzubringen.

„Also wenn ich jetzt mal dabei bleibe, ist es ganz offensichtlich, dass die Welcome Points auch immer eine Begegnungsstätte sein können. Das Problem der Gemeinschaftsunterkünfte kann auf einer anderen Ebene auch eigentlich ein Vorteil sein. Wir wissen eben ganz genau, von wo die Leute sind, und wir können sie mit den Angeboten auch direkt erreichen. Die Welcome Points können dann auch immer eine Brücke in den Stadtbezirk sein. Und da einen Austausch herstellen zwischen der Aufnahmegesellschaft und denen, die neu angekommen sind. Die Welcome Points sind geprägt von ehrenamtlichem Engagement.“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 4)

In Anlehnung an Hartmut Esser (2001), umfasst die Integration somit die vier Dimensionen, welche sich gegenseitig stark bedingen: 1) Kulturation, worunter u.a. der Erwerb von Kompetenzen und Fertigkeiten, bspw. Sprache, oder das Wissen über Regeln im Sozialverhalten verstanden wird, der oder das notwendig ist, um in einer Gesellschaft erfolgreich zu agieren und zu interagieren und der oder das am Anfang jedes Integrationsprozesses steht, 2) Platzierung, womit u. a. die Übernahme von Positionen und die Verleihung von Rechten gemeint ist, bspw. wird durch die Staatsbürgerschaft das Wahlrecht ermöglicht oder durch bestimmte Schulabschlüsse sind Zugänge zum Schul- und Ausbildungssystem oder zu besseren Arbeitsmarktchancen möglich, 3) Interaktion, worunter u. a. die Aufnahme von sozialen Beziehungen im alltäglichen Leben verstanden wird, 4) Identifikation, was die emotionale Zuwendung zum sozialen System/zum Kollektiv beschreibt (vgl. Esser 2001).

Zugleich sollte die Auswahl der *Zielgruppen* bedacht werden, wobei hier unterschieden werden kann zwischen:

- a) Personen im Sozialraum (bezieht alle Personen ein, welche im Sozialraum agieren),
- b) Bewohner\_innen des Sozialraums,
- c) institutionellen Akteur\_innen des Sozialraums (bspw. Einrichtungen, Institutionen, Organisationen),
- d) Menschen mit Migrationshintergrund,
- e) Menschen mit Fluchthintergrund,
- f) Menschen aus der gesamten Stadtgesellschaft.

Deutlich wird, dass räumliche Merkmale eine Rolle spielen können – der Sozialraum oder stadtweit – sowie personenbezogene Merkmale (bspw. Geflüchtete).

Bei der Frage nach der Zielgruppe sollten wiederum die Perspektiven des Sozialraums und der (möglichen) Inanspruchnehmenden die zentrale Rolle spielen und Angebote sollten sich bspw. nach den Interessen, Bedarfen, Nutzen und dem Gebrauchswert der Personen und



institutionellen Akteur\_innen vor Ort richten. Für das vorliegende Modell lag der Fokus auf der Zielgruppe der Personen mit Fluchthintergrund.

Generell ist zu beobachten, dass ein integrativer Ansatz (s. o.) und eine möglichst breit aufgestellte Zielgruppenausrichtung die Integration fördern, wobei auch vereinzelte ‚exklusive‘ Angebote positive Effekte haben. So können bspw. zusätzliche Angebote für Menschen mit Fluchthintergrund, für Kinder oder für Mädchen ihnen einen geschützten Raum für besondere Bedarfe bieten. Wichtig ist jedoch, dass spezifische Zielgruppenausrichtungen nicht defizitorientiert sind. In der Praxis stellt es sich als erfolgreich heraus, wenn man möglichst zielgruppenoffen agiert und zudem spezielle Angebote für einzelne Zielgruppen anbietet.

Ein weiterer Bestandteil des sozialräumlichen Integrationsmodells sind die *Inhalte*, welche sich für die untersuchte Personengruppe der Menschen mit Fluchthintergrund unterscheiden lassen in:

- a) Wohnen und Unterbringung (u. a. Eingliederung in das Wohnungssystem, bspw. Unterstützung bei der Wohnungssuche),
- b) Schule und (formelle und informelle) Bildung (u. a. Eingliederung in das Schulsystem, bspw. Hilfe beim Spracherwerb),
- c) Ausbildung, Arbeitsmarkt und Qualifizierung (u. a. Eingliederung in das Ausbildungs- und Arbeitsmarktsystem, bspw.: Berufsberatung),
- d) Zivilgesellschaft (u. a. Förderung von sozialem Austausch und Kontakt, bspw. Freizeitgestaltung).

Je nach Inhalt sind verschiedene *Aufgaben* zu erfüllen, welche unterteilt werden in:

- a) Integration,
- b) Begegnung und Austausch,
- c) Vernetzung,
- d) Organisation des Ehrenamtes.

Generell ist zu überlegen, ob der intermediäre Akteur möglichst umfänglich (alltägliche) inhaltliche Themen und Aufgabenfelder abdecken oder ob er sich auf einzelne Inhalte und Aufgaben konzentrieren soll. Auch dies ist in Abhängigkeit zu den Ressourcen und Bedarfen des Sozialraums und der Inanspruchnehmenden auszuhandeln.

Daneben gilt es, sich mit den *Arbeitsprinzipien* zu befassen, welche umgesetzt werden sollten. Als relevante Prinzipien wurden sichtbar:

- a) Partizipation<sup>21</sup>, im Sinne einer echten Beteiligung von (potenziell) Nutzenden,

---

<sup>21</sup> Unter Partizipation wird hierbei verstanden, dass alle Akteur\_innen umfangreich bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, der Festlegung von Inhalten sowie deren Umsetzung zu beteiligen sind bzw. ihnen die Möglichkeit dieser Beteiligung

b) Inklusion, im Sinne der Einbeziehung möglichst aller Personengruppen.

In der Praxis zeigt sich, dass beide Prinzipien relevant sind und auf alle Inanspruchnehmenden sowie den Sozialraum zu übertragen sind. So sollten Nutzer\_innen und potenzielle Nutzer\_innen in die Gestaltung von Angeboten einbezogen werden – sowohl bei der Planung als auch der Durchführung –, sie sollten kontinuierlich nach ihren Bedarfen befragt und ihre Ressourcen sollten eingesetzt werden. Ebenso sollte der Gedanke der Inklusion dahingehend umgesetzt werden, dass Diversität anerkannt und wertgeschätzt wird. So sollten Angebote so gestaltet werden, dass sie für alle Personengruppen zugänglich und (ge)brauchbar sein können.

Im Rahmen der konzeptionellen Ausgestaltung ist die Frage einzubinden, wie in der Praxis methodisch gehandelt werden kann. Als angewandte, für ihren Zweck gleichwertig bewertete Methoden wurden aus der Praxis genannt:

- a) Einzelfallhilfe,
- b) Gruppenarbeit,
- c) Vernetzung,
- d) Sozialraumorientierung.

Je nach Zielsetzung – entsprechend der Perspektive des Sozialraums, der Inanspruchnehmenden und unter ihrer Beteiligung – sollten die Methodenauswahl vorgenommen und die jeweiligen Vorteile genutzt werden. So kann bspw. eine Einzelfallhilfe sinnvoll sein, wenn es um komplexe und/oder sensible Beratungen geht, und ein Gruppenangebot angesetzt werden, wenn eine Peer-Beratung erfolgversprechend scheint oder es um den Aufbau von Kontakten und Begegnung geht.

Die Umsetzung sozialräumlicher Methoden sowie die Vernetzung als Methode werden insgesamt als zentral anerkannt und aufgrund ihrer Bedeutung im Folgenden unter dem Bereich ‚Vernetzung‘ noch einmal ausführlicher behandelt.

### **8.3.3 Vernetzung**

Gelingende Vernetzung wurde bereits als zentrale Aufgabe des sozialräumlichen intermediären Akteurs beschrieben, der der Koordination und dem Schnittstellenmanagement dient. Im Folgenden werden mögliche Zielsetzungen sowie Handlungsfelder der Vernetzung dargestellt. Dabei ist zwischen zwei Ebenen der Vernetzung zu unterscheiden: einer sozialräumlichen und einer stadtweiten bzw. (über)regionalen Ebene. Der sozialräumliche Akteur wird jeweils als Spezialist für das Thema Integration vor Ort gesehen. Dieses Thema soll er in

---

gegeben werden sollte. Ausgeschlossen werden sollen hierbei Partizipationsbeschränkungen aufgrund von vorab – als relevant bewerteten - Inhalten und Themen sowie der Ausschluss bestimmter Personengruppen, welche – aufgrund vermeidlicher Beteiligungsintensivität – als nicht ausreichend ‚partizipationsfähig‘ – erklärt werden (vgl. van Rießen und Bleck 2019, S. 46f).

doppelter Weise in die Netzwerke tragen, nämlich vor Ort das Thema Integration, in integrationsspezifischen Netzwerken hingegen die sozialräumliche Perspektive einbringen und stärken. Mögliche *Ziele der Vernetzung im Sozialraum* umfassen

- a) Platzierung des Querschnittsthemas Integration in den Netzwerken,
- b) Verstetigung bestehender Netzwerke,
- c) Ausbau bestehender Netzwerke oder,
- d) Aufbau neuer Netzwerke.

Für die stärkere Bearbeitung und a) Platzierung des Themas ‚Migration/Integration‘ als Querschnittsthema bot die Situation 2015/2016 einen konkreten Anlass, da viele zusätzliche Akteur\_innen mit dem Thema stärker in Berührung kamen als zuvor (z. B. aus dem Bereich Bildung, Wohnen, Arbeit, OKJA). Diese Zielsetzung geht jetzt wiederum einher mit der derzeitigen Abschaffung von ‚Sonderstrukturen‘ für Geflüchtete. Es soll daher eine Auflösung solcher themenspezifischer Netzwerke zugunsten sozialräumlicher, themenübergreifender Netzwerke erfolgen. Wichtig ist, dass institutionelle Grenzen überschritten werden und der sozialräumliche intermediäre Akteur alle anderen Akteur\_innen und Angebote im Sozialraum im Blick hat und so Parallelstrukturen und Lücken entdeckt bzw. verhindert/schließt.

Die Situation ab 2015 bot ebenfalls einen konkreten Anlass, b) Netzwerke zu verstetigen und nicht mehr aktive Netzwerke wiederzubeleben. Zusätzlich kann auch c) ein Ausbau der bestehenden Netzwerke sinnvoll sein. Dabei sollten eher weniger als mehr Netzwerktreffen das Resultat sein, die dafür eine größere Anzahl verschiedener Akteure beteiligen, indem sie z. B. weniger themenspezifisch ausfallen. Beim bedarfsorientierten Ausbau sollte zudem auf die Beteiligung verschiedener Arten von Akteur\_innen und verschiedener Organisationen geachtet werden. Der sozialräumliche intermediäre Akteur sollte dabei sowohl ehrenamtliche als auch für die Integration relevante Akteur\_innen im Blick haben, die bislang nicht beteiligt sind. Zumindest vorübergehend müssen abhängig von der Situation in den jeweiligen Sozialräumen ggf. auch d) neue Netzwerke aufgebaut werden. Hierzu müssen teils Akteur\_innen zusammengebracht werden, die bislang keinen Kontakt hatten und nur anlassbezogen themenspezifisch vernetzt waren, teils müssen zur Gewährleistung von Nachhaltigkeit und Transparenz bestehende persönliche Kontakte (informelle Netzwerke) in eine institutionalisierte Form der Vernetzung und Zusammenarbeit (formelle Netzwerke) gebracht werden.

Die Antwort auf die Frage, ob sozialräumliche Netzwerke verstetigt, ausgebaut oder aufgebaut werden sollen, ist abhängig von der bestehenden Vernetzung in den jeweiligen Sozialräumen. Die Unterstützung vorhandener Netzwerke sollte dabei stets Vorrang vor dem Aufbau neuer Netzwerke haben, möglicherweise kann gar ein Abbau vorhandener Netzwerkstrukturen zielführend sein, z. B. im Falle migrations-/integrationsspezifischer Netzwerke vor Ort. Wichtig ist es dabei, nicht Top-down zu agieren, sondern im Sinne eines Bottom-up-

Prozesses stets die Ressourcen und Strukturen vor Ort zu nutzen und die Bedarfe der Inanspruchnehmenden einzubeziehen. In den Netzwerken sollen alle Akteur\_innen gemeinsam an Themen arbeiten, was die Herausforderung mit sich bringt, unterschiedliche Trägerlogiken zu berücksichtigen, so dass die Netzwerkarbeit nachhaltig sein und sich auf den Alltag der Beteiligten übertragen kann. Integration wird so nicht als Spezialaufgabe verstanden, sondern als Querschnittsaufgabe, die alle angeht. Spezialisierte Institutionen wie diese können helfen, das Thema überall zu etablieren und dafür zu sensibilisieren:

„Die Akteure im Sozialraum, die müssen sich kennen. [...] Da gibt es ja schon diverse Organisationen, Stadtteilkonferenzen, Stadtbezirkskonferenzen, Familientische. Das gibt es ja alles schon. Und da müssen die *Welcome Points* jetzt nicht noch einen Extra-Tisch machen, sondern müssen dabeisitzen und ihre Themen einbringen. Weil Integration ist für mich ein Querschnitt. Das ist für mich kein Extra-Thema, sondern das muss überall mit dabei sein.“ (Mitarbeiter\_in der Kommunalverwaltung 1)

*Ziele der Vernetzung auf stadtweiter und (über)regionaler Ebene* wären:

- a) Vernetzung mit allen Akteur\_innen, die stadtweit sozialräumlich organisiert sind (z. B. Integrationsagenturen, Migrationsberatungsstellen, Jugendmigrationsdienste, Familienbildungsträger),
- b) Mitwirkung an Netzwerken zum Thema Integration/Migration und Einbringen der Bedarfe und Perspektiven des Sozialraums.

Beim Blick auf die *Handlungsfelder der Vernetzung* ist zu unterscheiden in:

- a) Arbeit,
- b) Bildung,
- c) Wohnen,
- d) Integration.

Hierbei lautet die zentrale Frage, welche Akteur\_innen wie einbezogen werden sollen und auf welcher Ebene die Vernetzung schwerpunktmäßig anzusiedeln ist (Sozialraum/Kommune/Region).

Insgesamt ist hierzu festzuhalten, dass dies sämtlich Themen sind, die zwar im Sozialraum ‚sichtbar werden‘ und relevant sind, aber nicht vollumfänglich dort bearbeitet werden können, da wichtige Entscheidungen diese Felder betreffend auf anderen Ebenen getroffen werden.

Aufgrund seiner Komplexität wird im Feld a) Arbeit die Einbindung von Fachleuten durch Präsenz (z. B. Sprechstunden, Beratung, Fortbildungen) in Einrichtungen im Sozialraum empfohlen, in denen Ehrenamtliche und/oder die Zielgruppe anzutreffen sind. In der Vernetzung spielen neben den Wohlfahrtsverbänden und Jugendberufshilfeträgern die Integration Points und andere Einrichtungen von Jobcenter bzw. Arbeitsagentur sowie Arbeitgeber\_innen, Kammern und Innungen, aber auch kommunale Stellen (Koordinierungsstellen,

Netzwerke) eine Rolle. Im Sozialraum scheint es vor allem wichtig Arbeitgeber\_innen, Institutionen und Arbeitssuchende zusammenzubringen.

Im Handlungsfeld b) Bildung werden vor allem Akteur\_innen auf kommunaler Ebene (Ämter, Bildungsträger, Arbeitskreise, Netzwerke) und Landesebene (Initiativen und Programme) für die Vernetzung des sozialräumlichen Akteurs als relevant beschrieben – dort sind viele Programme und Initiativen angesiedelt, die Integration zum Schwerpunkt bzw. Migrant\_innen/Geflüchtete zur Zielgruppe haben. Im Sozialraum sind u. a. Schulsozialarbeit, Lehrkräfte, Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen wichtige Netzwerkpartner\_innen – hier ist abhängig von der sozialräumlichen Situation die Teilnahme des sozialräumlichen Akteurs an bestehenden Netzwerken bzw. der Aufbau neuer Netzwerke wichtig.

Das Handlungsfeld c) Wohnen wird als sozialräumliches Thema begriffen, das abhängig von Kontakten und Ortskenntnis ist. Der Einbezug vorhandener, auch ehrenamtlicher Expertise, vorhandener Netzwerke sowie vorhandenen Wissens sei für eine erfolgreiche Wohnraumvermittlung wichtig. Im Sozialraum sind die Quartiersmanager\_innen wichtige Netzwerkpartner\_innen, aber auch die Wohnungsgesellschaften, damit mögliche Missverständnisse direkt geklärt werden können (z.B. Änderungen des Bleiberechts o. Ä.).

Für das Kernthema des sozialräumlichen intermediären Akteurs, d) Integration, werden alle Personen im Sozialraum als relevant betrachtet. Das beinhaltet auch Multiplikator\_innen aus den Migrant\_innen-Communitys, wie z. B. im Fall der Stadtteilmütter<sup>22</sup>. Integration könnte dabei auch breit(er) gedacht werden, im Sinne von Teilhabe und Zugang sowie sozialer Gerechtigkeit, somit als Thema, das alle Bevölkerungsgruppen betrifft.

#### **8.4 Exemplarische Anwendung des sozialräumlichen Integrationsmodells anhand der zwei Untersuchungsgebiete**

Um die praktische Anwendung des sozialräumlichen Integrationsmodells zu verdeutlichen, werden im Folgenden einschlägige Ausprägungen aus den Bereichen „Rahmenbedingungen“, „Konzept“ und „Vernetzung“ vorgestellt. Die praktischen Beispiele beziehen sich auf die beiden im Forschungsprojekt INTESO untersuchten Düsseldorfer Stadtbezirke 5 und 6 und die dort ansässigen *Welcome Points*. Die sehr unterschiedlichen Stadtbezirke unterscheiden sich u. a. hinsichtlich ihrer räumlichen Struktur, ihrer Bevölkerungs- und Sozialstrukturen sowie der Akteur\_innen oder der jeweiligen Anbindung an die Gesamtstadt (siehe Kapitel 3.1), so dass sich entsprechend dem Kriterium des Sozialraumbezugs auch die Ausgestaltung des Modells hier unterscheidet. So zeigt sich, wie sich sozialräumliche Strukturen und Bevölkerungsstrukturen sowie die sozialräumliche Angebots- und Akteur\_innenlandschaft auf die

---

<sup>22</sup> Stadtteilmütter sind Multiplikatorinnen aus migrantischen Communitys, die ausgebildet werden, um Zugang zu schwer erreichbaren Familien aus der jeweiligen Community zu bekommen und diesen bei Hausbesuchen Wissensvermittlung zu den Themen Erziehung, Bildung und Gesundheit anzubieten.

Gestaltung des intermediären Akteurs auswirken, und auch, dass die Perspektiven des Sozialraums und der Inanspruchnehmenden jeweils im Zentrum stehen sollten.

#### **8.4.1 Sozialräumliche Integration im Stadtbezirk 5 – Kriterien und Empfehlungen**

Bezieht man das sozialräumliche Integrationsmodell auf den Stadtbezirk 5, lassen sich ihre jeweiligen Vor- sowie Nachteile verdeutlichen. Für den Bereich „Rahmenbedingungen“ etwa zeigt sich, dass die Anbindung des intermediären Akteurs (*Welcome Point*) an eine bereits bestehende Einrichtung, hier der Jugendberufshilfe GmbH, hilfreich sein kann, um Erfahrungen der Mitarbeitenden sowie bestehende Kontakte zu nutzen. Je nach thematischer Ausrichtung der Institution – hier Berufshilfe für Jugendliche – wird jedoch auch sichtbar, dass bestimmte Themenschwerpunkte stärker als andere bearbeitet werden. So kann der *Welcome Point* zwar von der Expertise im Bereich Jugendberufshilfe profitieren (bspw. durch Kenntnisse und Kontakte zu Anbietenden von Praktika und Stellen), hat aber bei Themen wie bspw. dem Angebot von Freizeitaktivitäten keine angesiedelte Vielfalt.

Für den Bereich „Konzept“ ist zu erkennen, dass die Organisationsformen „Verweisen“ sowie „Lots\_innen“ schwer bzw. nicht erfolgversprechend umgesetzt werden können, da vor Ort im Sozialraum wenige Angebote (bspw. im Bereich Freizeit, Beratung und Unterstützung) verankert sind, die auch durch relativ weitläufige Wege nicht gut zu erreichen bzw. unbekannt sind. So gibt es in einigen Stadtteilen Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die jedoch für Kinder und Jugendliche aus anderen Stadtteilen nur über weitere Strecken erreichbar wären. Ebenso sind spezielle Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund lediglich vereinzelt vorhanden und nicht immer für alle Personen erreichbar, was u. a. auch daran liegen könnte, dass die Gruppe der Migrant\_innen einen geringen Bevölkerungsanteil ausmacht.

Folglich sollte die Zielgruppe des *Welcome Points* weit gefasst sein und zudem einen Fokus auf Migrant\_innen und Geflüchtete richten. Ebenso erscheint es notwendig, vor Ort Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten aller Anwohner\_innengruppen zu schaffen, um das Ziel der gesellschaftlichen Integration und der Vergesellschaftung – speziell in Hinblick auf die Dimensionen der Integration (Esser 2001), die Interaktion – voranzubringen. Ebenso könnte der *Welcome Point* dazu beitragen, verschiedene Angebote (Beratungs-, Hilfe-, Dienstleistungs- und/oder Freizeitangebote) im Sozialraum zu etablieren, in dem eigene Angebote organisiert oder – im Sinne des integrativen Ansatzes – andere Akteur\_innen bei der Umsetzung von Angeboten vor Ort, bspw. durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, unterstützt werden.

Für den Bereich „Vernetzung“ weist der ländliche Charakter des Stadtbezirks 5 besondere Gegebenheiten auf. Es zeigt sich, dass vor Ort wenige formelle Netzwerkstrukturen beste-

hen. Sichtbar wird jedoch, dass in den einzelnen Stadtteilen informelle Netzwerke, gegründet von ehrenamtlichen Engagierten, gut funktionierten und z. T. bis heute aktiv sind.

Der *Welcome Point* sollte versuchen, formelle Netzwerke aufzubauen bzw. die informellen Netzwerke in solche zu überführen, indem er als Vernetzungsplattform für die Akteur\_innen vor Ort fungiert. So können sich die Akteur\_innen vor Ort kennenlernen und Kooperationen schließen. Dies würde dann verweisende und/oder lotsende Organisationsformen fördern. Bei der Vernetzung ist es wichtig, dass diese zum einen auf der sozialräumlichen Ebene stattfindet und die engagierten ehrenamtlichen Akteur\_innen einbezieht. Zum anderen sind Vernetzungen auf der stadtweiten Ebene auf- und auszubauen, um u. a. Abhilfe gegen geringe Angebotsstrukturen vor Ort zu schaffen. Neben dem Ausbau informeller Netzwerke sollten insbesondere formelle Vernetzungen aufgebaut werden, welche institutionen- und personenübergreifend sind. Eine der wichtigsten Aufgaben der *Welcome Points* besteht darin, in den Netzwerken vor Ort Integration als Querschnittsthema zu etablieren, auch um dem Eindruck entgegenzusteuern, dass – aufgrund der Bevölkerungszusammensetzung und der großen Fläche des Stadtbezirkes mit dörflichen Strukturen – das Thema bislang eine untergeordnete Rolle spielt.

#### **8.4.2 Sozialräumliche Integration im Stadtbezirk 6 – Kriterien und Empfehlungen**

Durch den zentralen Standort des *Welcome Point* 6 mit der Anbindung an das Rather Familienzentrum, welches ein kooperativer Zusammenschluss von vier Trägern – Caritasverband Düsseldorf e.V., SKFM Düsseldorf e.V., ASG Bildungsforum und katholische Kirchengemeinde St. Franziskus-Xaverius – ist, zeigen sich Vor- sowie Nachteile in Bezug auf den Bereich „Rahmenbedingungen“. Durch die Anbindung können einerseits vorhandene Expertise der Mitarbeitenden, Netzwerke und ehrenamtliches Potenzial sichtbar genutzt werden. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass die Verortung am Rather Familienzentrum für einige (neue) Zielgruppen wenig zugänglich ist, bspw. für Personen anderer Glaubensgemeinschaften oder für einzelne Jugendliche. Ebenso kann der Blick auf die bisherigen Zielgruppen zur Ausgestaltung von Angeboten einschränkend wirken, so dass Bedarfe neuer Personengruppe weniger Berücksichtigung finden und Ressourcen genutzt werden, um bestehende Angebote auszubauen, statt neue Angebote zu konzipieren.

Für den Bereich „Konzept“ zeigt sich, dass die Organisationsformen des „Verweisens“ und/oder der „Lotsen“ vor Ort auf gute Voraussetzungen treffen, da es viele Angebote in dem Sozialraum gibt, welche durch die gute Vernetzung der Akteur\_innen bekannt und durch kurze Wege gut erreichbar sind. Die Anbindung und Vernetzung führen weiter dazu, dass ein integrativer Ansatz umgesetzt werden kann, indem vor Ort Veranstaltungen externer Akteur\_innen durchgeführt werden, aber auch eigene Angebote vom *Welcome Point* stattfinden. Wichtig ist, bei diesen Angeboten darauf zu achten, welche Ziele und/oder Zielgruppen

erreicht werden sollen, um in den dichten Angebotsstrukturen im Sozialraum keine Doppelstrukturen bzw. konkurrierenden Angebote zu organisieren, sondern gezielt nach Lücken zu suchen, diese zu schließen und noch stärker mit neuen Akteur\_innengruppen zu arbeiten und ihnen eine Plattform zu geben, auch um eigene Angebote verstärkt auszurichten.

Für den Bereich „Vernetzung“ wird die Hauptaufgabe des *Welcome Points* im Stadtbezirk 6 darin gesehen, vorhandene Netzwerke zu unterstützen, das Thema Integration weiterhin zu stützen und neue Akteur\_innengruppen hinzuzuholen. Anders als im Stadtbezirk 5, wo Netzwerkstrukturen aufgebaut werden sollten, wäre für den Stadtbezirk 6 zu überlegen, Strukturen zu reduzieren bzw. zu verdichten und Personengruppen, wie Ehrenamtliche und Initiativen von Menschen mit Migrationshintergrund (bspw. Personen aus anderen Glaubensgemeinschaften oder Geflüchtete), stärker einzubeziehen.

## 9 Fazit und Empfehlungen

Im Rahmen des Forschungsprojekts INTESO wurden vor dem Hintergrund vertikaler und horizontaler Verflechtungen im Feld kommunaler Integrationspolitik zentral die *Welcome Points* als intermediäre Akteure im Sozialraum anhand von zwei Düsseldorfer Stadtbezirken untersucht. Als Endergebnis des Projekts kann das im vorangegangenen Kapitel beschriebene sozialräumliche Integrationsmodell gelten, das verdeutlicht, wie ein sozialräumlicher intermediärer Akteur (als den wir die *Welcome Points* begreifen) agieren kann und was bei seiner Ausgestaltung zu berücksichtigen ist. Dabei gerieten erneut sowohl die eingangs geschilderten Herausforderungen der sozialräumlichen Vernetzung (siehe Kapitel 1.2) sowie der Vertretung und Etablierung von Querschnittsaufgaben in funktional differenzierten Systemen (siehe Kapitel 1.1.1 und 2.2) als auch die Verflechtungen des Akteurs im Mehrebenensystem (siehe Kapitel 1.1.2 und 1.1.3) in den Fokus, aber ebenso die vielfältigen Handlungsfelder der sozialräumlichen Integrationsarbeit (siehe Kapitel 4.2) sowie deren zentrale Phasen (siehe Kapitel 4.1).

Zum Abschluss möchten wir den Blick in einer zusammenfassenden Gesamtschau der Ergebnisse erneut auf diesen intermediären Akteur richten und die diesbezüglichen Ergebnisse in Bezug setzen zu den anderen zuvor in Kapitel 5 – 7 dargestellten Forschungsergebnissen aus INTESO, die sich im Wesentlichen auf die Vernetzung von Akteur\_innen im Sozialraum, die Rolle Ehrenamtlicher und die Perspektive der Nutzer\_innen beziehen. Dabei gilt es zu analysieren, welche Rolle und welche Funktion ein intermediärer sozialräumlicher Akteur spezifisch aus Sicht der jeweiligen Zielgruppe bzw. der jeweiligen Beteiligten einnehmen sollte, um deren Anliegen gerecht werden zu können und Integration im Sozialraum aus deren jeweiliger Perspektive und für sie gelingend zu gestalten.



## 9.1 Die Rolle und mögliche Funktion intermediärer sozialräumlicher Akteur\_innen ...

Die *Welcome Points* sind wie bereits beschrieben in der ‚Eingangsphase‘ und ‚Interimsphase‘ vornehmlich aus je einzelnen Initiativen von Trägern entstanden und waren eingangs sowohl bezüglich ihrer Angebote und Ziele als auch hinsichtlich ihrer Finanzierung heterogen aufgestellt (siehe Kapitel 1.3). Die ursprünglich geplante Ausrichtung der *Welcome Points* und die mit deren Einrichtung beabsichtigten Verbesserungen im Schnittstellenmanagement und im Bereich der Partizipation wurden bereits ausführlich dargestellt (siehe Kapitel 1.3).

Zukünftig sollen die *Welcome Points* nun einheitlich durch Mittel der Kommune finanziell unterstützt, aber überwiegend von anderen Akteur\_innen (aktuell sind dies vor allem die Wohlfahrtsverbände, siehe Landeshauptstadt Düsseldorf 2019d) umgesetzt werden – Ausnahme wird hier ein städtischer *Welcome Point* sein. Die *Welcome Points* sollen in diesem Zuge aus kommunaler Sicht auch in Hinblick auf Qualitätskriterien, Ziele und Aufgaben vereinheitlicht werden. Heute beschreibt die Stadt Düsseldorf die *Welcome Points* wie folgt:

„Die *Welcome Points* in Düsseldorf dienen als zentrale Anlaufstelle in den Stadtbezirken, um alle Fragen rund um das Thema Flüchtlingshilfe zu beantworten. Hier können Flüchtlinge erste Unterstützung finden, die Fragen der Anwohner beantwortet und ehrenamtliche Hilfe koordiniert werden.

Die *Welcome Points* fördern die Begegnung zwischen Zuwanderern mit Fluchterfahrung und ‚alteingesessenen‘ Düsseldorfern, um die Integration der neuen Düsseldorfer Bürger in die Gesellschaft voranzubringen und ein gemeinsames Miteinander im jeweiligen Stadtteil zu fördern. Die *Welcome Points* verkörpern die Schnittstelle zwischen den städtischen Ämtern, den hauptamtlichen Trägern der Flüchtlingshilfe und den ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen sowie der Bezirksvertretung.

Die Zielsetzung besteht darin, dezentral über das gesamte Stadtgebiet verteilt eine kompetente Beratung und Unterstützung bezüglich ehrenamtlichen Engagements und konkreter Hilfsangebote anzubieten sowie Koordinations- und Kooperationsangebote zwischen den Ämtern, Trägern und Initiativen zu entwickeln.“ (Landeshauptstadt Düsseldorf 2019d)

Damit sind die von der Kommune beabsichtigte inhaltliche Ausrichtung und Zielsetzung der *Welcome Points* recht klar umrissen: Sie sollen verschiedene Akteur\_innen auf kommunaler und sozialräumlicher Ebene vernetzen und Begegnung im Sozialraum ermöglichen, Angebote koordinieren und zum Feld Fluchtmigration beraten.

Wie bei der Beschreibung des sozialräumlichen Modells eines intermediären Akteurs bereits deutlich wurde (siehe Kapitel 8), sind die im Rahmen von INTESO angelegten zentralen Kriterien zur Ausgestaltung der Sozialraumbezug und die Orientierung an den Akteur\_innen vor Ort – seien es hauptamtliche, ehrenamtliche oder Inanspruchnehmende. Diese Perspektiven möchten wir deshalb nun noch einmal schärfen, indem wir sie ins Zentrum der abschließenden Überlegungen zur Rolle und Funktion des intermediären sozialräumlichen Akteurs stellen.

### 9.1.1 ... für den Sozialraum und die Vernetzung vor Ort

Die Ergebnisse weisen auf die Ausrichtung der *Welcome Points* als erste Anlaufstelle für Geflüchtete im jeweiligen Stadtbezirk außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte, die in andere Angebote vermitteln sowie zivilgesellschaftlichen Austausch und Begegnung möglich machen und so eine Brückenfunktion (vgl. Schweizer 1996) zwischen den Geflüchteten und Institutionen, Ehrenamtlichen und ansässiger Zivilgesellschaft einnehmen. Hier wird eine deutliche Bezugnahme auf die Gestaltung der physisch-materiellen Welt (Reutlinger 2018) deutlich, sowohl in Form der Gemeinschaftsunterkünfte als auch in Bezug auf die *Welcome Points* als Institution.

Aber auch die Gestaltung von Strukturen ist Thema. Um ihrem Auftrag gerecht werden zu können, ist es wie gezeigt von Relevanz, dass die Vertreter\_innen der *Welcome Points* relevante Akteur\_innen in den jeweiligen Sozialräumen kennen, diese untereinander vernetzen und sich selbst in bestehende Netzwerke integrieren. Es wird deutlich, dass das Kernthema der *Welcome Points* der Bereich „Integration“ sein soll, welcher darüber hinaus als Querschnittsthema verstanden wird, so dass sich als eine Aufgabe der *Welcome Points* ergibt, das Thema zu stärken und für seine Präsenz und Verbreitung in sämtlichen Gremien im Sozialraum zu sorgen.

Weiter sollen sie ehrenamtliches Engagement im Sozialraum bündeln und organisieren. In ihrer Funktion als Intermediäre, mithin als Schnittstelle zwischen dem Sozialraum und der Kommune, sollen sie sich aber auch mit stadtweiten Institutionen, wie bspw. dem Amt für Migration und Integration oder dem Amt für Soziales, vernetzen und möglicherweise als Angebotsplattform, auf jeden Fall aber als Multiplikator\_innen, im jeweiligen Sozialraum für sie fungieren.

Es ist weiter das zentrale Ziel, dass die *Welcome Points* Orte der Begegnung sein können, die einen Raum und eine Anlaufstelle bieten für das, was bereits mit „interkulturelles Lernen im Quartier“ bzw. „gegenseitiger Öffnung“ betitelt wurde, was sich erneut lesen lässt als Gestaltung der physisch-materiellen Welt (über die Institution *Welcome Point*) zur Gestaltung des sozialen Zusammenlebens (Reutlinger 2018; Reutlinger und Wigger 2008). Diesem Ziel können sie jedoch nur gerecht werden, wenn es ihnen gelingt, das ehrenamtliche Potenzial des jeweiligen Sozialraums einzubeziehen (siehe hierzu 9.1.2).

#### *Die Welcome Points als Produkt und Produzent des Wandels*

Die interorganisationalen Aushandlungsprozesse um die Rolle und Funktion der *Welcome Points* werden durch spezielle Dynamiken vorangetrieben, die sich aus der beschriebenen Wandlung des Feldes, den sich verändernden konkreten Rahmenbedingungen und den neuartigen Aufgabenstellungen ergeben. Handlungsstrategien, die in der ‚Eingangsphase‘

durchaus umsetzbar und zielführend waren, können so nun in den konsekutiven Phasen zu Friktionen führen.

Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte und unmittelbaren Einbindung in die Sozialräume kommt ihnen eine besondere Koordinationsfunktion im Sozialraum im Hinblick auf die – wie gezeigt wurde gewichtigen – informellen Netzwerkstrukturen vor Ort zu, die auch deren Überführung in formelle Strukturen einschließt. Dazu sollten sie einerseits an vorhandene Strukturen und Akteur\_innen vor Ort angeschlossen werden – z. B. Bezirksverwaltungsstellen, Einrichtungen eines Wohlfahrtsverbands, Stadtteilbüros etc. So aber können andererseits existierende Strukturen und auch Ausschlüsse von Akteur\_innen kaum aufgebrochen werden. Ein weiterer Balanceakt bei der Verstetigung der *Welcome Points* ist die Anpassung an die Strukturen vor Ort bei gleichzeitiger gemeinsamer Ziel- und Aufgabenstellung aller *Welcome Points*.

#### *Sozialräumliche Ausdifferenzierung integrationsrelevanter Einrichtungen und Netzwerke*

Mit dem Aufkommen bundesweiter Integrationsdiskurse und der Verantwortungsübernahme des politischen Systems für – wie auch immer bestimmte – gelingende Integrationsprozesse, die nicht weiter den gesellschaftlichen Systemen (v. a. Bildung und Wirtschaft) selbst überlassen bleiben sollen, rückt die Varianzbreite kommunaler Praktiken im Umgang mit Migration in den Fokus von Politik und Wissenschaft gleichermaßen. Diese Varianzbreite wird auf soziostrukturelle Voraussetzungen (v. a. die kommunalen Erfahrungen mit Zuwanderung) und unterschiedliche kommunalpolitische Schwerpunktsetzungen zurückgeführt (Schamann 2017). Unser Blick auf die Düsseldorfer Stadtbezirke 5 und 6 zeigt in dieser Hinsicht ein noch weitergehendes Ausmaß an räumlicher und verwaltungsstruktureller Differenzierung auf. Es ist davon auszugehen, dass nicht nur Differenzen zwischen Kommunen, zwischen Kreisen und kreisfreien Städten, eher ländlichen und eher städtischen Regionen, eher zuwanderungsskeptischen und zuwanderungsaffirmativen lokalen Politikstilen etc. bestehen, sondern dass sich auch innerhalb einer Kommune die vorhandenen integrationsrelevanten Einrichtungen sozialräumlich stark ausdifferenzieren. Bislang lag der Fokus sozialräumlicher Ansätze der Integrationsarbeit auf Fördergebieten des Städtebauförderungsprogramms *Soziale Stadt*. Unser Blick in die Düsseldorfer Stadtbezirke 5 und 6 legt nahe, dass dieser Fokus auf Stadtbezirke mit besonderem Entwicklungsbedarf (etwa Gebhardt 2013) der gegenwärtigen Zuwanderungssituation nicht entspricht. Hinsichtlich lokaler Kooperationsstrukturen besteht gegenwärtig umgekehrt besonderer Entwicklungsbedarf in den Lokalitäten, die bislang nicht oder wenig mit dem Thema Zuwanderung beschäftigt waren, und in denen nun neue Formen lokaler Governance erst geschaffen werden müssen.

#### *Verschränkung gesellschaftlicher Integrationsdiskurse und der Praktiken vor Ort*

Was verstehen wir überhaupt unter Integration und in welche Gesellschaft integrieren ‚wir‘? Diese in den Workshops im Rahmen von INTESO aufkommenden Fragestellungen überschreiten den administrativen Fokus auf die verwaltungstechnische Handhabung von Zuwanderung, die Effektivität einzelner Maßnahmen und deren Zusammenspiel. Gleichmaßen deutlich wird die Verschränkung dieser genuin gesamtgesellschaftlich politischen Fragestellungen mit den nur scheinbar rein technischen Problemlösungen vor Ort. Die Praktiken vor Ort schreiben sich in das Spannungsverhältnis restriktiver ordnungspolitischer Zuwanderungskontrolle und sozialstaatlicher Integrationsbestrebungen genauso ein wie in das Spannungsverhältnis von ökonomischer Verwertung von Zuwanderung und einem humanitären gesellschaftlichen Selbstverständnis, wie es etwa Art. 16a GG formuliert, wie ein prinzipiell existierendes gemeinsames europäisches Asylsystem (Schott Mehrings 2016, S. 128).

Auch die noch unentschiedene Form der Ausprägung eines rechtlich-administrativ zugeschnitten Feldes der Integrationspolitik mit eigenständiger rechtlicher Grundlage, Institutionen, Akteur\_innen und Themen (Blätte 2015) und dessen Verhältnis zu bestehenden spezialisierten Formen der Problembearbeitung werden nicht nur thematisiert, sondern schlagen sich in den aufgezeigten überlappenden Zuständigkeiten von Akteur\_innen nieder. Notwendig ist hier eine engere Verschränkung von politischen Diskursen zu gesellschaftlichen Selbstverständnissen und der operativen Arbeit vor Ort.

#### *Sozialräumliche Partizipation und Integration im Sozialraum*

Aufbauend auf den gerade herausgearbeiteten Aspekten lässt sich festhalten, dass nachhaltige kommunale Integrationspolitik eine partizipativ-diskursive Entwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten unter Einbeziehung aller beteiligten Akteur\_innen erfordert. Dazu gehört die diskursive Aushandlung der Gestaltung und der jeweiligen Zielsetzungen des Integrationsprozesses (Krummacher 2011, S. 191).

Es ist davon auszugehen, dass diese Aufgabe auch kommunal nur dezentral und damit sozialräumlich gelingen kann. Sozialräumliche Herangehensweisen, wie sie die Landeshauptstadt Düsseldorf mit der Einrichtung von *Welcome Points* intendiert, zielen dabei auch auf die Herstellung der Legitimation von Zuwanderung, denn die Beteiligung von Akteur\_innen im Sozialraum verspricht die Möglichkeit, gelungene Integrationsprozesse proaktiv auszugestalten und produziert Legitimität für alle weiteren integrationsbezogenen Sozialraumentwicklungen in Richtung der Entwicklung einer „lokalen Anerkennungs-, Begegnungs- und Willkommenskultur“ (Gesemann, Roth und Aumüller 2012, S. 149). Eine in diesem Rahmen entstehende Vernetzung der lokalen Akteur\_innen miteinander verspricht zudem eine effizientere Aufgabenerledigung und vermeidet das Entstehen von Doppelstrukturen, während sie Synergien hervorbringen kann.

Weiter gilt, dass die persönlichen Kontakte und Beziehungen vor Ort relevante Gelingensfaktoren für Integration sind. Direkte Begegnungen und persönliche Kontakte sowie Beziehungen zwischen Bewohner\_innengruppen und Akteur\_innen vor Ort unterstützen nicht nur den Abbau von Hemmschwellen sowie Vorurteilen, sondern fördern Offenheit und Toleranz (vgl. Jepkens und Hauprich 2018).

Es kann festgehalten werden, dass der Sozialraum auf der institutionellen Ebene auch im Hinblick auf die Zielgruppe der Menschen mit Flucht- und Zuwanderungsgeschichte in den letzten Jahren eine Aufwertung erfahren hat und Integration maßgeblich vor Ort geschieht sowie dort – in Abhängigkeit und Kontextualisierung zu den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen – gefördert werden kann (vgl. auch van Rießen und Bleck 2019).

### **9.1.2 ... in der Arbeit mit Ehrenamtlichen**

Der Diskurs zu Potenzialen wie auch Grenzen ehrenamtlichen Engagements in der Arbeit mit Geflüchteten steckt noch in den Kinderschuhen und es bedarf eines systematischen Abgleichs von Perspektiven und Arbeitsselbstverständnissen wie auch eines Diskurses über Grenzen und Potenziale ehrenamtlicher Tätigkeiten. Gleichzeitig muss an einer engeren Verknüpfung zivilgesellschaftlichen Engagements und der professionellen Hilfeleistungen des dritten Sektors gearbeitet werden. Das ist eine Schnittstelle, an der die Arbeit der *Welcome Points* als intermediärer Akteur im Sozialraum ansetzen kann, vor allem mit Blick auf die Vernetzung und Koordination.

#### *Praxis in Kommunen und Wohlfahrtsverbänden bei der Gewinnung und Pflege von Ehrenamt*

Im Bereich (Flucht-)Migration wird das Ehrenamt aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren weiterhin eine große Rolle bei der Bewältigung anstehender Herausforderungen spielen. Auch für Kommunen und freie Träger ist es deshalb von Interesse, konzeptionelle Überlegungen dazu anzustellen, wie sie die Zusammenarbeit Ehren- und Hauptamtlicher verbessern und Engagement aufrechterhalten können. So empfiehlt Blickhäuser (2016, S. 143) den Kommunen beispielsweise, ein „Büro für Bürgerengagement“ einzurichten, das bei rechtlichen Fragen wie Versicherung, Datenschutz etc. unterstützt, aber auch Fortbildung, kollegiale Beratung und Supervision für Ehrenamtliche anbietet. Diese Funktion könnten z. B. die *Welcome Points* für ihren Sozialraum übernehmen – wenn sie bereits von kommunaler Seite oder seitens anderer Akteur\_innen ausgefüllt wird, so können sie dorthin verweisen, um keine Parallelstrukturen zu schaffen, und sich stärker auf andere Aspekte der Arbeit mit Ehrenamtlichen konzentrieren.

Eine Stärke der v. a. in der ‚Eingangsphase‘ neu gegründeten Initiativen ist es, „schneller, flexibler als staatliche Institutionen“ auf neue Herausforderungen reagieren zu können

(Blickhäuser 2016, S. 140). Hier lohnt ein Blick auf deren Spezifika, um herauszuarbeiten, wie diese Stärke trotz zunehmender „Ver-Regelung“ (Jepkens und Hauprich 2018, siehe auch Kapitel 4.1) des Feldes Migration und Flucht erhalten, genutzt und möglicherweise auf andere Handlungsfelder übertragen werden kann. Schließlich trägt das Ehrenamt gerade aufgrund der Merkmale, die es von hauptamtlich Tätigen unterscheidet, maßgeblich zur funktionalen und v. a. sozialen Integration der Geflüchteten bei (Han-Broich 2015, S. 6; 2012, S. 163–166). Dazu gilt es, ihren „Eigensinn“ zu wahren und zu respektieren und partizipativ auf Augenhöhe zu arbeiten, so dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit und als Sprachrohr der Geflüchteten in Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden und Politik Anerkennung finden (Gesemann und Roth 2017).

Wie sich auch aus der hier vorgestellten Analyse ergibt, sind für die Förderung und Aufrechterhaltung ehrenamtlichen Engagements aus Sicht der (potenziellen) Engagierten unter anderem partizipative Elemente und Anerkennung höchst relevant (Moschner 2002, S. 9–11 ); eher nicht von Bedeutung ist hingegen die „Schaffung materieller Anreize“ (a. a. O., S. 11). Es empfiehlt sich, Stellen, die mit der Gewinnung und Koordination von Ehrenamt betraut sind, diesbezüglich zu qualifizieren, indem man ihnen derlei Kenntnisse „über Motive, Wirkmechanismen und Potenziale von Ehrenamtlichen“ (Han-Broich 2015, S. 9) vermittelt, denn das Ehrenamt leistet sowohl für die Aufnahmegesellschaft als auch für die Neuzugewanderten viel:

„Die Integration von Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen beruht [...] stark auf dem Engagement von ehrenamtlichen Helfern. Beispielsweise tragen Mentorenprogramme ganz entscheidend dazu bei, die Akzeptanz von Flüchtlingen in der lokalen Bevölkerung zu befördern, indem sie Wissen über die eingeschränkte Lebenssituation von Flüchtlingen vermitteln [...]. Es wurde in den untersuchten Kommunen deutlich, dass die soziale Integration von Flüchtlingen in den lokalen Kontext durch das Engagement von ehrenamtlichen Helfern entscheidend verbessert wird.“ (Aumüller und Bretl 2008, S. 145)

Diese Brückenfunktion, die Ehrenamtliche übernehmen können, um die soziale Integration Geflüchteter im Sozialraum überhaupt zu ermöglichen, kann als einzigartig bezeichnet werden und ist von Hauptamtlichen nicht zu leisten. Hier gilt es, einen Umgang mit der Differenz zwischen Ehren- und Hauptamt zu finden. Deren unterschiedlichen organisatorischen und normativen Rahmenbedingungen (z. B. bei der Vernetzung und räumlichen Verortung, siehe Kapitel 6) wurden in der Analyse herausgestellt. Ihre notwendige Koexistenz in den zentralen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit stellt eine Herausforderung dar, über deren Auswirkungen im Handlungsfeld Flucht und Migration nachzudenken ist. Dazu bietet es sich an, die jeweilige Perspektive der Beteiligten stärker zu fokussieren und zu fragen, was Ehrenamtliche, Hauptamtliche und Geflüchtete von ehrenamtlichem Engagement haben, also den Nutzen der Beteiligten in den Blick zu nehmen und konkret zu fragen, was jeweils einen Nutzen unterstützen kann.

### 9.1.3 ... für die (potenziellen) Inanspruchnehmenden

Die Bedeutung von Partizipation bei der Gestaltung sozialräumlicher Integration ergibt sich auch aus einem weiteren Blickwinkel: Beim Nachzeichnen des Blicks der Akteur\_innen von außerhalb auf den Sozialraum wird deutlich, dass diese strukturelle und physisch-materielle Gestaltungsmöglichkeiten des Sozialräumlichen fokussieren (siehe Kapitel 5.3). Die Möglichkeit der Gestaltung über die Arbeit mit Menschen vor Ort hingegen bleibt weitgehend unsichtbar. Nach Deinet und Krisch liegt das Ziel des „sozialräumlichen Blicks“ darin, die „Sinnzusammenhänge, Freiräume oder auch Barrieren“ in Sozialräumen durch „lebensweltliche Deutungen, Interpretationen und Handlungen“ der Betroffenen zu verstehen, also subjektive Raumdeutungen zu fokussieren (Krisch 2002, S. 87). Dies plausibilisiert ebenfalls eine Betrachtung der genannten Aspekte aus Sicht der Betroffenen, im Falle von INTESO der Geflüchteten: Was bedeutet für sie Sozialraum, wie nehmen sie ihn wahr, wie eignen sie ihn sich an? Wie sind Zugänge und wo sind Brücken in den Stadtteil, wo auch Barrieren? Welche Institutionen sind ihnen bekannt und welche Rolle spielen dabei aktuell die *Welcome Points*?

Anknüpfend an die im vorangegangenen Abschnitt gestellte Frage nach dem Nutzen ehrenamtlichen Engagements für alle beteiligten Gruppen fokussieren wir dementsprechend im Folgenden auf die Gruppe der Geflüchteten als diejenigen, die durch Angebote haupt- oder ehrenamtlicher Akteur\_innen im Feld (Flucht-)Migration adressiert werden und diese in Anspruch nehmen sollen, können und ggf. auch müssen. Dabei beziehen wir uns vor allem auf die Ergebnisse, die in Kapitel 7 dargestellt wurden und die Perspektive geflüchteter Jugendlicher und junger Erwachsener fokussieren.

Zu Beginn ist festzuhalten, dass auf Seiten der Jugendlichen mit Fluchterfahrung vielfach der Wunsch nach sozialer Integration deutlich wird, vor allem der Kontakt zu in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen. Folglich ist die Schaffung von Austausch- und Begegnungsstätten zwischen geflüchteten und hier aufgewachsenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein zentraler Bedarf. Diese Orte können z. B. Jugendfreizeiteinrichtungen oder (altersgruppenübergreifend) die *Welcome Points* sein.

- 1) Es zeigt sich, dass der *Zugang zu Angeboten* und Orten der Begegnung und Integration eine entscheidende Rolle spielt und bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit Jugendliche und junge Erwachsene die Angebote wahrnehmen (können). Zunächst ist es wichtig, dass die Jugendlichen Informationen über mögliche (Freizeit-)Angebote und Gestaltungsmöglichkeiten haben. Hierbei spielen Freund\_innen sowie Familienmitglieder eine Rolle, die beispielsweise über Einrichtungen informieren. Aber Schlüssel- oder Vertrauenspersonen (beispielsweise Lehrkräfte oder Sozialarbeiter\_innen) sollten zudem die Jugendlichen auf Angebote und Möglichkeiten aufmerksam

machen. Hierzu ist es notwendig, dass diese Personen Kenntnisse über Angebotsstrukturen haben und im besten Fall mit diesen vernetzt sind. Als besonders förderlich gilt zudem, dass die Jugendlichen auch Informationen bekommen, wie Angebote zu erreichen sind. Bestmöglich wäre es, wenn die Jugendlichen zu Beginn zu den Angeboten begleitet würden (Hol- und Bringdienst).

- 2) Insgesamt spielt die *Erreichbarkeit der Angebote* eine entscheidende Rolle. So wird deutlich, dass es vorteilhaft ist, wenn Freizeit- und Beratungsangebote (sowie weitere relevante Orte) im Sozialraum sind, also innerhalb des Wohnumfelds oder in der Nähe der Schule, welche ein zentraler Aufenthaltsort ist, liegen. Für die Praxis bedeutet dies, dass sich Standorte für Angebote an diesen Orten orientieren und ggf. verstärkt mobile Angebote geplant werden sollten, um auf unterschiedliche und sich verändernde Wohn- und Aufenthaltsorte von Jugendlichen reagieren zu können. Wenn relevante Angebote und Orte nicht im Sozialraum liegen, sollte die Zielgruppe über eine möglichst hohe räumliche Flexibilität verfügen und sich im gesamten Stadtgebiet frei bewegen können.
- 3) Zuletzt hat die *Niederschwelligkeit* einen Einfluss auf die Nutzung von Angeboten. So zeigt sich, dass es besonders förderlich ist, wenn die Teilnahme kostenlos ist, möglichst ungebunden von Mitgliedschaften oder festen Gruppen und offen gestaltet wird, im Sinne von freien, unregelmäßigen Teilnahmemöglichkeiten ohne Kontrolle von Zugangsvoraussetzungen, Anwesenheit o. Ä. Ein offenes Angebot im Sinne einer selbständigen Freizeitgestaltung lässt sich mit anderen Verpflichtungen, wie beispielsweise der Schule, verbinden und ermöglicht den Jugendlichen bei Bedarf zusätzlichen Freiraum.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die verantwortlichen Praktiker\_innen, sei es in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit oder in den *Welcome Points*, verschiedene Möglichkeiten haben, durch ihr Handeln die soziale Integration zu fördern, indem sie offene, niederschwellige und erreichbare Angebote schaffen und so die Perspektive der Inanspruchnehmenden berücksichtigen und einbeziehen.

Diesen Anspruch gilt es für die *Welcome Points* als intermediäre Akteure zu erfüllen: die „subjektiven Weltdeutungen“ (Reutlinger 2018, S. 611) von Betroffenen „an den Anfang professionellen Handelns und Gestaltens zu setzen“ (a. a. O., S. 609) und diese – unter Berücksichtigung struktureller und institutioneller Rahmenbedingungen – ins Zentrum der eigenen Arbeit zu rücken.

## **9.2 Empfehlungen für die Ausgestaltung des sozialräumlichen Modells**

Das in Kapitel 8 vorgestellte Modell ist als erste Orientierungshilfe zu der Frage zu verstehen, wie anhand eines intermediären sozialräumlichen Akteurs Integration im Sozialraum gefördert werden kann. Im Folgenden fassen wir zusammen, welche Empfehlungen sich zu seiner Ausgestaltung treffen lassen und welche Fragen das Modell noch offen lässt.



### **9.2.1 Kriterien für die sozialraumbezogene Ausgestaltung**

Ein sozialräumlicher intermediärer Akteur muss, einer Bezeichnung entsprechend, sowohl dem jeweiligen Sozialraum mit seinen Spezifika Rechnung tragen als auch in den Grenzen der Strukturen tätig werden, in die er z. B. auf kommunaler Ebene eingelassen bzw. an die er angebunden ist. Denn auch, wenn aus unserer Sicht festzuhalten ist, dass sich sozialräumliche Integration nicht von zentraler Stelle steuern lässt und dementsprechend für gelingende Lösungen ein großer Handlungsspielraum für sozialräumliche Akteur\_innen vonnöten ist, so geben die Strukturen kommunaler Steuerung doch die Rahmenbedingungen und damit auch Grenzen dessen vor, was ein solcher Akteur zu leisten vermag.

Aus den Erkenntnissen der Projektlaufzeit lässt sich im Kern herausarbeiten, dass sozialräumliche Integrationsbemühungen und -aktivitäten stets konsequent aus der Perspektive des Sozialraums sowie aus der Perspektive der Inanspruchnehmenden gedacht und umgesetzt werden müssen, und zwar unter Beteiligung aller relevanten Akteur\_innen im Sozialraum. Hinsichtlich des jeweiligen Sozialraums sind dessen räumliche, sozialstrukturelle und infrastrukturelle Spezifika zu berücksichtigen. Die Perspektive der Inanspruchnehmenden sollte möglichst frühzeitig und umfassend einbezogen werden, um eine ebenfalls frühzeitige und umfassende Partizipation und bedarfsorientierte Gestaltung zu ermöglichen. Beim Blick auf die Akteur\_innen im Sozialraum ist die Frage der Relevanz einzelner Akteur\_innen immer abhängig von der Zielgruppendefinition des Akteurs und seinem Konzept. Grundsätzlich gilt aber, dass auch ehrenamtliche Akteur\_innen sowie Bewohner\_innenvertretungen allgemein sowie Vertretungen der Zielgruppe insbesondere einzubeziehen sind, um dem Anspruch der Nutzer\_innenorientierung zu genügen.

Darüber hinausgehende Empfehlungen zur konkreten Ausgestaltung eines intermediären Akteurs im Sozialraum müssen dem folgend immer für den konkreten Einzelfall getroffen werden. Dies zeigen auch die unter 8.4 skizzierten Fallbeispiele deutlich. Deshalb sollen dazu hier lediglich zwei zentrale Aspekte benannt werden, die unter Berücksichtigung der Grundgedanken der Sozialraum- und Nutzer\_innenorientierung generalisierbar sind: Aus diesen Perspektiven betrachtet empfiehlt es sich, bei der räumlichen Ausgestaltung auf gute Erreichbarkeit des Standorts sowie weitgehende (soziale wie bauliche) Barrierefreiheit der Einrichtung zu achten. Bezüglich der inhaltlichen Ausgestaltung gilt es, bei der Planung und Umsetzung frühzeitig die Akteur\_innen im Sozialraum einzubeziehen sowie die Bedürfnisse der (potenziellen) Inanspruchnehmenden zu berücksichtigen und dabei nicht außer Acht zu lassen, dass diese sich im Zeitverlauf ändern können, hier also kontinuierliche Rückkopplungen und ggf. Anpassungen vonnöten sind. Weiter sollte der Fokus darauf liegen, ggf. vorhandene Angebote zu vernetzen und über diese zu informieren sowie diese ggf. so zu er-

gänzen, dass die zuvor partizipativ ermittelten Bedarfe der Zielgruppe(n) besser gedeckt werden.

### 9.2.2 Offene Fragen und Diskussionspunkte

Im Rahmen des vorgestellten Modells wurde ein sozialräumlicher intermediärer Akteur unter Berücksichtigung seiner Rahmenbedingungen, seines Konzepts und seiner Vernetzung entwickelt. Dabei wurden jedoch jene Rahmenbedingungen außer Acht gelassen, die sich durch die Einbettung in kommunale Steuerungsstrukturen für die Entwicklung eines solchen Modells bzw. Akteurs ergeben können. Wenn wie bei den Düsseldorfer *Welcome Points* seitens einer Kommune die Einrichtung solcher Akteure flächendeckend stattfinden soll, stellen sich die Frage der Finanzierung und die Frage notwendigerweise gemeinsamer Qualitätsmerkmale der einzurichtenden Akteure.

Diese Frage lässt sich auf die Entscheidung engführen, welche der in Kapitel 8.3 dargestellten Ausgestaltungen flexibel und entsprechend den o. g. Empfehlungen sozialraumabhängig und nutzer\_innenorientiert für einzelne dieser Intermediäre festgelegt werden können und welche dieser Ausprägungen im Gegensatz dazu zentral für alle diese Intermediäre vorgegeben und somit standardisiert werden können oder müssen. Denkbar ist beispielsweise, dass alle Akteure ein gemeinsames Grundkonzept haben, aber die Rahmenbedingungen und die Vernetzung sozialraumabhängig gestaltet und umgesetzt werden. Hier liegt es letztlich bei der finanzierenden Stelle zu entscheiden, was gemeinsame Mindeststandards sein sollen, falls es solche geben sollte. Dazu gibt das Modell keine Empfehlungen, auch wenn sich bei einigen Bestandteilen (Standort, Anbindung, Vernetzung) möglicherweise direktere Bezüge zum jeweiligen Sozialraum mit seinen Spezifika zeigen als bei anderen (Zielgruppe, Arbeitsprinzipien, methodisches Handeln).

Auch die Beurteilung, ob und wann ein sozialräumlicher intermediärer Akteur, wie im Beispiel von INTESO die *Welcome Points*, eine ‚gute‘ oder ‚gelingende‘ Arbeit leistet, bleibt noch ungeklärt. Die hier vorgestellten Ausgestaltungen, Kriterien und Empfehlungen lassen bisher keine Aussage darüber zu, wann konkret dies der Fall ist oder in welchem Ausmaß dies gelungen ist. Somit ist anhand des hier vorgestellten Modells z. B. keine Evaluation der bestehenden *Welcome Points* anvisiert oder möglich. Vielmehr sollen die Ausarbeitungen dazu dienen, Reflexions- und Planungsprozesse auf kommunaler und sozialräumlicher Ebene anzuleiten, unter anderem bei der Einrichtung oder Qualitätsentwicklung von intermediären Akteuren im Sozialraum.

Abschließend ist zu beachten, dass der Sozialraum, seine Akteur\_innen und Bewohner\_innen nicht überfordert werden dürfen: Menschen und Institutionen vor Ort können zwar zu einer Verbesserung der Lebenslagen aller im Sozialraum beitragen, darüber darf aber

nicht der Blick auf die Strukturen verloren gehen, in denen sie leben und handeln. Um sozialräumliche Integration zu ermöglichen, müssen auch und zuvorderst auf anderen Ebenen die Voraussetzungen geschaffen werden, derer es bedarf, um Integration vor Ort gestalten zu können. Dazu trifft das Modell keine Aussagen, und ebenso in den Kriterien des sozialräumlichen intermediären Akteurs finden sich dafür keine Lösungsansätze. Auch wenn für das Modell dieser Anspruch anhand seiner Zielsetzung nicht formuliert wurde, gilt es doch, diese Einschränkung und Einbettung bei der Anwendung und möglichen Weiterentwicklung zu bedenken.

## Literatur

- Alisch, Monika (2015): Sozialraum und Governance. Handeln und Aushandeln in der Sozialraumentwicklung. Opladen/Berlin/Toronto 2015.
- Aumüller, Jutta (2011): Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, S. 111-130.
- Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart.
- Baraulina, Tatjana (2007): Integration und Interkulturelle Konzepte in Kommunen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Heft 22-23/2007, S. 26-32.
- Benz, Artur (2004): Einleitung: Governance. Modebegriff oder nützliches Sozialwissenschaftliches Konzept. In: Ders. (Hrsg.): Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden, S. 11-28.
- Bertelsmann-Stiftung/Bundesministerium des Innern (BMI) (2005) (Hrsg.): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh.
- Bezirksregierung Arnsberg 2019a: Berechnungsdatenblatt FlüAG. [https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/xyz/zuweisung\\_flueag/datenblatt/datenblatt.php?roi=82](https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/xyz/zuweisung_flueag/datenblatt/datenblatt.php?roi=82) (06.12.2019).
- Bezirksregierung Arnsberg 2019b: Verteilstatistik Wohnsitzauflage - NRW gesamt [https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/xyz/zuweisung\\_wohnsitzauflage/verteilstatistik\\_erfuellungsquoten/verteilstatistiken/vs\\_wsa\\_19\\_11\\_17.pdf](https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/xyz/zuweisung_wohnsitzauflage/verteilstatistik_erfuellungsquoten/verteilstatistiken/vs_wsa_19_11_17.pdf) (06.12.2019).
- Bhatti, Carina/Jepkens, Katja/Hauprich, Kai (2020) (i. E.): Arbeitsbeziehungen Ehrenamtlicher im Bereich (Flucht-)Migration. In: van Rießen, Anne/Jepkens, Katja/Scholten, Lisa (Hrsg.): Integration im Sozialraum. Wiesbaden.
- Blätte, Andreas (2015): Grenzen und Konfigurationen politischer Handlungsfelder. Skizze einer typologischen Theorie. In: dms – der moderne staat 8 (1), S. 92-112.
- Bleck, Christian/van Rießen, Anne/Deinet, Ulrich (2017): Inklusion und Sozialraumforschung. Theoretische Zugänge und empirische Bezüge sozialräumlicher Inklusion. In: Spatscheck, Christian/Thiessen, Barbara (Hrsg.): Inklusion und Soziale Arbeit. Teilhabe und Vielfalt als gesellschaftliche Gestaltungsfelder. Opladen und Farmington Hills, S. 87-98.
- Bleck, Christian/van Rießen, Anne/Knopp Reinhold (2017) (Hrsg.): Alter und Pflege im Sozialraum: Theoretische Erwartungen und empirische Bewertungen. Wiesbaden.
- Blickhäuser, Angelika (2016): Engagement in Zeiten der Flucht. Ein Blick aus der Praxis. In: Stadler, Wolfgang (Hrsg.): Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP). Mehr vom Miteinander. Wie bürgerschaftliches Engagement sozialen Zusammenhalt stärken kann. Weinheim/München, S. 140–144.
- Bogumil, Jörg/Jann, Werner (2005): Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft. Wiesbaden.

- Bohnsack, Ralf/Przyborski, Aglaja (2007): Gruppendiskussionsverfahren und Focus Groups. In: Buber, Renate/Holzmüller Hartmut H. (Hrsg.): Qualitative Marktforschung. Konzepte – Methoden – Analysen. Wiesbaden, S. 491-505.
- Bommes, Michael (2009): Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Gesemann, Frank/Roth, Rainer (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, S. 89-109.
- Bommes, Michael/Tacke, Veronika (2011): Das Allgemeine und das Besondere des Netzwerkes, in: Dies. (Hrsg.): Netzwerke in der funktional differenzierten Gesellschaft. Wiesbaden, S. 25-50.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016): Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember und das Berichtsjahr 2015. Auf: [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/2015\\_12-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/2015_12-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf) (23.03.2016).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2019a: Schlüsselzahlen Asyl 2018. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/SchluesselfzahlenAsyl/flyer-schluesselfzahlen-asyl-2018.html> (06.12.2019).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2019b: Asylgeschäftsstatistik 1-9\_2019 <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Asylgeschaeftsstatistik/hkl-antrags-entscheidungs-bestandsstatistik-kumuliert-2019.html?nn=284746> (06.12.2019).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2019c: Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2016/2017. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2016-2017.html> (06.12.2019).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2009) (Hrsg.): ExWoSt-Informationen „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“. <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ExWoSt/34/exwost34.html?nn=422618> (20.01.2017).
- Bundesministerium des Innern (BMI) (2016): 2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor. Pressemitteilung 06.01.2016. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html> (06.12.2019).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005) (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2008): Integration vor Ort. Der Nationale Integrationsplan. Zwischenbilanz. Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2013): Soziale Stadt. Investitionen im Quartier. Berlin.
- Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin.
- Bundesregierung (2011): Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. <https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Integration/Landesbeirat/Aktionsplan.pdf> (06.12.2019).

- Bundesregierung (2013): Koalitionsvertrag: Deutschlands Zukunft gestalten. 18. Legislaturperiode. Auf: [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?_blob=publicationFile&v=2) (06.12.2019).
- Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (2007): Beitrag der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände. In: Die Bundesregierung: Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin, S. 31 - 33.
- Burgi, Martin (2010): Kommunalisierung staatlicher Aufgaben. Möglichkeiten, Grenzen und Folgefragen aus rechtlicher Sicht. In: Bogumil, Jörg/Kuhlmann, Sabine (Hrsg.): Kommunale Aufgabenwahrnehmung im Wandel. Kommunalisierung, Regionalisierung und Territorialreform in Deutschland und Europa. Wiesbaden, S. 23-47.
- Burgi, Martin (2016): Flüchtlingsunterbringung und Integration als kommunale Aufgabe, in: Hennecke, Hans-Günther (Hrsg.): Flüchtlingsunterbringung und -integration als kommunale Herausforderung. Schriften zum deutschen und europäischen Kommunalrecht. Stuttgart, S. 235-243.
- Dahme, Heinz-Jürgen (2010): Regiert das Lokale das Soziale? Die Kommunalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste als sozialpolitische Reformstrategie. Baltmannsweiler.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2015): Soziale Dienstleistungspolitik. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden.
- Deinet, Ulrich (2007): Sozialräumliche Konzeptentwicklung und Kooperation im Stadtteil. In Sturzenhecker, Benedikt/Deinet, Ulrich (Hrsg.): Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit. Reflexionen und Arbeitshilfen für die Praxis. Weinheim und Basel, S. 11-137.
- Deinet, Ulrich (2009) (Hrsg.): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden, Praxis-konzepte. 3. Überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
- Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (2002): Das Sozialraum-Konzept in der Praxis. Methoden zur Qualifizierung der Jugendarbeit auf der Grundlage einer Sozialraumanalyse. Opladen.
- Deinet, Ulrich/Scholten, Lisa (2019): Schnelle Reaktion der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf die neuen Zielgruppen der Kinder und Jugendlichen mit Fluchthintergrund. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Herausforderung angenommen. Offene Kinder- und Jugendarbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Weinheim & Basel, S. 12-30.
- Dymarz, Maïke (2018): Was Engagierte bewegt. Ergebnisse einer Befragung von Engagierten in der Flüchtlingsarbeit in Nordrhein-Westfalen. Schwerte.  
[http://www.kircheundgesellschaft.de/fileadmin/Dateien/Das\\_Institut/FMI\\_Engagiert-in-Vielfalt/181010\\_Broschuere\\_Engagiert\\_in\\_Vielfalt\\_-\\_Was\\_Engagierte\\_bewegt.pdf](http://www.kircheundgesellschaft.de/fileadmin/Dateien/Das_Institut/FMI_Engagiert-in-Vielfalt/181010_Broschuere_Engagiert_in_Vielfalt_-_Was_Engagierte_bewegt.pdf) (26.03.2019).
- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Nr. 40, 2001. <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf> (05.11.2019).
- Evers, Adalbert (2015): Wohlfahrtsmix im Bereich Sozialer Dienste, in: Ders. (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden, S. 265-283.
- Flick, Uwe (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Reinbek bei Hamburg.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (2006): „Auf Augenhöhe“. Integration zum kommunalen Thema machen. Bonn.

- Fürst, Roland/Hinte, Wolfgang (2014) (Hrsg.): Sozialraumorientierung: ein Studienbuch zu fachlichen, institutionellen und finanziellen Aspekten. Wien.
- Gebhardt, Dirk (2013): Integrationspolitik und die Quartiersebene – zwischen kommunaler Integrationspolitik und Sozialer Stadtpolitik. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden, S. 27-39.
- Geißler, Reiner (2014): Migranten und Migrantinnen. In: Ders.: Die Sozialstruktur Deutschlands. 7., grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden, S. 267-309.
- Gesemann, Frank (2010): Zur Integrationsforschung in Deutschland. Komparative Darstellung ausgewählter Ansätze und Methoden. Berlin.
- Gesemann, Frank (2013): Perspektiven einer stärkeren Verzahnung von Konzepten und Strategien der Stadtentwicklung und kommunalen Integrationspolitik. In: WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sozialraumorientierung und Interkulturalität in der Sozialen Arbeit. Bonn, April 2013, S. 50-59.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (2009): Kommunale Integrationspolitik in Deutschland. Einleitende Bemerkungen. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, S. 11-29.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (2017): Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten. Forum Berlin. [library.fes.de/pdf-files/dialog/13372.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13372.pdf) (26.03.2019).
- Gesemann, Frank/Roth, Roland/Aumüller, Jutta (2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin.
- Gnahn, Dieter (2012): Kommunale Kooperationen. Gestaltungskompetenzen in Bildungslandschaften. In: Bleckmann, Volker/Schmitt, Volker (Hrsg.): Bildungslandschaften. Mehr Chancen für alle. Wiesbaden, S. 118-132.
- Gottschalk, Ines/Zajak, Sabrina (2018): Geflüchtetenengagement in Deutschland: Konturen eines neuen Engagementfelds. In: Zajak, Sabrina/Gottschalk, Ines (Hrsg.): Flüchtlingshilfe als neue Engagementfeld. Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete. Baden-Baden, S. 7-19.
- Hamann, Ulrike/Karakayli, Serhat/Wallis, Mira/Höfler, Leif Jannis (2016): Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Gütersloh. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Koordinationsmodelle\\_und\\_Herausforderungen\\_ehrenamtlicher\\_Fluechtlingshilfe\\_in\\_den\\_Kommunen.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Koordinationsmodelle_und_Herausforderungen_ehrenamtlicher_Fluechtlingshilfe_in_den_Kommunen.pdf) (26.03.2019).
- Han-Broich, Misun (2012): Ehrenamt und Integration. Die Bedeutung sozialen Engagements in der (Flüchtlings-) Sozialarbeit. Wiesbaden.
- Han-Broich, Misun (2015): Engagement in der Flüchtlingshilfe – eine Erfolg versprechende Integrationshilfe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015 ‚Engagement‘. <http://www.bpb.de/apuz/203551/engagement-in-der-fluechtlingshilfe?p=all> (26.03.2019).
- Häußermann, Hartmut (2011): Das Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt". In: Dahme, Heinz Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden 2011, S. 270-279.

- Heinelt, Hubert (2004): Governance auf lokaler Ebene. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 29-44.
- Hovenga, Nina/Nier, Lars (2019): „Vielfalt – Wir leben sie!“ das landesweit geförderte Projekt der Arbeitsgemeinschaft Offene Türen NRW e.V. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Herausforderung angenommen. Offene Kinder- und Jugendarbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Weinheim & Basel, S. 140-159.
- Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach (2017): Engagement in der Flüchtlingshilfe. Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). <https://www.bmfsfj.de/blob/jump/122010/engagement-in-der-fluechtlingshilfe-data.pdf> (26.03.2019).
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) (2016): Gelingende Integration im Quartier. Dortmund.
- Jansen, Dorothea/Diaz-Bone, Rainer (2014): Netzwerkstrukturen als soziales Kapital. Konzepte und Methoden zur Analyse struktureller Einbettung. In: Johannes Weyer (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. Berlin, S. 71-104.
- Jarren Otfried/Donges Patrick (2011): Strukturen des intermediären Systems der Interessenvermittlung. In: Jarren Otfried/Donges Patrick (Hrsg.): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Wiesbaden, S. 119-128.
- Jepkens, Katja/Hauprich, Kai (2018): INTESO Working Paper Nr. 3. Die Welcome Points als Intermediäre in den Strukturen des lokalen politisch-administrativen Systems. [https://www.connectnrw.de/medi-a/content/Working\\_Paper\\_INTESO\\_03-2018.pdf](https://www.connectnrw.de/medi-a/content/Working_Paper_INTESO_03-2018.pdf), (20. März 2019).
- Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf J. (2016): EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 2. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015, Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. [https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2016/08/Studie\\_EFA2\\_BIM\\_11082016\\_VOE.pdf](https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2016/08/Studie_EFA2_BIM_11082016_VOE.pdf) (26.03.2019).
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2010): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden.
- KGSt (2005): Management kommunaler Integrationspolitik: Strategien und Organisation. Bericht 7/2005. Köln.
- Knopp, Reinhold/van Rießen, Anne (2014): Der Einsatz sozialräumlicher Methoden in der Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung zur Erweiterung von Lebensqualität und Handlungsfähigkeit. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Jahrgang 65, Heft 2, Berlin, S.114-122.
- Köhling, Karola/Stöbe-Blossey, Sybille (2017): Integration durch Bildung. Die Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge als Querschnittsaufgabe. Zwischenbericht zum Projekt „Kooperation von Akteuren vorbeugender Sozialpolitik. Eine Analyse am Beispiel der Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge“. Duisburg. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-forschung/2017/fo2017-04.pdf> (10.08.2017).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (2008) (Hrsg.): Integration vor Ort. Sankt Augustin/Berlin.
- Kopahnke, Hanna (2017): Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete. Postkoloniale Perspektiven und die Rolle der Affekte am Beispiel der ehrenamtlichen Vormundschaft. In: Neue Praxis (6/2017), S. 561-568.



- Krisch, Richard (2002): Methoden einer sozialräumlichen Lebensweltanalyse. In: Ulrich Deinet/Richard Krisch (Hrsg.): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Opladen, S. 87-154.
- Krüger, Kirsten (2016): Integration oder der Umgang mit Vielfalt – kommunale Integrationskonzepte in Deutschland. vhw werkSTADT, Nummer 10, Dezember 2016. <http://www.vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt> (15.02.2017).
- Krummacher, Michael (2011): Kommunale Integrationspolitik. In: Dahme, Heinz Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden, S. 188-200.
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2011): Sozialräumliche Gliederung. Fortschreibung 2011. [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/sozialraeumliche\\_gliederung2011.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/sozialraeumliche_gliederung2011.pdf) (06.12.2019).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2015): "Welcome Point" im Stadtbezirk 5 eröffnet. [https://www.duesseldorf.de/fluechtlingsbeauftragte/aktuell/meldungen/fb037\\_welcome\\_point/](https://www.duesseldorf.de/fluechtlingsbeauftragte/aktuell/meldungen/fb037_welcome_point/)(30.03.2016).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2016): Unterbringung von Flüchtlingen: Fragen und Antworten. <http://duesseldorf.de/fluechtlingsbeauftragte/faq/index.shtml#top> (15.03.2016).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2017a): Gesamtstädtisches Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Düsseldorf. [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt54/KI/GIK\\_11.03.2017.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt54/KI/GIK_11.03.2017.pdf) (06.12.2019).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2017b): Sozialräumliche Gliederung. Fortschreibung 2017. [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/Sozialraeumliche\\_Gliederung\\_Fortschreibung\\_2017.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/Sozialraeumliche_Gliederung_Fortschreibung_2017.pdf) (06.12.2019).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2019a): Stadtbezirk 5. <https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/stadtbezirke/Stadtbezirk05.pdf> (06.12.2019).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2019b): Stadtbezirk 6. <https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/stadtbezirke/Stadtbezirk06.pdf> (06.12.2019).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2019c): Düsseldorf kompakt. [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/stadtbezirke/Duesseldorf\\_kompakt.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt12/statistik/stadtforschung/download/stadtbezirke/Duesseldorf_kompakt.pdf) (06.12.2019).
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2019d): Welcome Points & Integrationsagenturen. <https://www.duesseldorf.de/amt-fuer-migration-und-integration/welcome-points.html>. (06.12.2019).
- Landeshauptstadt München (2008): Interkulturelles Integrationskonzept. Grundsätze und Strukturen der Integrationspolitik der Landeshauptstadt München. Stelle für interkulturelle Arbeit, Sozialreferat: München.
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2016a): Flüchtlingshilfe. <https://land.nrw.de/faq-frage-und-antwort/fluechtlingshilfe-12> (15.03.2016).
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2016b): Sonderprogramm Städtebau zur Integration von Flüchtlingen. <https://www.land.nrw.de/pressemitteilung/147-projekte-fuer-das-staedtebau-sonderprogramm-zur-integration-von-fluechtlingen> (06.12.2019).
- Latour, Bruno (2000): Die Hoffnung der Pandora. Untersuchung zur Wirklichkeit der Wissenschaft. Frankfurt a.M.

- Lechner, Claudia/Huber, Anna (2017): Ankommen nach der Flucht. Die Sicht begleiteter und unbegleiteter junger Geflüchteter auf ihre Lebenslagen in Deutschland, München.
- Lipsky, Michael (2010): Street-Level Bureaucracy: Dilemmas of the Individual in Public Services. New York.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luthe, Ernst-Wilhelm (2013): Kommunale Gesundheitslandschaften. Das Grundkonzept. In Ders. (Hrsg.): Kommunale Gesundheitslandschaften. Wiesbaden.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (1995): Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: Dies. (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt a.M., S. 39-72.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig beachtet. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden, S. 71-93.
- Ministerium für Bauen, Wohnen Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV-NRW) (2016): Projektauftrag zum Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“. [https://www.brd.nrw.de/planen\\_bauen/staedtebaufoerderung/service/151214\\_Projekt\\_auftrag-Integration-Fluechtlinge.pdf](https://www.brd.nrw.de/planen_bauen/staedtebaufoerderung/service/151214_Projekt_auftrag-Integration-Fluechtlinge.pdf) (10.01.2017).
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI NRW) (2008): Nordrhein-Westfalen. Land der neuen Integrationschancen. Düsseldorf.
- Mintzberg, Henry (1979): The Structuring of Organizations. New Jersey.
- Moschner, Barbara (2002): Altruismus oder Egoismus - Was motiviert zum Ehrenamt? Diskussionspapier Nr. 20. Universität Bielefeld.
- Muchow, Martha/Muchow, Hans Heinrich (2012): Der Lebensraum des Großstadtkindes. Weinheim.
- Mühlenhoff, Kirsten (2013): Neue Wege gemeinsam gehen – Entwicklung eines stadtteilorientierten Integrationskonzeptes für Jena-Lobeda. In: WISO Diskurs April 2013. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sozialraumorientierung und Interkulturalität in der Sozialen Arbeit., S. 60-66.
- Mutz, Gerd/Wolff, Lisa (2018): Besonderheiten des freiwilligen Engagements für geflüchtete Menschen. Empirische Befunde und sozialwissenschaftliche Verortung. In: Zajak, Sabrina/Gottschalk, Ines (Hrsg.): Flüchtlingshilfe als neue Engagementfeld. Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete. Baden-Baden, S. 53-76.
- Niedlich, Sebastian/Lindner, Markus/Brüsemeister, Thomas (2016): Hierarchie und gleichberechtigte Kooperation im Schmelztiegel lokaler Governance. Zur „Contribution Analysis“ als einem möglichen Mittel zur Analyse kommunalen Bildungsmanagements, in: Arbeitsgruppe „Lernen vor Ort“ (Hrsg.): Kommunales Bildungsmanagement als Sozialer Prozess. Studien zu „Lernen vor Ort“. Wiesbaden, S. 189-210.
- Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (Hrsg.) (2005): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit. München und Basel.

- Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (2013): Sozialpädagogische Nutzerforschung. In Graßhoff, Gunther (Hrsg.): Adressaten, Nutzer, Agency. Akteursbezogene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden, S. 8-98.
- Oltmer, Jochen (2020) (i.E.): ›2015‹ einordnen: Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik als Asylland. In: van Rießen, Anne/Jepkens, Katja/Scholten, Lisa (Hrsg.): Integration im Sozialraum. Wiesbaden.
- Rathgeb, Kerstin (2005): Ressourcen im „sozialen Raum“. Gemeindestudien als Perspektive der Nutzungsforschung. In: Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (Hrsg.): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit. München, S. 150-162.
- Reichwein, Alfred (2009): Kommunales Integrationsmanagement – Ansätze für eine strategische Steuerung der Integrationsarbeit, in: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden, S. 297-310.
- Reichwein, Alfred/Vogel, Stephanie (2004): Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen. Herausgegeben vom Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Reutlinger, Christian (2018): Sozialraum. In: Gunther Graßhoff/Anna Renker/Wolfgang Schröer, (Hrsg.): Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung. Wiesbaden. S. 605-618.
- Reutlinger, Christian/Wigger, Annegret (2008): Von der Sozialraumorientierung zur Sozialraumarbeit. Eine Entwicklungsperspektive für die Sozialpädagogik? In: ZfSp, Jg. 6, Heft 4, S. 340-371.
- Ricken, Boris/Seidl, David (2010): Unsichtbare Netzwerke. Wie sich die soziale Netzwerkanalyse für Unternehmen nutzen lässt. Wiesbaden.
- Rucht, Dieter (1993): Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen, S. 251-275.
- Rüßler, Harald/Köster, Dietmar/Stiel, Janina/Heite, Elisabeth (2015): Lebensqualität im Wohnquartier. Ein Beitrag zur Gestaltung alternder Stadtgesellschaften. Stuttgart.
- Schaarschuch, Andreas/Oelerich, Gertrud (2020): Sozialpädagogische Nutzerforschung: Subjekt, Aneignung, Kritik, in: van Rießen, Anne/Jepkens, Katja (Hrsg.): Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. Wiesbaden, S. 13-25.
- Schammann, Hannes (2017): Stadt, Land, Flucht. Konzeptionelle Überlegungen zum Vergleich städtischer Flüchtlingspolitik in Deutschland, in: Barbehöhn, Marlon/Münch, Sybille (Hrsg.): Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik. Wiesbaden, S. 91-115.
- Schammann, Hannes/Kühn, Boris (2016): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Bonn.
- Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.
- Schiffauer, Werner (2016): Eine neue Bürgerbewegung. In: Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hrsg.): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld, S. 13-34.
- Schirilla, Nausikaa (2016): Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit. Kohlhammer: Stuttgart.

- Schlee, Thorsten/Jepkens, Katja (2017a): INTESO. Integration im Sozialraum. Working Paper Nr. 1: Sozialräumliche Geflüchteten- und Integrationsarbeit im politischen Mehrebenensystem. [https://soz-kult.hs-duessel-dorf.de/forschung/forschungsaktivitaeten/forschungsprojekte/inteso/Documents/INTESO\\_Working%20Paper\\_01\\_M%C3%A4rz%202017\\_formatiert.pdf](https://soz-kult.hs-duessel-dorf.de/forschung/forschungsaktivitaeten/forschungsprojekte/inteso/Documents/INTESO_Working%20Paper_01_M%C3%A4rz%202017_formatiert.pdf) (07.11.2019).
- Schlee, Thorsten/Jepkens, Katja (2017b): INTESO. Integration im Sozialraum. Working Paper Nr. 2: Lokale Netzwerke in der sozialräumlichen Arbeit mit Geflüchteten. [http://connectnrw.de/media/content/INTESO\\_Working%20Paper\\_092017.pdf](http://connectnrw.de/media/content/INTESO_Working%20Paper_092017.pdf) (07.11.2019).
- Schönhuth, Michael (2013): Landkarten sozialer Beziehungen. Partizipativ-visuelle Datenerhebungen mit haptischen und elektronischen Werkzeugen: Entwicklungen – Typen – Möglichkeiten – Grenzen. In: Schönhuth, Michael/Gamper, Markus/Kronenwett, Michael/Stark, Martin (Hrsg.): Visuelle Netzwerkforschung. Qualitative, quantitative und partizipative Zugänge. Bielefeld, S. 59-79.
- Schott Mehrings, Tillmann (2016): Nächster Halt: Kopenhagen oder Dublin, in: Migration und Soziale Arbeit, Heft 02/2016, S. 126-133.
- Schubert, Herbert (2015) Lokale Governance. Einführung in das Konzept. In: Knabe, Judith/van Rießen, Anne/Blandow, Rolf (Hrsg.): Städtische Quartiere Gestalten. Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat. Bielefeld, S. 113-130.
- Schubert, Herbert/Abels, Stephanie/Papenfuß, Karin/Spieckermann, Holger/Veil, Katja (2015): Neuer Infrastrukturansatz für die Sozialräumliche Altenhilfe. In: Bleck, Christian/Knopp, Reinhold/van Rießen, Anne (Hrsg.) (2015): Sozialer Raum und Alter(n). Wiesbaden, S. 131-156.
- Schweizer, Thomas (1996): Muster sozialer Ordnung: Netzwerkanalyse als Fundament der Sozialethnologie. Berlin.
- Seibel, Wolfgang (2017): Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung. Berlin.
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin (2016): Masterplan Integration und Sicherheit. <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/politik-aktuell/2016/meldung.458963.php> (01.03.2017).
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden.
- Speth, Rudolf/Becker, Elke (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. Opusculum Nr. 92. Berlin. [https://difu.de/sites/difu.de/files/2016\\_op92.pdf](https://difu.de/sites/difu.de/files/2016_op92.pdf) (26.03.2019).
- Straus, Florian (2010): Netzwerkkarten – Netzwerke sichtbar machen, in: Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden, S. 527-539.
- Sylla, Nadine/Genenger-Stricker, Marianne/Frieters-Reermann, Norbert (2018): Bildungsteilhabe versus Integrationsdruck. Sichtweisen von geflüchteten Jugendlichen auf Integration. In: Außerschulische Bildung, Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung 01/2018, S. 16-22.
- Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Berlin.
- Tränhart, Friedrich/Weiss, Karin (2016): Flüchtlingspolitik im deutschen Föderalismus. Bonn.

- Treibel, Annette (2015): Integriert euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland, Frankfurt am Main.
- Unabhängige Kommission Zuwanderung (2001): Zuwanderung Gestalten – Integration fördern. Berlin.
- van Rießen, Anne (2016a): Zum Nutzen Sozialer Arbeit. Theaterpädagogische Maßnahmen im Übergang zwischen Schule und Erwerbsarbeit, Wiesbaden.
- van Rießen, Anne (2016b): Die Konjunktur des Lokalen. Oder warum überhaupt Quartier? In: Caritasverband für den Kreis Coesfeld (Hrsg.): Solidaritätsstifter Caritas, S. 14-15.
- van Rießen, Anne (2020): Die Analyse von Nutzen – ein integriertes Modell der Nutzenstrukturierung oder Nachdenken über die Ambivalenz des Subjekts in der Nutzerforschung. In: van Rießen, Anne/Jepkens, Katja (Hrsg.): Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. Theoretische Perspektiven und empirische Erkenntnisse subjektorientierter Forschungsperspektiven. Wiesbaden, S. 27-40.
- van Rießen, Anne/Bleck, Christian (2013): Zugänge zu ‚Möglichkeitsräumen für Partizipation‘ im Quartier? Erfahrungen mit sozialräumlichen Methoden in der Arbeit mit Älteren. sozial-raum.de (1/2013). <https://www.sozialraum.de/zugaenge-zu-moeglichkeitsraeumen-fuer-partizipation-im-quartier.php> (5. Februar 2019).
- van Rießen, Anne/Bleck, Christian (2019): Partizipative Sozialraumforschung mit Menschen mit Flucht- und Zuwanderungsgeschichte aus der Perspektive der Sozialen Arbeit: Methodische Überlegungen und Erfahrungen fördernder wie hemmender Faktoren, in: Mayrhofer, Hemma/Waechter, Natalia/Pflegler, Johannes (Hrsg.): Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 21, S. 45-59.
- van Rießen, Anne/Bleck, Christian/Knopp, Reinhold (Hrsg.) (2015): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden.
- van Rießen, Anne/Jepkens, Katja (2020): Subjektorientierte Forschungsperspektiven im Kontext Sozialer Arbeit – oder Möglichkeiten und Chancen der Fokussierung von Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzen Sozialer Arbeit, in: van Rießen, Anne/Jepkens, Katja (Hrsg.): Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. Wiesbaden, S. 1-10.
- van Rießen, Anne/Knabe, Judith/Blandow, Rolf (2015): Städtische Quartiere gestalten. In: Knabe, Judith/van Rießen, Anne/Blandow, Rolf (Hrsg.): Städtische Quartiere Gestalten. Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat. Bielefeld, S. 9-20.
- von Rosenblatt, Bernhard (2000): Große Vielfalt bei ehrenamtlichen Tätigkeiten und bürgerschaftlichem Engagement. Ein neues Feld der Sozialberichterstattung in Deutschland. Informationsdienst Soziale Indikatoren, 24, S. 6-10. <https://doi.org/10.15464/isi.24.2000.6-10> (26.03.2019).
- Zeiber, Hartmut J./Zeiber, Helga (1994): Orte und Zeiten der Kinder. Soziales Leben im Alltag von Großstadtkindern. Weinheim.
- Zeman, Peter (2005): Altenpflegearrangements: Vernetzung der Netzwerke. In: Bauer, Petra/Otto, Ullrich (Hrsg.): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Bd. 2: Institutionelle Netzwerke in Sozialraum- und Kooperationsperspektive. Tübingen, S. 315-334.



## IMPRESSUM

INTESO  
Hochschule Düsseldorf  
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften  
Münsterstraße 156  
40476 Düsseldorf

Telefon: +49 211 4351-3336

E-Mail: [inteso.soz-kult@hs-duesseldorf.de](mailto:inteso.soz-kult@hs-duesseldorf.de)

Homepage: <https://soz-kult.hs-duesseldorf.de/forschung/forschungsaktivitaeten/forschungsprojekte/inteso>

### *Projektleitung:*

Prof. Dr. Anne van Rießen  
Prof. Dr. Ulrich Deinet  
Prof. Dr. Reinhold Knopp

### *Wissenschaftliche Mitarbeit:*

Katja Jepkens  
Lisa Scholten  
Simone Rehrs

### *Autor\_innen:*

Prof. Dr. Anne van Rießen, Prof. Dr. Ulrich Deinet, Katja Jepkens, Lisa Scholten, Simone Rehrs